



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2015

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

VORWORT ZUR FLÜCHTLINGSSITUATION	6
I REAKTIONEN VON EXTREMISTEN AUF DEN ZUZUG VON MIGRANTEN NACH SCHLESWIG-HOLSTEIN.....	6
1 Die rechtsextremistische Szene und die Flüchtlingssituation	6
2 Die linksextremistische Szene und die Flüchtlingssituation	9
3 Die islamistische Szene und die Flüchtlingssituation	12
4 Hinweise für die Spionageabwehr	14
II RECHTSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	15
1 Überblick	15
2 Ideologischer Hintergrund	16
3 Rechtsextremistische Straftaten (PMK -rechts).....	17
3.1 Entwicklung der PMK -rechts im Vergleich zum Vorjahr	18
3.2 Anteil der Gewalttaten PMK -rechts	18
3.3 Regionale Betrachtung der PMK -rechts 2015.....	20
3.4 Straftaten für das Jahr 2015 im Zusammenhang mit Asylunterkünften	21
4 Organisationen und Gruppierungen des rechtextremistischen Spektrums	23
4.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	23
4.1.1 Bundesverband	23
4.1.2 NPD-Landesverband Schleswig-Holstein	24
4.1.3 Junge Nationaldemokraten (JN)-Stützpunkt Hamburg-Nordland	28
4.1.4 Verbotsantrag	28
4.2 Neonazistische Personenzusammenschlüsse	29
4.3 Nationale Hilfe Schleswig-Holstein e. V. (NHSH)	33
4.4 Rechtsextremistische Musikszene	34
4.5 Identitäre Bewegung (IB).....	35
4.6 Reichsbürgerbewegung	38
4.7 Rechtsextremistische Verlage	39
5 Besondere Gefährdungssachverhalte	40
6 Rechtsextremistische Aktivitäten (inkl. Aktionen) in Kreisen und Städten	42
6.1 Stadt Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.....	42
6.2 Stadt Kiel und Kreis Plön.....	42
6.3 Stadt Neumünster und Kreis Segeberg.....	43
6.4 Stadt Lübeck und Kreis Ostholstein	44
6.5 Kreise Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde	45
6.6 Kreise Pinneberg und Steinburg.....	46
6.7 Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn.....	47
7 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2013 bis 2015	49
III LINKSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	50
1 Überblick	50
2 Ideologischer Hintergrund	52

2.1 Dogmatischer Linksextremismus und Anarchismus	53
2.2 Undogmatischer Linksextremismus	55
3 Straf- und Gewalttaten	57
4 Entwicklung des Linksextremismus	61
4.1 Entwicklungen der dogmatischen Szene	61
4.1.1 Parteien und Gruppierungen	61
4.1.2 Anarchistische Szene	62
4.2 Entwicklungen der undogmatischen Szene	62
4.3 Rote Hilfe e. V.	64
5 Aktionsfelder	65
5.1 Antifaschismus	65
5.2 Anti-Globalisierung/Anti-Kapitalismus	68
5.2.1 Eröffnung der EZB in Frankfurt am Main.....	69
5.2.2 G7-Außenministerkonferenz in Lübeck	70
5.2.3 G7-Gipfel in Elmau/Bayern.....	72
6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2013 bis 2015	74
 IV NICHT ISLAMISTISCH MOTIVIERTER EXTREMISMUS MIT AUSLANDSBEZUG	 75
1 Überblick	75
2 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	75
2.1 Ideologie/Zielsetzung	75
2.2 Rechtliche Bewertung	77
2.3 Organisation und Tätigkeit in Deutschland	77
2.4 Entwicklungen im Berichtsjahr	80
2.5 Finanzierung.....	83
2.6 Gerichtsurteile und Exekutivmaßnahmen	83
2.7 Ausblick	83
3 Türkischer Rechtsextremismus/Ülkücü-Bewegung	85
3.1 Ideologie und Organisation	85
3.1.1 Ideologie	85
3.1.2 Organisation	86
3.2 Entwicklungen im Berichtsjahr	87
 V ISLAMISMUS UND ISLAMISTISCHER TERRORISMUS	 88
1 Überblick	88
2 Wesentliche Begriffe im Bereich des Islamismus	90
2.1 Abgrenzung von Islam und Islamismus	90
2.2 Was ist Islamismus.....	90
2.3 „Salafistische Bestrebungen“ – eine besondere Form des Islamismus.....	92
2.3.1 Ursprung und Grundlagen der salafistischen Ideologie	92
2.3.2 Unterscheidung in politischen und jihadistischen Salafismus	93
2.3.3 Charakteristika und besondere Merkmale „Salafistischer Bestrebungen“	93
2.4 Jihadismus	96
3 Islamistische Radikalisierung	97
3.1 Modell eines Radikalisierungsprozesses	97
3.2 Gemeinsamkeiten von Islamisten	99

3.3 Frauen als Ziel islamistischer Propaganda	100
4 Islamistischer Terrorismus	102
4.1 Aktuelle internationale Entwicklungen	102
4.2 Entwicklungen in Deutschland.....	106
4.2.1 Gefahr durch nach Deutschland und Europa zurückkehrende Jihadisten	108
4.2.2 Gefahr durch getarnt einreisende Jihadisten	108
4.2.3 Gefahr durch „homegrown terrorists“	109
4.3 Reisebewegungen in das Kriegsgebiet Syrien/Irak	110
4.4 Entstehung und Bedeutung des „Islamischen Staates“ (IS).....	112
4.5 Das „al-Qaida“-Netzwerk.....	116
4.5.1 Entstehung	116
4.5.2 Ideologie	117
5 Die salafistische Szene in Schleswig-Holstein	117
5.1 Personenpotenzial und salafistische Zentren	118
5.2 Die „LIES!“-Aktion in Schleswig-Holstein	119
5.3 Weitere Entwicklungen in der salafistischen Szene in Schleswig-Holstein	120
5.4 Einflussnahme von Salafisten auf Flüchtlinge	120
6. Weitere islamistische Organisationen in Schleswig-Holstein	122
6.1 Hizb-Allah.....	122
6.2 Muslimbruderschaft	122
6.3 Türkische Hizbullah	123
7 Straf- und Gewalttaten	123
8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der islamistischen Organisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2013-2015.....	125
 VI SPIONAGEABWEHR, WIRTSCHAFTSSCHUTZ UND PROLIFERATION	126
1 Aufgabenstellung.....	126
2 Modus Operandi fremder Nachrichtendienste.....	126
3 Wirtschaftsschutz.....	128
4 Wirtschaftsspionage.....	129
5 Proliferation.....	130
6 Social Engineering.....	131
7 NSA-Affäre	132
8 Hinweise an die Spionageabwehr.....	133
 VII ALLGEMEINES ZUM VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	134
1 Aufgaben.....	134
2 Organisation	136
3 Befugnisse	136
4 Kontrolle	139

5 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen.....	140
--	-----

6 Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren.....	142
--	-----

VIII ÜBERSICHT IM BERICHT GENANNTER EXTREMISTISCHER ORGANISATIONEN.....	145
--	------------

1 Rechtsextremistische Organisationen	145
---	-----

2 Linksextremistische Organisationen	145
--	-----

3 Extremistische Organisationen mit Auslandsbezug (nicht islamistisch)	145
--	-----

4 Islamistisch-extremistische Organisationen.....	146
---	-----

Vorwort zur Flüchtlingssituation

I Reaktionen von Extremisten auf den Zuzug von Migranten nach Schleswig-Holstein

Der Zuzug von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern beherrschte im Berichtsjahr 2015 nicht nur die allgemeine gesellschaftspolitische Debatte, er hatte auch direkte Auswirkungen in den Bereichen des Rechtsextremismus, des Linksextremismus und des Islamismus. Der Verfassungsschutz hat diese Entwicklung bereits früh erkannt und spätestens mit dem starken Anstieg der Zugangszahlen von Asylbewerbern seit den Sommermonaten auch gezielt beobachtet und analysiert. In diesem, der klassischen Gliederung des Verfassungsschutzberichtes vorangestellten Kapitel wird daher gesondert beschrieben, wie Extremisten auf die Flüchtlingssituation reagiert und versucht haben, sie für ihre Zwecke auszunutzen.

1 Die rechtsextremistische Szene und die Flüchtlingssituation

Bereits seit dem Jahr 2013 zeichnete sich ab, dass sich das Thema „Asyl“ zum wichtigsten Agitationspunkt entwickeln würde.

2015 waren die Voraussetzungen für rechtsextremistische Propaganda auf den klassischen Feldern der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und des Nationalismus aus Sicht der Rechtsextremisten so gut wie schon lange nicht mehr. Die insbesondere seit den Sommermonaten stark steigenden Zahlen neu ankommender Flüchtlinge ließen in der rechten Szene die Hoffnung keimen, mit einer auf die aktuelle Lage zugeschnittenen Anti-Asyl-Agitation nicht nur eigene Kräfte zu mobilisieren, sondern auch weit ins bürgerliche, zumindest aber ins rechtskonservative Lager hinein Sympathisanten und dauerhaft neue Anhänger gewinnen zu können.

Das Schüren von Furcht vor dem Islam und damit zusammenhängende Untergangsszenarien der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln, stand im Mittelpunkt der rechtsextremistischen Agitation. Daneben wurde versucht, Themen zu besetzen, die im Rahmen einer allgemeinpolitischen Diskussion bewegt wurden. Hier ging es in erster Linie um die Kosten, die Asylbewerber verursachen, oder um die Frage der Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge einerseits und Menschen mit geringen Einkünften andererseits. Außerdem warnten Rechtsextremisten vor Straftaten von Asylbewerbern in Aufnahmeeinrichtungen und deren Umgebung.

Im Verlauf des Jahres und dann verstärkt in der zweiten Jahreshälfte fiel auf, dass Teile der rechtsextremistischen Szene, insbesondere im organisierten Rechtsextremismus, in der Asyldebatte immer offener agitierten. Die Anti-Asyl-Agitation hat zu einem Mobilisierungsschub im eigenen politischen Lager geführt, mit dem Ergebnis, dass das rechtsextremistische Personenpotenzial im Jahresverlauf 2015 stark zunahm (siehe II 7).

Das strategische Ziel der Rechtsextremisten, mit ihrer Anti-Asyl-Agitation in die „Mitte der Gesellschaft“ oder doch zumindest ins rechtskonservative Lager vorzustößen und sich dort fest zu verankern, haben sie in Schleswig-Holstein allerdings verfehlt. Ihre Hoffnung, die Zeit arbeite für sie und würde einen politischen Umbruch mit sich bringen, erfüllte sich nicht. Das bürgerliche Lager blieb in Schleswig-Holstein auf Distanz. Wo Rechtsextremisten, wie beispielsweise Mitglieder der NPD, erkennbar offen auftraten, z. B. im Rahmen so genannter „Infotische“, stießen sie auf Ablehnung (siehe dazu II 4.1.2).

Dass die rechtsextremistisch motivierte Hetze gegen Asylbewerber in Schleswig-Holstein keine größere und sich auch öffentlich bekennende Anhängerschaft gefunden hat, liegt ganz wesentlich daran, dass es in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten eine zwischen allen demokratischen Parteien im Konsens praktizierte Willkommenskultur gegenüber Asylbewerbern gibt, die in weiten Teilen der Bevölkerung ein politisches Klima der Toleranz und des mitmenschlichen Helfens erzeugt und verfestigt hat. Die rechtsextremistische Szene reagierte auf diese fortdauernde Entwicklung im Berichtsjahr häufig mit einer Mischung aus Neid und Frustration.

Parallel zum Anstieg der Flüchtlingszahlen hat vor allem im Internet und den sozialen Netzwerken fremdenfeindliche Agitation und damit verbundene Aggressivität deutlich zugenommen. So waren insbesondere in der zweiten Jahreshälfte – und damit auf dem bisherigen Höhepunkt der Zugangszahl von Asylbewerbern – unzählige Hasskommentare in vielerlei Medien festzustellen. Hinweise, dass die rechtsextremistische Agitation in irgendeiner Weise dezentral oder zentral gesteuert wurde, liegen hingegen nicht vor. Verantwortlich dafür sind überwiegend unorganisierte, nicht in der rechtsextremistischen Szene vernetzte Einzelpersonen. Diese verfestigen ihr rechtsextremistisches Weltbild über das Internet, mit der Folge einer zusätzlichen

Emotionalisierung und Radikalisierung. Die NPD, die als Organisator einer gesteuerten Internethetze grundsätzlich in Frage käme, gibt sich zumindest nach außen hin zurückhaltend, um im laufenden NPD-Verbotsverfahren keine Angriffspunkte zu bieten.

In einer von NPD-Funktionären verantworteten facebook-Gruppe fanden sich allerdings strafrechtlich relevante Einträge, die teilweise auch zu Gewalt gegen Flüchtlinge, deren Unterstützer oder Politiker aufriefen. Wörtlich heißt es dort:

„Sieg Heil!! Adolf bitte komme wieder und lass sie alle vergasen, erschießen und verbrennen egal ob kind, frau oder die pussy Männer! Sieg Heil - Deutschland deutschland über alles über alles auf der welt.“

Folgende Beispiele für facebook-Einträge auf Seiten, auf denen bekannte Rechtsextremisten, aber auch andere Personen posten, machen insbesondere die neue „Qualität“ der Agitation deutlich und belegen, dass in der realen Welt vorhandene Hemmschwellen im Netz vollends verschwunden sind:

„geh auf die strasse und hau irgend einem nigger die fresse ein, du triffst immer den richtigen“
oder

„Übrigens denkt dran in vier Monaten steht das Weihnachtsfest vor der Tür und bis dahin wäre es lobenswert, wenn ihr den Flüchtlingen in eurer Umgebung ein nettes Willkommenes Geschenk zu bereitet“.

Darauf kommt dann die Antwort:

„Ja, ein paar an die Fresse, einen Tritt in den Arsch und ab in die Heimat zurück. Von mir aus auf nem fliegenden Teppich“.

Ein weiterer Eintrag lautet:

„Assoziales moslem pack das gilt für die die noch im Mittelalter Leben solche Leute sollte man qualvoll lynchen.“

Es liegt auf der Hand, dass sich sprachliche Verrohung und zunehmende Radikalisierung in ihren wechselseitigen Wirkungen zu einem Klima des Hasses in der virtuellen Welt verdichten. Davon könnten sich wiederum den Sicherheitsbehörden bislang noch unbekannte Personen mit rechtsextremistischem Gedankengut zu Taten

und Straftaten in der realen Welt angestiftet fühlen. Dass die Gefahr sich selbst radikaliserender so genannter „Feierabend-Rechtsextremisten“ oder „Internetnazis“ real ist, belegen exemplarisch drei Gefährdungssachverhalte, die den Sicherheitsbehörden zum Ende des Berichtsjahres in Schleswig-Holstein bekannt wurden (Einzelheiten dazu siehe II 5). Weitere Vorfälle wie der am 28. Juli in Kiel (Einzelheiten dazu siehe II 3.4) belegen nachdrücklich, dass rechtsextremistische Agitation nicht ohne Folgen bleibt und die Gefahr der Begehung schwerer Straftaten zunimmt.

Nach dem Meldedienst PMK der Landespolizei Schleswig-Holstein sind im Jahr 2015 33 Fälle im Themenfeld „Gegen Asylunterkünfte“ in Schleswig-Holstein bekannt geworden (siehe II 3.4). Im Berichtsjahr war nicht erkennbar, dass rechtsextremistische Aktivitäten in Bezug auf Erstaufnahmeeinrichtungen konkret und gezielt geplant, koordiniert oder gesteuert wurden. Im Vordergrund standen in erster Linie Flugblattverteilkaktionen in der Umgebung von Erstaufnahmeeinrichtung beziehungsweise im Zusammenhang mit deren Planung.

Die Anti-Asyl-Agitation in allen ihren Ausprägungen wird auf absehbare Zeit Schwerpunkt rechtsextremistischer Bestrebungen bleiben. Dabei werden Rechtsextremisten auch weiterhin versuchen, Sorgen, Ängste und Kritik der Bevölkerung nicht nur zu instrumentalisieren, sondern auch emotional aufzuladen. Die Anti-Asyl-Agitation von rechts dürfte an verbaler Radikalität weiter zunehmen, wenn der Zuzug von Asylbewerbern in einer ähnlichen Größenordnung wie 2015 anhält, Probleme bei der Unterbringung und Integration verstärkt auftreten und in weiten Teilen der Bevölkerung das Gefühl einer zunehmend unbeherrschbaren Situation entstehen bzw. wachsen sollte. In diesem Fall könnte es auch zu vereinzelt spontanen Gewalttaten kommen, das Potenzial dafür ist ohne Zweifel vorhanden.

2 Die linksextremistische Szene und die Flüchtlingssituation

Die Flüchtlingssituation war im Berichtsjahr der Aktionsschwerpunkt der linksextremistischen Szene in Schleswig-Holstein. Mit dem erheblichen Anstieg der Flüchtlingszahlen seit dem Sommer verlagerten insbesondere die postautonomen Szenen ihren Aktionsschwerpunkt zunächst auf die aktive, humanitäre Flüchtlingshilfe. Je

länger und intensiver die Kräfte für diese praktische Hilfeleistung gebunden wurden, desto mehr ging dieses Engagement offenbar auf Kosten der Aktionsfähigkeit und Schlagkraft für andere Anliegen. Linksextremisten versuchten, die öffentliche Debatte über die Asylpolitik zu nutzen, um die klassischen Themenfelder Antirassismus und Antifaschismus ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Auf diese Weise wollten sie ihre eigenen politischen Ziele befördern. Die Themen besitzen ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit weit ins bürgerlich-demokratische Spektrum und gelten daher grundsätzlich als geeigneter Anknüpfungspunkt, Sympathisanten für die linksextremistische Szene und ihre politischen Ziele zu gewinnen.

Aus Sicht der Linksextremisten ist politisches Fehlverhalten ursächlich für den Rassismus innerhalb der Gesellschaft. Flüchtlingen würde die Einreise in die EU erschwert, die „Festung Europa“ habe das Ziel, die „herrschende imperialistische Weltwirtschaftsordnung“ aufrecht zu erhalten. Dieser Umstand führe zu einer Kriminalisierung, Verfolgung und Abschiebung der Flüchtlinge.

Dieser seit jeher vorherrschenden Argumentation wurden die Linksextremisten durch die dem Flüchtlingsstrom angepasste Asylpolitik der Bundesrepublik und die bereits unter I 1 erwähnte Willkommenskultur in Schleswig-Holstein beraubt. Großdemonstrationen wie in den Jahren 2013/2014 anlässlich der Problematik um die Aufnahme der „Lampedusa-Flüchtlinge“ versprachen folglich nur eine geringe Anschlussfähigkeit in das bürgerliche Spektrum.

Aber auch anlassbezogen boten sich den Linksextremisten in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum nur wenige Möglichkeiten, ihr Anliegen auf die Straße zu tragen.

Zu nennen ist eine mit 200 Teilnehmern eher mäßig besuchte Demonstration anlässlich eines Brandanschlages zum Nachteil einer geplanten Flüchtlingsunterkunft im Februar in Escheburg (Kreis Herzogtum Lauenburg), in deren Vorfeld der Täter einer umfassenden Recherche durch Linksextremisten unterzogen wurde. Das mediale Echo dieser friedlich verlaufenen Veranstaltung dürfte aus Sicht der Szene eher enttäuschend ausgefallen sein.

Des Weiteren wurden nach mehreren rassistischen Vorfällen in Lübeck-Kücknitz die Täter nach intensiver Recherche von Linksextremisten namentlich und mit Bildern auf einem linken Internetportal „geoutet“. Die daraufhin veranstaltete Demonstration

wurde von einem überwiegend bürgerlichen Bündnis organisiert, in dem sich auch Linksextremisten engagieren.

Zudem hat die linksextremistische Szene am 18. Juli gegen die geplante Kundgebung „Stoppt die Asylflut“ in Neumünster kurzfristig bis zu 150 Teilnehmer mobilisieren können. Die Kundgebung fand daraufhin nicht statt.

In Kiel konnten am 7. September ca. 200 Personen zur Teilnahme an einer Spontandemonstration gegen die Brandanschläge auf Asylunterkünfte mobilisiert werden.

In Relation zu den guten Grundvoraussetzungen für linksextremistische Agitation und Aktionen konnte demnach bis zum starken Anstieg der Zahlen neu ankommender Flüchtlinge ab dem Sommer kein besonderes, verstärktes Engagement der linksextremistischen Szene festgestellt werden. Ursächlich hierfür dürfte neben der geänderten Asylpolitik der Bundesrepublik auch die unerwartete anfängliche Zurückhaltung der rechtsextremistischen Szene gewesen sein sowie das mittlerweile stark von bürgerlichen Kräften belegte Themenfeld Antifaschismus.

Gleichwohl konnte beobachtet werden, dass Linksextremisten im Rahmen ihrer antifaschistischen und antirassistischen Aufklärung die Entwicklungen der rechtsextremistischen Szene in Bezug auf die Flüchtlingsproblematik äußerst wachsam begleiteten. Zum Jahresende nahmen rechtsextremistische Agitation und Aktionen in der Öffentlichkeit zu, so dass die linksextremistische Szene wie erwartet mit entsprechenden Gegenaktionen reagiert hat und zukünftig reagieren wird. In der Wahrnehmung der Linksextremisten werden auch asylkritische nicht-extremistische Äußerungen als „faschistisch“ definiert. Aus diesem Grund geriet die Partei „Alternative für Deutschland“ zunehmend in den Fokus der linksextremistischen Gegenaktionen.

In der Konfrontation mit dem politischen Gegner, aber auch mit der Polizei als Repräsentanten eines vermeintlich staatlichen Repressionsapparates könnte es hierbei auch zu Gewalttaten kommen. Ein gewaltbereites linksextremistisches Personenpotenzial für derartige Auseinandersetzungen ist zweifelsohne vorhanden.

Seit Anfang September ist im Zuge des erheblichen Anstiegs der Flüchtlingszahlen zu beobachten, dass die linksextremistische Szene ihr Vorgehen vorübergehend angepasst bzw. Prioritäten neu gesetzt hat.

Insbesondere in den Städten Kiel und vor allem Lübeck wurden alle zur Verfügung stehenden personellen, zeitlichen und auch finanziellen Ressourcen in humanitäre Aktivitäten zur Unterstützung der Geflüchteten gesteckt, so dass wenig Spielraum für Überlegungen zu anderen politischen Aktionsfeldern blieb. Zudem zeigten sie sich durch eine Reihe von friedlichen Aktionen solidarisch mit Flüchtlingen, Asylbewerbern und Asylbewerberinnen.

Dieses Engagement leisteten viele Beteiligte aus menschlicher Anteilnahme an den Flüchtlingen, einige Akteure der linksextremistischen Szene verbanden damit aber ein strategisches Kalkül: Linksextremisten versuchen seit jeher in den Aktionsfeldern Antirassismus und Antifaschismus mit bürgerlichen und humanitären Organisationen zusammenzuarbeiten, um diese dann zu dominieren und zu instrumentalisieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist jedoch nicht ersichtlich, dass die linksextremistische Szene in Schleswig-Holstein aus der Flüchtlingssituation Anhänger für eine dauerhafte politische Arbeit gewinnen konnte.

3 Die islamistische Szene und die Flüchtlingssituation

Die Mehrzahl der über eine Million Migranten, die im Jahr 2015 Deutschland erreichten, stammt aus islamisch geprägten Ländern wie Syrien, dem Irak, Afghanistan und nordafrikanischen Staaten. Viele dieser Menschen sind Muslime. Im Laufe des Berichtszeitraums wurden die nach Schleswig-Holstein gekommenen Muslime zum Ziel islamistischer Einflussnahme.

Bereits früh zeichnete sich ab, dass Islamisten versuchen würden, Flüchtlinge für ihre Ideologie zu gewinnen. Diese Einflussnahme erfolgte auf unterschiedliche Art. Zum Teil versuchen Islamisten unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe in Kontakt mit den Flüchtlingen zu treten. So riefen die deutschlandweit bekannten salafistischen Prediger Pierre Vogel und Sven Lau ihre Anhänger ganz offen in Videobotschaften oder Facebook-Kommentaren dazu auf, sich nicht nur humanitär um die Flüchtlinge zu kümmern, sondern sie auch in ihrem Sinne „religiös“ mit einzubinden. Vogel etwa erteilt in einem Video an seine Anhänger folgenden Aufruf:

„[...] Geht doch einfach mal dahin zu Ihnen [den Flüchtlingen], [...] habt ein offenes Ohr, und dann zum Beispiel, wenn ihr in dem Flüchtlingsheim seid, und ihr sagt dann, ja es ist die Gebetszeit, komm wir fangen an zu beten, dann

motiviert ihr sie automatisch auch mitzubeten. [...] Ihr müsst Euch vorstellen, viele Missionare sind da draußen, die wollen die Leute [die Flüchtlinge] vom Islam wegbringen, [...] die wollen jetzt sagen, guckt mal hier, wir [...] haben viel mehr Nächstenliebe und wir [gemeint sind die Anhänger der Salafisten], wir wollen diese Leute [die Flüchtlinge] nicht verlieren, wir wollen die Herzen gewinnen."¹

Dieses Zitat macht deutlich, dass es vor allem Salafisten (siehe V 2.2) nicht primär um humanitäre Hilfe geht, sondern die ideologische Vereinnahmung der Flüchtlinge. Jedoch liegen den Sicherheitsbehörden noch keine Hinweise darauf vor, dass die Aktionen der salafistischen Szene zentral koordiniert oder gesteuert werden. Bisher gehen derartige Aktivitäten in Schleswig-Holstein vor allem auf salafistisch geprägte Gruppierungen oder Einzelpersonen zurück. Die Mehrzahl von ihnen lehnt dabei Gewalt als unmittelbares Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ab.

Art und Weise der Einflussnahme in Schleswig-Holstein gestalteten sich – ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet – vielschichtig. Eine wesentliche Aktionsform waren im Berichtsjahr Spendensammlungen für Flüchtlinge in salafistisch beeinflussten Moscheevereinen, durch sonstige salafistische Personenzusammenschlüsse oder Einzelpersonen. Bei der Übergabe der Spenden wurde dann sowohl mündlich als auch über Flugblätter für den Besuch der jeweiligen Moscheen geworben. Zusätzlich sprachen Salafisten Flüchtlinge auch unmittelbar an und warben für ihre Moscheen und Gebetshäuser. Ebenso boten sie Dienstleistungen für Flüchtlinge an. Zum Beispiel stellten sie sich als Sprachmittler zur Verfügung oder leisteten Unterstützung bei Behörden-gängen. (siehe V 5.4)

Diese gezielte Kontaktaufnahme ist einer der Gründe dafür, dass heute in nahezu allen salafistisch dominierten oder sonst beeinflussten Gebetseinrichtungen in Schleswig-Holstein eine große, in der Regel jedoch fluktuierende, Zahl von Flüchtlingen die wöchentlichen Freitagspredigten besucht. Dies hat zudem den Effekt, dass sich Anhänger der salafistischen Szene zu Ansprechpartnern für die Migranten entwickelt haben. Einige von ihnen sehen manche der schleswig-holsteinischen Salafisten als vertrauenswürdig an und hoffen, dass sie ihnen bei der Umsetzung ihrer Wünsche und Ziele helfen können. Hierbei besteht nicht nur die Gefahr, dass die

¹ Video "Abu Adam (Sven Lau) Pierre Vogel - Helft den Flüchtlingen!", abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=flig_G1lr9s

Flüchtlinge empfänglich für die salafistische Ideologie werden, mehr noch droht die Gefahr, dass Salafisten versuchen könnten, mittelfristig eine vermittelnde Rolle im Integrationsprozess einzunehmen. Damit stünde die Einflussnahme von Islamisten nicht nur einer erfolgreichen Integration entgegen, sondern eröffnet ihnen zudem neue gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten.

Neben der Tatsache, dass Flüchtlinge Zielobjekt islamistischer Einflussnahme sind, ist ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit den Zuwanderungsbewegungen zu beobachten: So liegen Hinweise darauf vor, dass islamistische Terroristen versuchen, sich als Flüchtlinge zu tarnen und unter Ausnutzung der Flüchtlingsrouten nach Deutschland und Europa zu gelangen. Ein derartiges Szenario hat sich mit den Anschlägen in Paris/Frankreich vom 13. November tatsächlich konkretisiert. Mindestens zwei der an den Attentaten beteiligten Terroristen sollen aus Richtung Syrien kommend die Flüchtlingsrouten ausgenutzt haben, um unerkannt nach Frankreich einreisen zu können. (siehe V 4.2)

Gemeinsames Ziel der Sicherheitsbehörden – Polizei und Verfassungsschutz – ist es, derartige Personen frühzeitig zu erkennen, diese umfassend zu beobachten und gegebenenfalls ausländer- bzw. strafrechtliche Schritte zu initiieren.

4 Hinweise für die Spionageabwehr

Zu den Aufgaben der Spionageabwehr in Schleswig-Holstein zählt auch die Aufklärung nachrichtendienstlicher Aktivitäten syrischer Nachrichtendienste.

In dieser Zuständigkeit erhält der Verfassungsschutz seit mehreren Monaten vereinzelte Hinweise zu syrischen Einzelpersonen, die als Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein gekommen sind oder sich im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen bewegen und angeblich für einen syrischen Nachrichtendienst tätig sein sollen.

Diese Hinweise konnten für Schleswig-Holstein jedoch nicht zweifelsfrei verifiziert werden.

II Rechtsextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Die Zahl der Rechtsextremisten stieg im Vergleich zum Vorjahr um über 21 % von 1.070 auf 1.300 Personen. Einen Mitgliederzuwachs verzeichneten alle rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen, insbesondere das Personenpotenzial der sonstigen nicht neonazistischen Rechtsextremisten, deren Zahl von 180 auf 320 zunahm. Die Steigerung resultiert vor allem aus den Aktivitäten bislang nicht bekannter Rechtsextremisten im Zusammenhang mit den Anti-Asyl-Agitationen. Hierin lag der Schwerpunkt nahezu aller rechtsextremistischen Strömungen in Schleswig-Holstein. Dies sind auch die maßgeblichen Gründe für den Anstieg der von Rechtsextremisten begangenen Straf- und Gewalttaten. 2015 registrierten die Sicherheitsbehörden insgesamt 640 Straftaten, darunter 38 Gewalttaten. Zum Vergleich: 2014 wurden 439 rechtsextremistische Delikte gezählt, darunter 21 Gewalttaten. Gewalt ist ein konstitutives Element von weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene. Organisierte Rechtsextremisten verzichteten jedoch in der Vergangenheit aus taktischen Gründen weitestgehend auf die Anwendung von Gewalt. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass diese Einschätzung immer weniger trägt und spontane Gewalttaten auch durch organisierte Szeneangehörige begangen werden.

Rechtsextremisten versuchten, die mit der Flüchtlingsthematik verbundenen aufkeimenden Ängste der Bevölkerung in Bezug auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die Kriminalitätsrate, eine befürchtete Islamisierung Europas und das Entwerfen von Untergangsszenarien des deutschen Volkes und seiner Kultur für ihre verfassungsfeindliche Agitation zu nutzen. Der tatsächliche Grund für die Anti-Asyl-Agitation von Rechtsextremisten besteht jedoch in deren antiegalitärer Weltanschauung, die mit der Verfassungsordnung nicht in Einklang zu bringen ist.

Ogleich weder die PEGIDA-Bewegung noch die HogeSa-Welle Schleswig-Holstein erreichten, traten auch hier Rechtsextremisten mit fremden- und islamfeindlicher Hetze offener in Erscheinung als noch im Vorjahr. Anschluss an breitere Bevölkerungsschichten oder gar die erhoffte Verankerung in der „Mitte der Gesellschaft“ erreichte die Szene damit allerdings nicht. Dennoch kam es in Schleswig-Holstein zu einem, im Vergleich zum Vorjahr, starken Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials. Insbesondere über die sozialen Netzwerke im Internet war zunehmend zu beobachten, dass sich Personen selbst radikalisierten.

Trotz der für den Rechtsextremismus vermeintlich günstigen Stimmungslage gelang es der Szene nur in Einzelfällen, ihre Strukturlosigkeit zu überwinden.

Zu geplanten Übergriffen von „bekennenden“ Rechtsextremisten auf Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und/oder deren Bewohner kam es im vergangenen Jahr nicht, dennoch verübten Rechtsextremisten spontan begangene Straf- und Gewalttaten im Zusammenhang mit diesem Themenkomplex, ohne das Niveau des Bundesdurchschnitts bzw. anderer Bundesländer zu erreichen. Dabei wurden mehrfach Propagandamaterialien der „Anti-Asyl-Kampagne“ der NPD festgestellt. Wenngleich die Tatverdächtigen nicht aus Parteizusammenhängen kamen, hat die Kampagne der NPD zur „geistigen Brandstiftung“ beigetragen.

Die Mitgliederzahl der NPD stieg im Berichtszeitraum leicht von 130 auf 140, was u. a. auch in der Neugründung des „Junge Nationaldemokraten“ (JN)-Stützpunktes Hamburg-Nordland begründet ist. Eigene Demonstrationen wurden von der NPD in Schleswig-Holstein, wie auch schon im Vorjahr, nicht angemeldet (siehe auch II 4.1.2 ff).

Der neonazistischen Szene gelang es dagegen, die Kundgebung „Neumünster wehrt sich“ am 14. November zu dominieren, was als Beleg dafür gilt, dass die einst in sich geschlossenen, ideologisch abgegrenzten Gefüge aufbrechen und diese Szene ebenfalls versucht, das bürgerliche Spektrum zu unterwandern. Über die Flüchtlings-thematik gelang ihnen gezielte Beeinflussung und Anwerbung neuen Personenpotenzials, das sich allerdings aus dem bereits rechts anpolitisierten Spektrum rekrutierte. Hierzu nutzte man vorrangig die sozialen Netzwerke des Internets, schaffte aber durch unterschiedlichste Aktivitäten auch den Sprung in die reale Welt (siehe hierzu II 4.2).

Exemplarisch für dieses strategische Vorgehen von Rechtsextremisten mit neuer Offenheit und Strukturen, die scene- und ideologieübergreifend angelegt sind, steht der südliche Landesteil Schleswig-Holsteins (siehe II 6.6 und II 6.7).

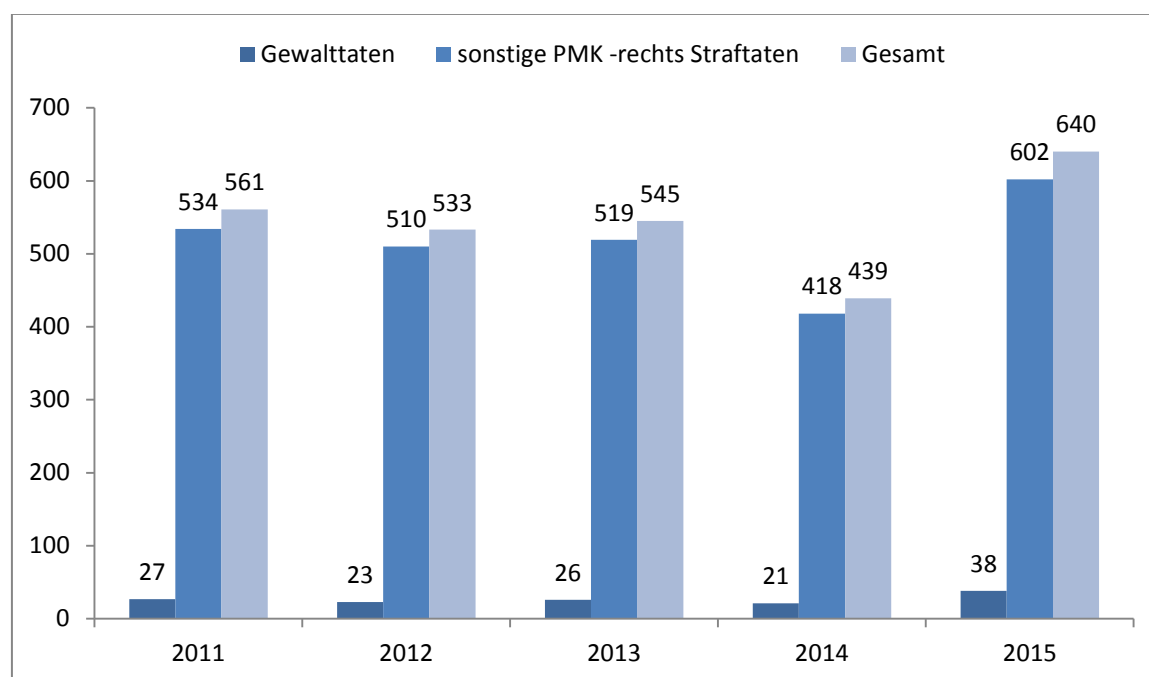
2 Ideologischer Hintergrund

Wie alle extremistischen Bestrebungen steht Rechtsextremismus im fundamentalen Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Ablehnung des Gleichheitsgrundsatzes ist dabei das zentrale Merkmal, das allen rechtsextremisti-

schen Strömungen immanent ist. Moderne Rechtsextremisten passen sich und ihre Ziele an aktuelle Gegebenheiten an und versuchen, ihr Erscheinungsbild an den Zeitgeist zu koppeln. Der Rückgriff auf den historischen Nationalsozialismus, Führerprinzip und rassistische Agitationsmuster sind längst nicht mehr in allen rechtsextremistischen Strömungen anzutreffen. Zunehmend finden auch ethnopluralistische Thesen Verbreitung, die im Ergebnis jedoch ebenfalls auf die Ablehnung des Gleichheitsgrundsatzes hinauslaufen (siehe dazu II 4.5).

Rechtsextremismus ist eine Ideologie, die Minderheitenrechte missachtet, das Recht des Stärkeren durchsetzen will und besonders eng mit der Anwendung von Gewalt verknüpft ist. Feindbilder sind dabei aber nicht nur Angehörige von Minderheiten, sondern auch Vertreter des demokratischen Rechtsstaates wie Politiker und Polizei sowie der politische Gegner von links.

3 Rechtsextremistische Straftaten (PMK -rechts)



3.1 Entwicklung der PMK -rechts im Vergleich zum Vorjahr

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 640 Delikte im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts registriert. Das stellt im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 201 Straftaten (+ 45 %) dar. Die Zahl der Gewalttaten stieg um 17 Fälle.

Die PMK -rechts wird von so genannten Propagandadelikten, wie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) dominiert. Nicht alle Delikte der PMK -rechts werden als extremistisch bewertet, da die Täter mit der Begehung der Straftaten nicht immer auf die Ablehnung bzw. Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen. Der starke Anstieg der Straftaten im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf ein vermehrtes Anzeigeverhalten von Propagandadelikten im Internet zurückzuführen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Hakenkreuz-Postings und volksverhetzende Äußerungen, die vorrangig über die sozialen Netzwerke verbreitet wurden. Die Verfasser beschäftigten sich dabei überwiegend mit der momentanen Flüchtlingslage.

3.2 Anteil der Gewalttaten PMK -rechts

Jahr	2014	2015
PMK -rechts Straftaten insgesamt	439	640
davon Gewalttaten	21	38

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.

Unter die 38 Gewaltdelikte fielen 12 gefährliche und 22 einfache Körperverletzungen, zwei Brandstiftungsdelikte sowie ein Landfriedensbruch. In einen Fall kam es zu einem gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr.

Die Steigerung um 17 Gewalttaten im Vergleich zu 2014 ist größtenteils auf fremdenfeindliche Straftaten im Kontext der Anti-Asyl-Agitation zurückzuführen. Viele der Ta-

ten wurden von Tätern verübt, die vorher noch nicht in rechtsextremistischen Bezügen in Erscheinung getreten waren.

Beispiele aus dem Bereich für rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Kiel

Am 27. Februar wurde ein türkischer Staatsangehöriger zunächst verbal mit den Worten „Du scheiß Ausländer, Arschloch, wieso schmeißt Du Müll auf die Straße? Du Wichser“ beleidigt. Anschließend zeigte der Täter dem Geschädigten den Hitlergruß, skandierte „Heil Hitler“ und schlug ihm mit der Faust auf die Brust. Als der Geschädigte mit der flachen Hand zurückschlug, zog der Täter ein Messer und bedrohte den Geschädigten damit. Vor der Polizei beschuldigten sich die Beteiligten dann gegenseitig der Bedrohung mittels Messers.

Itzehoe (Kreis Steinburg)

Am 30. Mai ereignete sich auf dem Itzehoer Weinfest eine Körperverletzung zum Nachteil eines irakischen Staatsbürgers. Dabei wurde der Geschädigte zuerst mit den Worten: „Hey, ihr Dreckskanaken“ beleidigt und dann mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Anschließend zeigte der Täter den „Hitlergruß“, rief „Sieg Heil“ und „Scheiß Kanaken“.

Neumünster

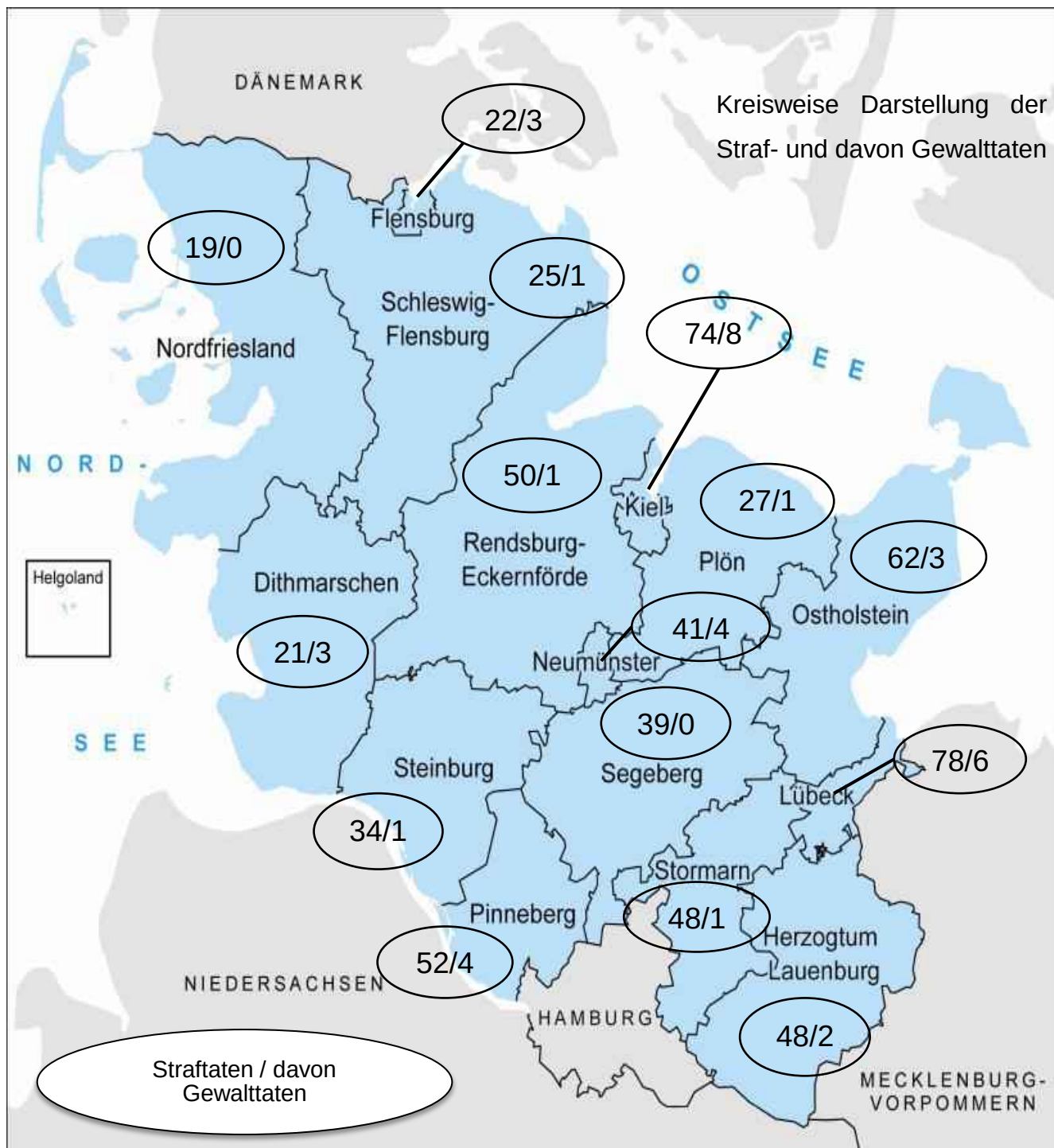
Am 17. Juli erlitt ein türkischer Staatsangehöriger durch mehrfache Schläge mit einem Schlüsselbund Verletzungen im Gesicht. Der Täter gab später an, dass er Menschen mit Migrationshintergrund nicht akzeptiere.

Lübeck

Am 27. August kam es in Lübeck zu einer gefährlichen Körperverletzung zum Nachteil eines syrischen Asylbewerbers durch drei Täter. Sie fragten zunächst, ob er Flüchtling sei und schlugen dann auf den Geschädigten ein. Einer der Täter zog ein 15-20 cm langes Küchenmesser und verletzte den Geschädigten damit am Oberarm.

3.3 Regionale Betrachtung der PMK -rechts 2015

Die im Berichtszeitraum erfassten politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verteilen sich auf Landesebene wie folgt:



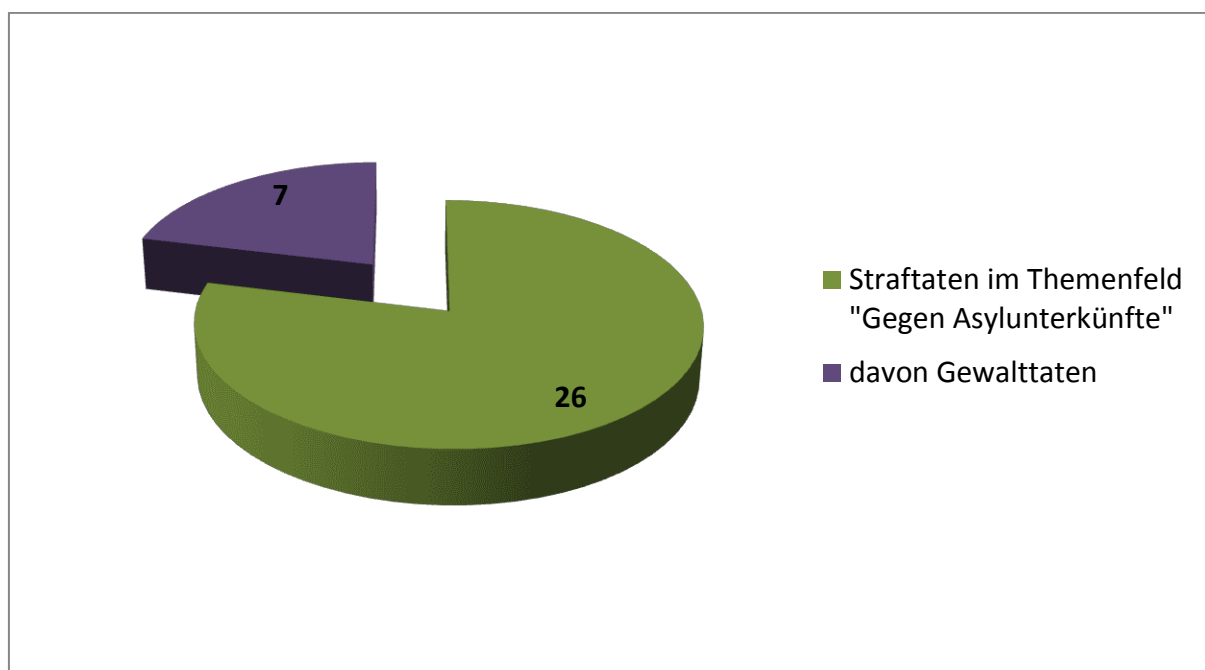
Bei der kreisweisen Betrachtung der PMK -rechts fällt auf, dass die Regionen mit einer stärkeren Belastung mit Straftaten nicht mit den Regionen korrespondieren, die als Schwerpunkte der rechtsextremistischen Szene ausgewiesen sind. Das ent-

spricht der Feststellung, dass viele Taten im Zusammenhang mit der Anti-Asyl-Agitation standen und von Tätern verübt wurden, die bislang nicht in rechtsextremistischen Bezügen aufgefallen sind. Ein sensibleres Anzeigeverhalten der Bevölkerung und eine häufigere Begehung von Straftaten im Internet haben ergänzend zu einer zufälligeren Verlagerung von Schwerpunkten der PMK -rechts geführt.

3.4 Straftaten für das Jahr 2015 im Zusammenhang mit Asylunterkünften

Insgesamt sind im Themenfeld „Gegen Asylunterkünfte“ 33 Straftaten, darunter 7 Gewaltdelikte, bekannt geworden. Damit war nahezu jede fünfte Straftat im Themenfeld „Gegen Asylunterkünfte“ eine Gewalttat (21 %).

Zu den Gewaltdelikten zählten u. a. gefährliche Körperverletzungen, Landfriedensbruch sowie Brandstiftung.



Besondere Einzelsachverhalte**Grabau (Kreis Stormarn)**

Am 2. Januar zündeten unbekannte Täter in Grabau in einem überwiegend als Asylbewerberunterkunft genutzten Mehrfamilienhaus eine Rauchgaskartusche. Personen kamen nicht zu Schaden.

Escheburg (Kreis Herzogtum Lauenburg)

Am 9. Februar kam es in Escheburg zu einer Brandstiftung an einer Doppelhaushälfte, die künftig als Asylbewerberunterkunft genutzt werden sollte. Da das Haus noch unbewohnt war, kamen keine Personen zu Schaden. Der Täter konnte im Rahmen polizeilicher Ermittlungen festgenommen werden.

Das Landgericht Lübeck stellte in seiner Urteilsbegründung am 11. Mai fest, dass der Täter eine „fremdenfeindliche Gesinnung“ zeigte und darin das Motiv der Tat lag. Bezüge des Täters in die rechtsextremistische Szene konnten nicht festgestellt werden.

Büchen (Kreis Herzogtum Lauenburg)

Am 10. Mai randalierten fünf Jugendliche in einer Asylbewerberunterkunft in Büchen. Dabei wurden Wohnungstüren, Fensterscheiben und Fahrräder beschädigt.

Die Jugendlichen hatten die Absicht, Asylbewerber tätlich anzugreifen.

Lübeck

Am 29. Juni entstand im Stadtteil Kücknitz durch eine vorsätzliche Brandlegung an einer im Bau befindlichen Asylunterkunft ein erheblicher Sachschaden. Der oder die Täter konnten bislang nicht ermittelt werden.

Kiel

Am 28. Juli verletzten drei unbekannte Täter in Kiel-Friedrichsort einen syrischen Staatsangehörigen schwer. Der Geschädigte erlitt erhebliche Kopfverletzungen.

Flensburg

Am 16. Oktober wurde in Flensburg ein Mehrfamilienhaus, das als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden sollte, in Brand gesetzt. Da das Haus noch leer stand, wurden Personen durch den Vorfall nicht verletzt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von ca. 50.000 Euro.

4 Organisationen und Gruppierungen des rechteextremistischen Spektrums

4.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

4.1.1 Bundesverband

Der im November 2014 zum Bundesvorsitzenden gewählte Frank Franz plädiert dafür, der NPD durch „angemessene Kommunikation“ ein freundliches, mithin auch wählbares Erscheinungsbild zu geben. Inhaltlich verfolgt er allerdings wie seine Vorgänger das bestehende, im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehende, Programm der NPD. Kernpunkt des Programms ist die Erhaltung Deutschlands als „Land des deutschen Volkes“. Dabei versteht die NPD unter „Deutsch“ ausschließlich Deutsche mit deutschen Vorfahren, im Sinne einer ethnischen Volkszugehörigkeit. In einer Argumentationshilfe des Parteivorstandes wird dies besonders deutlich:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnischkulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. ... Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (Fundstelle: Argumente für Mandats- und Funktionsträger, Berlin April 2012, S. 18 f)

Auf diesem Prinzip des biologischen Rassismus bauen alle anderen Punkte des Parteiprogramms auf. Rechte und die Fürsorge des Staates werden ausdrücklich „Deutschen“ im obigen Sinne zuerkannt und damit allen „nicht Deutschen“ aberkannt. Die Ideologie der NPD respektiert nicht den Grundsatz von der Gleichheit aller Menschen, das Recht auf Opposition, die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und den vorgeschriebenen rechtlichen Rahmen als alleinige Möglichkeit zur politischen Veränderung. Entgegen dem Trend der letzten Jahre verzeichnete die NPD

2015 bundesweit steigende Mitgliederzahlen. Franz führte das auf die verbesserte Außendarstellung der NPD zurück. Eine in Anbetracht der Flüchtlingskrise zu beobachtende wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Gesellschaft kommt als Ursache aber ebenso in Betracht.

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen betrieb der NPD-Bundesverband weiter intensiv seine Anti-Asyl-Kampagne. Neben eigenen Aktionen wurden die Landesverbände mit Materialangeboten wie Faltblättern, Postkarten und Aufklebern unterstützt, die sich u. a. gegen Asylbewerberheime und Flüchtlinge richten. Dabei verfolgt die Partei erkennbar die Strategie, sich vor Ort in bürgerliche, asylkritische Initiativen einzubringen und dadurch Berührungsängste abzubauen.

Feste Medienangebote des NPD-Bundesverbandes zur Verbreitung von Propaganda sind die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ sowie entsprechende Internet- und facebook-Auftritte. Zu besonderen Anlässen, wie z. B. zu Wahlkämpfen, brachte die NPD auf ihren Internetseiten zusätzlich kurze, meist bewusst provokante Videosequenzen zu unterschiedlichen Themen zum Einsatz. Solche Videos bescherten der NPD mitunter die erhoffte Resonanz in den Medien. Dies wertete die NPD als „Erfolg“ und nahm es zum Anlass, das Video-Angebot fortlaufend zu publizieren. Unter dem Label „Deutsche Stimme-TV“ (DS-TV) bietet sie einmal pro Woche eine Sendung zu ausgewählten Themen an.

Die NPD hat sich inzwischen international vernetzt. Auf europäischer Ebene haben sich am 4. Februar rechtsextremistische Parteien der EU-Mitgliedsstaaten Deutschland, Dänemark, Schweden, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland und Tschechien zur „Alliance for Peace and Freedom“ (APF) zusammengeschlossen. Schon vor Gründung der APF bestanden zwischen den beteiligten Parteien gute Kontakte, die jetzt auf eine organisatorische Basis gestellt wurden. Generalsekretär der APF ist Jens Pühse, Auslandsbeauftragter des NPD-Bundesverbandes.

4.1.2 NPD-Landesverband Schleswig-Holstein

Die Mitgliederzahl des NPD-Landesverbands stieg im Berichtszeitraum von 130 auf 140 Personen leicht an und folgte damit dem Bundestrend. Dadurch erfuhr der seit Jahren schwache Zustand des NPD-Landesverbands Schleswig-Holstein allerdings keine wesentliche strukturelle Stärkung.

NPD-Landesvorsitzender ist nach wie vor Ingo Stawitz, der langjährige Erfahrungen als NPD-Politiker vorweisen kann und somit eine personelle Konstante in der NPD darstellt. Aktivste Kreisvorsitzende waren Daniel Nordhorn vom NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster sowie Simon Andre Haltenhof vom NPD-Kreisverband Lauenburg/Stormarn. Nordhorn war im Berichtszeitraum hauptsächlich für die Organisation und Durchführung von Infotischen im Raum Neumünster und Segeberg verantwortlich, die aber aufgrund geringer Beteiligung der NPD-Mitglieder kaum von der Öffentlichkeit beachtet wurden. Haltenhof gründete mit weiteren NPD Funktionären einen Stützpunkte der NPD Jugendorganisation JN (siehe II 4.1.3).

Angemeldete NPD-Demonstrationen blieben in Schleswig-Holstein wie schon im Vorjahr aus. In den vergangenen Jahren hatten Proteste durch Gegendemonstranten die Durchführung von NPD-Demonstrationen nahezu unmöglich gemacht.

Stattdessen besuchten NPD-Mitglieder größere Demonstrationen in anderen Bundesländern, wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern.

Eine weitestgehend öffentliche Zurückhaltung bedeutet allerdings nicht, dass die NPD in Schleswig-Holstein politisch inaktiv wäre. Zur öffentlichen Verbreitung ihrer Weltanschauung hat sie sich auf weniger auffällige und damit weniger angreifbare Strategien verlegt. Statt auf Kundgebungen wird verstärkt auf Flugblattverteilungen gesetzt. Diese haben den Vorteil, dass sie nicht angemeldet werden müssen und die NPD ihr Propagandamaterial ungestört unter die Bevölkerung bringen kann. So wurde das Flugblatt „Asylantenheim? Nein Danke!“ hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte landesweit in größerer Zahl in Briefkästen und an Passanten insbesondere im Rahmen der Infotische in der Nähe von Asylbewerberunterkünften verteilt.



Der Landesverband stellte die aktuelle Asylpolitik und ihre „Willkommenskultur“ in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktivitäten. Die NPD prangerte die hohen Ausgaben für Flüchtlinge, die Konkurrenz um Arbeit und Wohnraum sowie eine im Vergleich zur deutschen Bevölkerung vermeintlich höhere Kriminalität durch Ausländer an. Sie griff damit Sorgen, Ängste und Vorurteile in Teilen der Bevölkerung auf und versuchte, sie für sich zu nutzen. Als Lösung forderte die NPD eine Abschaffung des einklagbaren Asylrechts und eine Rückführung von Ausländern in deren Heimatländer. Den eigentlichen Kern ihrer Ideologie offenbarte der NPD Landesverband Schleswig-Holstein auf seiner Internetseite am 14. September mit einem Kommentar zu einem Plakat der Bundesregierung:



„Das Plakat der Bundesregierung ist ein Beweis für die fortgesetzten Bemühungen gewisser Mächte, das deutsche Volk in seiner Substanz abzuschaffen.“ (www.npd-sh.de, Beitrag vom 14.09.2015)

Darin finden sich zwei Kernüberzeugungen der NPD wieder. In dem Vorwurf, „das deutsche Volk in seiner Substanz abzuschaffen“ tritt der Rassismus der NPD zutage, nach dem Deutscher nur sein kann, wer deutsche Vorfahren hat. Zuwanderer können nach dieser Definition keine Deutschen sein.

Die Formulierung „gewisse Mächte“ ist im Gesamtkontext als rechtsextremismustypische Verschwörungstheorie anzusehen.

4.1.3 Junge Nationaldemokraten (JN)-Stützpunkt Hamburg-Nordland

Bereits im Jahr 2010 wurde in Schleswig-Holstein ein Stützpunkt der Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), gegründet. Dieser JN-Verband war in der Öffentlichkeit praktisch allerdings nicht wahrnehmbar. Einzig dessen Internetseite und gelegentliche Beiträge auf der JN-Bundesseite zeugten von seiner Existenz. Ende 2013 waren keine Aktivitäten mehr feststellbar und korrespondierend dazu 2014 keine Internetseiten der JN in Schleswig-Holstein mehr abrufbar.

Mitte 2015 gründeten Mitglieder der NPD-Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein eine neue Regionalgruppe der JN, die „JN Hamburg-Nordland“. Diese wird von ihnen als so genannte „Stützpunktleiter“ geführt. Offenbar reichte das Personenpotenzial für einen auf einen Landesverband begrenzten JN-Verband nicht aus. In anderen Bundesländern konnten sich dagegen gleich mehrere Stützpunkte etablieren.

Nach eigenen Angaben beteiligte sich die JN Hamburg-Nordland u. a. an Infotischen, Flugblattverteilungen und an einem vom JN-Bundesverband ausgerufenen „Müllsammeltag“. Einige Funktionäre der JN Hamburg-Nordland nahmen an Schulungen des JN-Bundesverbandes teil. Diese Kaderschmieden haben eine über bloße Vernetzung hinausgehende Funktion, da sie ideologische Grundlagen transportieren und verfestigen und den Teilnehmern politisches „Rüstzeug“ vermitteln. Insofern erfolgt dort eine gewisse Professionalisierung und Elitenbildung.

4.1.4 Verbotsantrag

Die Länder haben seit April 2012 rückwirkend für die Zeit ab dem 1. Januar 2008 bis heute öffentlich zugängliches Material für den Nachweis der Verfassungsfeindlichkeit der NPD gesammelt. In dieser Materialsammlung sind auch Belege aus Schleswig-Holstein enthalten.

Auf der Herbsttagung der Innenministerkonferenz am 5. Dezember 2012 in Rostock stellten die Innenminister- und senatoren der Länder fest, dass die von den Sicherheitsbehörden zusammengestellte Materialsammlung die aggressiv-kämpferische Haltung der NPD belegt und sprachen sich für ein neues Verbotsverfahren aus. Die Ministerpräsidentenkonferenz schloss sich am 6. Dezember 2012 dieser Auffassung an. Der Bundesrat beschloss am 14. Dezember 2012 ein neues NPD-Verbotsverfahren einzuleiten. Der Bundestag und die Bundesregierung haben im

Frühjahr 2013 bekannt gegeben, dass sie ein erneutes Verfahren nicht für erforderlich halten. Die Bundesregierung unterstützte dennoch die Vorbereitung des Verbotsantrags.

Im Auftrag des Bundesrates erstellten zwei Prozessbevollmächtigte in der Zeit von Januar bis November 2013 auf der Grundlage der Materialsammlung den NPD-Verbotsantrag. Er wurde am 3. Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht mit dem Ziel, die NPD einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung als verfassungswidrig zu verbieten.

Am 2. Dezember 2015 beschloss das Bundesverfassungsgericht über die Anträge des Bundesrats am 1., 2. und 3. März 2016 zu verhandeln. Das Ergebnis der Verhandlung steht noch aus.

4.2 Neonazistische Personenzusammenschlüsse

Die Zahl der Neonazis in Schleswig-Holstein lag seit mehreren Jahren bei über 200 Personen und ist 2015 im Vergleich zum Vorjahr nochmals auf 240 gestiegen. Damit gehören rund 18 % aller Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein dieser aktionsorientierten Strömung des Rechtsextremismus an. Neben wenigen „alteingesessenen“ Führungsfiguren bzw. regionalen Wortführern besteht vielfach ein Zulauf vorwiegend jüngerer Personen, die an Szeneveranstaltungen teilnehmen oder im Kontext der Agitation gegen Flüchtlinge mit aktionsorientierten Rechtsextremisten in Kontakt kommen. Immer stärker ist das Internet dabei der ausschlaggebende „Türöffner“. Aber auch persönliche Bekanntschaften sind häufig verantwortlich für erste Verbindungen in die neonazistische Szene.

In regionaler Hinsicht liegt der Schwerpunkt neonazistischer Strukturen und Aktivitäten in den südlichen Landesteilen (siehe auch II 6.6 und II 6.7).

Das Internetportal nw-sh.info fungierte auch 2015 als zentrale neonazistische Internetseite, auf der unterschiedliche Gruppierungen Artikel veröffentlichten. Bei den rund 30 im Jahresverlauf erschienenen Artikeln handelte es sich oftmals um „Aktionsberichte“ über die Teilnahmen an überregionalen Demonstrationen oder neonazistischen Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Nicht alle in Schleswig-Holstein beste-

henden neonazistischen Personenzusammenschlüsse sind zum Umfeld der Seite nw-sh.info zu zählen.

Eine bedeutende Zahl des neonazistischen Personenpotenzials kann keinen festen Strukturen zugerechnet werden, sondern gehört eher einem rechts-autonomen Spektrum an. Von diesem gehen meist nur sporadisch rechtsextremistische Aktivitäten aus. Dagegen gehen von den strukturierten Personenzusammenschlüssen nahezu alle wesentlichen Aktivitäten aus. Auch die überregionalen Kontakte werden von dort gepflegt. So haben zahlreiche Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein unter anderem am „Tag der deutschen Zukunft“ am 6. Juni in Neuruppin teilgenommen. Auch an einer 1.-Mai-Kundgebung in Neubrandenburg sowie mehreren Aufmärschen in Dortmund waren vereinzelt Neonazis aus Schleswig-Holstein beteiligt. Hier dürften auch Kontakte zu Personen aus dem Umfeld der verbotenen Gruppierung „Nationaler Widerstand Dortmund“ bzw. zur Partei „Die Rechte“ geknüpft worden sein. Ebenfalls reisten Neonazis aus dem Herzogtum-Lauenburg zum alljährlichen „Trauermarsch“ nach Dresden. Am 12. September kam es in Hamburg anlässlich der letztlich verbotenen Kundgebung unter dem Titel „Tag der Patrioten“ zu Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. Hieran waren auch gewaltbereite Rechtsextremisten aus dem Raum Pinneberg beteiligt. Verbindungen nach Mecklenburg-Vorpommern werden immer wieder im Umfeld des „Thing-Hauses“ in Grevesmühlen sichtbar. Selbst für Rechtsextremisten aus weiter entfernt liegenden Kreisen ist das „Thing-Haus“ eine Anlaufadresse. Durch das Fehlen eigener Treffpunkte mit überregionaler Anziehungskraft in Schleswig-Holstein besteht mit dem „Thing-Haus“ ein Anlaufpunkt, der sowohl für die Kontaktpflege als auch für die Heranführung von Nachwuchs von Bedeutung ist. Zu diversen Szeneanlässen wie Vorträgen, Musikveranstaltungen oder so genannten „Kneipenabenden“ wurden dort Personen aus Schleswig-Holstein festgestellt, unter anderem auch Angehörige der Kameradschaft „Drei-Länder-Jungs“ (siehe II 6.6).

Erstmals seit Jahren fand 2015 wieder eine größere, neonazistisch dominierte Kundgebung in Schleswig-Holstein statt. An der am 14. November in Neumünster mit rund 80 Teilnehmern durchgeführten Kundgebung „Neumünster wehrt sich!“ beteiligten sich diverse Protagonisten des neonazistischen Spektrums auch als Ordner. Die Veranstaltung wurde durch Gegenproteste massiv behindert. Zudem fanden 2015 auch zahlreiche Veranstaltungen statt, die nicht öffentlichkeitswirksam wurden. Eine

der größten war erneut ein „Heldengedenken“ zum Volkstrauertag, welches von rund 50 Neonazis im Raum Pinneberg abgehalten wurde. Ein weiterer terminlicher Fixpunkt sind Aktivitäten am 8. Mai. Rechtsextremisten deuten dieses Datum der Kapitulation der Wehrmacht im Jahr 1945 geschichtsrevisionistisch und führen vielerorts so genannte „Ehrendienste“ an Grabstätten etc. durch. 2015 fand neben Aktionen in Aumühle und Lübeck eine größere Veranstaltung mit rund 20 Teilnehmern im Kreis Herzogtum Lauenburg statt. Ebenfalls mit geschichtsrevisionistischem Hintergrund fand anlässlich des von Rechtsextremisten so titulierten „Bombenterrors“ in Lübeck Ende März eine Aktionswoche statt, in deren Verlauf nicht nur zahlreiche Flugblätter verteilt wurden, sondern auch eine Stadtführung sowie eine Gedenkveranstaltung durchgeführt wurden. Ferner beteiligten sich Neonazis an der bereits im Vorjahr durchgeführten bundesweiten „Aktion Schwarze Kreuze Deutschland“, zu der Holzkreuze aufgestellt wurden, um auf deutsche Opfer vermeintlicher Gewalt durch Ausländer aufmerksam zu machen. Berichtet wurde unter anderem über derartige Aktivitäten in Neumünster und den Kreisen Pinneberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Segeberg.

Insbesondere gegen Jahresende haben Neonazis aus dem südöstlichen Schleswig-Holstein auch an diversen asylfeindlichen Kundgebungen in Mecklenburg-Vorpommern teilgenommen.

Die Flüchtlingsthematik ist auch für Neonazis der alles überlagernde Schwerpunkt. So kam es landesweit zu zahlreichen Aufkleber- und Plakatierungsaktionen mit Bezug zur Asylpolitik. Unter anderem fand im Oktober eine Aufkleberverteilaktion neonazistischer Kräfte in der Gemeinde Rondeshagen (Kreis Herzogtum Lauenburg) statt. Wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass das Land Schleswig-Holstein dort eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge geplant hatte. Die verteilten Aufkleber „Refugees not welcome!“ wiesen auf die Internetseite nw-sh.info hin, die auch über diese Aktion berichtete. Daneben wurden auch in anderen Regionen Flugblätter verteilt, die sich mit dieser Thematik befassten, so beispielsweise durch das „Projekt Volksgemeinschaft“ im Raum Kiel. In einem bewusst allgemein gehaltenen und nicht auf eine konkrete Vor-Ort-Situation abzielenden Flugblatt behaupten die Verfasser, die Vergewaltigungsrate in der Umgebung eines Flüchtlingsheimes steige nach

schwedischen Statistiken um 1.400 %. Zudem würden „Massen an herumlungenden Flüchtlingen“ das Stadtbild prägen.

Derartige Aktivitäten sind jedoch nur ein Aspekt der neonazistischen Agitation in Zusammenhang mit der Asylthematik. Für ihre Agitation gegen Flüchtlinge und die Asylpolitik nutzen schleswig-holsteinische Neonazis vielfach soziale Netzwerke wie facebook. Im Jahresverlauf konnten diverse Gruppen, Diskussionsrunden und andere Zirkel festgestellt werden, die durch rechtsextremistische Akteure dominiert oder beeinflusst wurden. Während der ersten Jahreshälfte waren häufig noch Anklänge zur PEGIDA-Bewegung auszumachen. Diese Bewegung ist in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch nicht in der Realität angekommen. Mehrere geplante bzw. angemeldete Demonstrationen mit PEGIDA-Bezügen, z. B. in Kiel oder Rendsburg, wurden wieder abgesagt. So gab es weder eine landesweite Struktur bzw. feste (Orts-) Gruppen, auch „Montagsdemonstrationen“ mit PEGIDA-Bezug oder vergleichbare Aktivitäten konnten nicht festgestellt werden. Die im Internet gegründeten PEGIDA-Gruppierungen bestanden zum Jahresende meist immer noch und waren überwiegend von Rechtsextremisten (nicht nur aus dem neonazistischen Spektrum) gesteuert.

In der öffentlichen Wahrnehmung war es bis Ende 2015 insbesondere die facebook-Gruppe „SHEGIDA“, deren Aktivitäten sich verfolgen ließen. Die wenigen Versuche dieser virtuellen GIDA-Gruppen zur Umsetzung ihrer Absichten in die Realität sind ausnahmslos gescheitert. Anderen Gruppen hingegen gelang dieser Schritt. So war insbesondere in der zweiten Jahreshälfte der Trend zu erkennen, offen asylfeindliche virtuelle Gruppierungen rechtsextremistisch zu beeinflussen und letztlich in reale Aktivitäten umzusetzen. Exemplarisch hierfür stehen Gruppen wie „Widerstand Schleswig-Holstein“, „Dithmarschen wehrt sich“ oder „Infosystem Eutin“. Deren Vorgehen ist strategisch angelegt und landesweit zu beobachten gewesen, so in Eutin, Lübeck, Boostedt oder Burg (Dithmarschen). Die bereits erwähnte Kundgebung in Neumünster ist mit 80 Teilnehmern der bislang zahlenmäßig „größte“ Erfolg dieser rechtsextremistischen Bemühungen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Strategie auch weiterhin verfolgt wird. Angesichts der anhaltenden islamistischen Gefährdungslage in Verbindung mit der Flüchtlingssituation in Europa werden Neonazis auch zukünftig versuchen, hieraus politisches Kapital zu schlagen. Eine solche Situation bietet einen Anknüpfungspunkt für die Gewinnung aktionsorientierter Rechtsext-

remisten, so dass mit einer weiteren Zunahme des entsprechenden Personenpotenzials gerechnet werden muss.

Die zunehmende Radikalisierung, die in diversen Internetpostings erkennbar ist, wird durch tatsächliche Übergriffe auf Asylsuchende oder deren Unterkünfte bestätigt (siehe II 3.5).

Äußerungen wie beispielsweise

„Ich kann euch Geld geben und dann ne Kugel“

oder auch Abbildungen eines KZ-Tores mit der Losung „refugees welcome“ stehen nicht nur symbolhaft für eine gestiegene Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten. Die größte Gefahr geht dabei nicht zwangsläufig von Rechtsextremisten selbst aus, sondern besteht



in der Radikalisierung anderer. Entlarvend ist die Stellungnahme auf der Internetseite nw-sh.info zum Brandanschlag von Eschburg. Unter der Überschrift „Eschburg - Bürgerliche rebellieren gegen Überfremdung“ zeigt sich der Verfasser nur wenige Tage nach dem Vorfall „erfreut“ darüber,

„dass es keine NWler² waren, die diese Tat ausführten, sondern dass der Protest und der damit verbundene Feuerangriff, als Zeichen dieses, aus der Mitte der Gesellschaft kam“.

4.3 Nationale Hilfe Schleswig-Holstein e. V. (NHSH)

Auch 2015 gingen von der NHSH keine wesentlichen Aktivitäten aus. Der im September 2013 ins Leben gerufene Verein wird von bekannten Akteuren des neonazistischen Spektrums getragen. Die NHSH besteht nach wie vor nur aus einer überschaubaren Anzahl von Mitgliedern und Unterstützern, denen es nicht gelingt, der NHSH zu einer größeren Bedeutung für die Neonazi-Szene in Schleswig-Holstein zu verhelfen. Korrespondierend hierzu sind die finanziellen Möglichkeiten der NHSH als eher gering einzuschätzen. Im Wesentlichen finanziert sich die NHSH durch Mitgliedsbeiträge sowie durch Solidaritätsveranstaltungen und Versteigerungen. Größe-

² Personen des nationalen Widerstands (Neonazis)

re Geldzuwendungen an Szeneangehörige hat die NHSH nicht geleistet. Im Jahr 2015 war lediglich ein über soziale Netzwerke verbreiteter Spendenaufruf zu Gunsten der Hinterbliebenen eines im September verstorbenen Liedermachers von Bedeutung. Über die sonstigen Vereinsaktivitäten wie Versammlungen oder Spendeneinwerbungen berichteten die Verantwortlichen nicht. Ebenso halten sich die neonazistischen Akteure hinsichtlich Rechtsschulungen und anderen Veranstaltungen bedeckt, um möglichst wenig Angriffsfläche für den politischen Gegner und staatliche Einrichtungen zu bieten.

Hinweise darauf, dass die NHSH Tätigkeiten der verbotenen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e. V.“ (HNG) fortführen würde, konnten nicht festgestellt werden. Insbesondere ist nicht zu erkennen, dass der Verein über die schleswig-holsteinische Szene hinaus Aktivitäten entfalten würde.

4.4 Rechtsextremistische Musikszene

Durch rechtsextremistische Musik und den Besuch entsprechender Konzerte konnte die Szene über Jahre neues Personenpotenzial generieren. Es gibt in Schleswig-Holstein jedoch Anzeichen, dass stattdessen verstärkt die vielfältigen Möglichkeiten über das Internet genutzt werden, den Zugang zur rechtsextremistischen Szene zu ermöglichen.

So fanden im Berichtszeitraum auch nur vereinzelt Musikveranstaltungen statt, die fast ausschließlich innerhalb der Szene beworben wurden und kaum Außenwirkung entfalteten. Dennoch werden über den Konsum der Musik weiterhin rechtsextremistische Inhalte eindringlich und effektiv transportiert, so dass sie eine identitätsstiftende Wirkung erzielen kann.

Die vier aus dem südöstlichen Landesteil Schleswig-Holsteins stammenden Bands „Timebomb“, „Einherjer“, „Words of Anger“ und „Sturmwehr“ traten bei ihren wenigen Auftritten entweder in anderen Bundesländern oder im europäischen Ausland auf.

Dementsprechend hielten die bereits im letzten Berichtszeitraum angestiegenen Reisebewegungen hiesiger Rechtsextremisten zu rechtsextremistischen Musikkonzerten im Bundesgebiet und im europäischen Ausland ihr Niveau.

Ein aus dem nördlichen Landesteil stammender rechtsextremistischer Musiker schloss sich überregional mit anderen Rechtsextremisten in dem Musikprojekt

„Randgruppe Deutsch“ zusammen. Dieses lieferte den Mobilisierungssong zum geplanten und letztendlich verbotenen „Tag der deutschen Patrioten“ am 12. September in Hamburg. Auftritte des Projektes konnten nicht festgestellt werden.

Einen Höhepunkt stellte der im September im Rahmen einer NPD-Veranstaltung in Lübeck veranstaltete Liederabend mit dem bundesweit bekannten rechtsextremistischen Liedermacher Frank Rennicke dar.

Der Auftritt Rennickes wurde auf der Internetseite der NPD wie folgt kommentiert:

„(...) Wer Frank Rennicke schon einmal live erlebt hat, dem ist bekannt, daß er mit seinen Wortbeiträgen zwischen den Liedern nicht nur für gute Stimmung sorgt, sondern durchaus kritische, mahnende Worte an die Anwesenden richtet. So lies er es sich nicht nehmen, die drohende Überfremdung unserer Heimat deutlich anzusprechen. Mit Blick auf die niedrige Geburtenrate kritisierte er aber in diesem Zusammenhang auch das Verhalten vieler Nationalisten, die oftmals nichts bereits sind eine Familie zu gründen. Dabei sollten doch deutsche Kinder die Zukunft unseres Volkes sichern. (...)“
(Schreibweise wie im Original!)

4.5 Identitäre Bewegung (IB)

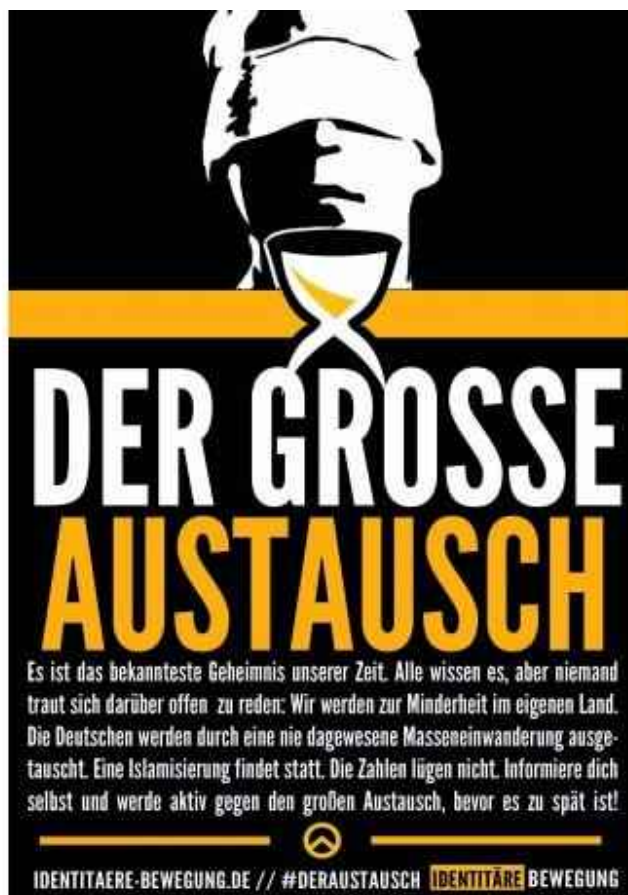
Die „Identitäre Bewegung“ zählt zur Neuausrichtung der Bewegung der „Neuen Rechten“. Sie bereitet rechtsextremistische Ideologien modern auf. Dabei wird „Ethnopluralismus“ als zentrales Thema angesehen und der Begriff „Identität“ als kulturelle Identität eines Volkes ausgelegt. Volkszugehörigkeit wird im völkischen (anti-egalitären) Sinne verstanden. So wird die Identität des Einzelnen über seine ethnische Herkunft sowie die kulturellen Merkmale seines Volkes bestimmt. „Identitäre“ Ideologien zielen auf Ausgrenzung und Ungleichheit ab. Eine Vermischung unterschiedlicher Ethnien wird abgelehnt. Einzelne Völker (Ethnien) werden anerkannt, sollen ihre Identität und Kultur bewahren, aber auch und ausschließlich in ihren angestammten Regionen leben. Die „Identitäre Bewegung“ sieht nur darin einen stabilen Zusammenhalt eines Volkes begründet.

Die Ziele der „Identitären Bewegung“ laufen damit wie bei allen Rechtsextremisten auf eine Ablehnung des grundgesetzlich manifestierten Gleichheitsgrundsatzes hinaus und sind somit verfassungsfeindlich.

In Schleswig-Holstein fand vom 27. bis 28. Juni ein Aktionswochenende der „Identitären Bewegung“ statt. Thematisch gehörten die Aktionen zur Kampagne „Stoppt den großen Austausch“, bei der ganz im „ethnokulturellen“ Sinn vor „Masseneinwanderung“ gewarnt wird. So verbreitet die „Identitäre Bewegung“ nicht offenkundig islam- und fremdenfeindliche Parolen, sondern versteckt diese in ihrem Anliegen, den Fortbestand des deutschen Volkes zu sichern.

Am ersten Aktionstag zeigte die Gruppierung dabei von Autobahnbrücken Transparente und Fahnen, am zweiten Tag fand eine Kundgebung in Eutin statt. Beide Aktionen erregten kaum öffentliches Interesse. Im Anschluss besetzten u. a. Aktivisten der „Identitären Bewegung“ aus Schleswig-Holstein die SPD-Zentrale in Hamburg und entrollten dort ebenfalls ihre Plakate. Zeitgleich fand diese Aktion in der Berliner SPD-Bundeszentrale statt. Dort betraten mittels mitgebrachter Leitern 10 - 15 Personen die Außenbalkone der Geschäftsstellen und zeigten ebenfalls wieder ihre Fahnen und Transparente, die sich gegen das Asylrecht richteten. Die Aktionen wurden in aufbereiteter Form über youtube und facebook verbreitet. Durch die Kampagne versucht die „Identitäre Bewegung“, Bedrohungsängste durch Zuwanderung zu erwecken. Auf ihrer Internetseite heißt es dazu:

„Es ist etwas faul in unserem Staate. Die einheimische Bevölkerung verschwindet schrittweise und wird durch Fremde ersetzt. (...) Der Große Austausch ist kein Zufall und keine Naturkatastrophe. Er ist gewollt und geplant. Hinter ihm stecken Verantwortliche, die wissentlich und willentlich unsere Kultur abschaffen und ihr eigenes Volk austauschen. Die Multikultis sind vernetzt und aktiv. Sie haben einen Plan und eine Agenda. Sie setzen jeden Tag eine millionenschwere Propaganda-Industrie in Bewegung, um den Großen Austausch voranzutreiben und die Deutschen stumm und dumm zu halten. Sie sitzen in den Agitationszentralen der Zeitungen, der Parlamente, der Universitäten und des Kulturbetriebes. Wir haben ihnen den Kampf angesagt und wollen die Wahrheit ans Licht bringen.“



Die Protagonisten der „Identitären Bewegung“ sind über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus vernetzt. Gemeinsam werden Transparente gestaltet sowie Aktionen geplant und durchgeführt.

Erkennbar der „Identitären Bewegung“ zuzurechnende Internetseiten sind die „Identitäre Bewegung Schleswig-Holstein“, die Internetseite „Gegenkultur“ aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg und die Gruppierung „Identitas“ aus dem Kreis Ostholstein.

Logo der „Identitären Bewegung“ ist ein schwarz-gelbes Lambda Zeichen.



4.6 Reichsbürgerbewegung

Zur „Reichsbürgerbewegung“ (RBB) zählen sowohl Einzelpersonen als auch Gruppierungen, die von einer immer noch bestehenden Existenz des Deutschen Reiches ausgehen. In der Bewegung selbst herrscht Uneinigkeit darüber, auf welche Epoche des Deutschen Reiches man sich beziehen soll und ob das Deutsche Reich zurzeit überhaupt handlungsfähig sei. Einige Protagonisten beanspruchen für sich, Vertreter des Deutschen Reichs zu sein, so dass skurril erscheinende Konkurrenzsituationen um die Herrschaft im „Reich“ entstehen.

Die Gemeinsamkeit aller Strömungen innerhalb der Bewegung liegt in der Aberkennung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Weder Verfassung, noch Gesetze und völkerrechtlicher Status der Bundesrepublik Deutschland werden von der Reichsbürgerbewegung akzeptiert.

Einige Reichsbürger beziehen sich dabei fälschlicherweise auf das Urteil zum Grundlagenvertrag der alten Bundesrepublik vom 31. Juli 1973, andere behaupten, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland nicht um einen Staat, sondern um eine GmbH handele, welche unter Besatzung betrieben werde. Somit wäre die Bundesregierung nicht die Vertretung des deutschen Volkes, sondern die Vertretung der Besatzungsbehörden. Daher könne die Bundesrepublik Deutschland das deutsche Volk völker- und staatsrechtlich nicht vertreten. Wiederum andere errichten gleich ihre eigenen „Territorien“ und wollen sich darin selbst verwalten.

Damit sind die politischen Aktivitäten der Reichsbürgerbewegung gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet und zielen darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Für Reichsbürger besteht die Notwendigkeit, ihr jeweiliges Deutsches Reich wieder zu voller Handlungsfähigkeit zu führen bzw. anerkannt zu bekommen. Die RBB versucht, dieses durch diverse absurde Schreiben an Behörden umzusetzen. Im Berichtszeitraum wurden dazu bei schleswig-holsteinischen Ordnungsbehörden vermehrt „Entlassungsurkunden“ aus der BRD eingereicht. Damit verbunden fordern die Personen häufig eine „Umtragung“ sämtlicher Dokumente auf ihr jeweiliges Deutsches Reich. Das kann über eine Änderung von Eintragungen im Grundbuch bis hin zur Legitimierung ihrer „Reichs- und Staatsangehörigkeitsausweise“ gehen. Letzteres meinen Reichsbürger in ihrer rechtsirrigen Annahme durch den § 1 des Reichs- und

Staatsangehörigkeitsgesetzes für das Deutsche Reich (RuStAG) von 1913 belegen zu können.

Manche Gruppierungen drohen bei „Zu widerhandlung“ den Behörden sogar „Bußgelder“ oder gar „strafrechtliche Konsequenzen“ an.

Dabei gehen Reichsbürger zum Teil äußerst aggressiv vor, ohne jedoch in Schleswig-Holstein öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten, wie es vereinzelt in anderen Bundesländern vorgekommen ist.

Einige der Gruppierungen sind sogar mit sämtlichen „Ministerien“ und „Staatsämtern“ ausgestattet und stellen eigene Dokumente wie „Reichspersonenausweise“, „Reichsführerscheine“ und sogar eigene Kfz-Kennzeichen aus. Das alles kann käuflich erworben werden und bietet daher eine durchaus lukrative Einnahmequelle.

Obgleich sich alle Reichsbürger auf ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Fundament stützen, gehen weitere ideologische Ansätze auseinander. So findet sich in der RBB ein Konglomerat an Ideologien, welche von rechtsextremistischen Bestrebungen bis hin zu esoterisch ökologisch verbrämten Verschwörungstheorien reichen.

Dadurch werden Reichsbürger nicht immer auf den ersten Blick als solche erkannt, auch wenn sie teilweise mit eigenen Regionalbezügen und Ersatz- „Währungen“ auftreten.

Zuverlässige Angaben zum Personenpotential der RBB sind aufgrund der anzunehmenden hohen Dunkelziffer daher nur bedingt möglich.

Rivalitäten sowie Vermengung und Gewichtung der Ideologiefragmente führen in der RBB dazu, dass ihr ein zusammenhaltender Überbau fehlt. Übergreifende Netzwerkstrukturen bestehen kaum, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass zumindest eine Bekanntheit untereinander besteht.

4.7 Rechtsextremistische Verlage

Traditioneller Schwerpunkt rechtsextremistischer Verlage sind Schriften mit geschichtsrevisionistischem Inhalt.

In diesem Jahr griff man allerdings, wie in allen anderen rechtsextremistischen Bereichen, verstärkt auch die Flüchtlingsthematik auf.

Mit der Herausgabe regelmäßig erscheinender rechtsextremistischer Publikationen sowie Veröffentlichungen im Internet wird ein großer Teil der Bevölkerung erreicht, so dass über das Verlagswesen eine Beeinflussung des bürgerlichen Spektrums mit dem Ziel stattfindet, rechtsextremistische Ideologien zu verankern.

Schleswig-Holstein kann aufgrund der hier ansässigen und über die Landesgrenzen hinaus wirkenden rechtsextremistisch geprägten Verlage als ein bundesweit wichtiger Standort angesehen werden.

5 Besondere Gefährdungssachverhalte

Im Berichtszeitraum wurden immer wieder besondere Gefährdungssachverhalte bekannt, die von Einzelpersonen aber auch von rechtsextremistischen Gruppierungen ausgingen. Anhand ausgewählter Beispiele wird nachfolgend dargestellt, wie die Asyl- und Flüchtlingsthematik das Handeln von Rechtsextremisten dominierte.

Fall A:

Radikalisierung über soziale Medien, wie facebook und/oder Messenger-Dienste

In diesem Fall handelte es sich um eine Einzelperson (A), die sich zunächst fast ausschließlich mit der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik beschäftigte und ihre Meinung über soziale Medien verbreitete. A steigerte sich verbal in immer radikalere Äußerungen, die schließlich rechtsextremistisch und volksverhetzend wurden. Dazu stellte A Bezug zum Nationalsozialismus her und veröffentlichte ein Lichtbild von sich mit Schusswaffe. Leser wurden durch A zu Straftaten gegenüber Asylanten, Flüchtlingen und deren Unterkünften aufgerufen. Um seine eindeutige Gewaltbereitschaft zu unterstreichen und zu belegen, dass eine Umsetzung in der Realität erfolgen sollte, kundschaftete A eine Einrichtung für Flüchtlinge aus und fertigte entsprechende Dokumentationen. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Sicherheitsbehörden konnten möglicherweise bevorstehende Straftaten verhindert werden.

Fall B:

Feststellung eines waffenaffinen Rechtsextremisten

Im Rahmen allgemeinpolizeilicher Ermittlungen wurden in der Wohnung des B zahlreiche Waffen sowie diverse NS-Devotionalien sichergestellt. B bekannte sich dabei zu rechtsextremistischen Ideologien.

Den Drang zur Bewaffnung rechtfertigte B damit, dass „man sich schließlich im Krieg befände und man aus Angst vor einmarschierenden Fremdkräften handeln müsse“.

Der vorliegende Sachverhalt zeigt, dass mit einem nicht unerheblichen rechtsextremistischen Dunkelfeld gerechnet werden muss und die Öffentlichkeit durch sich selbst radikalisierte und allein agierende Rechtsextremisten nach wie vor einer nicht zu unterschätzenden Gefahr ausgesetzt ist.

Fall C:

Mitglieder einer rechtsextremistischen Gruppierung

Nachdem Mitglieder einer rechtsextremistischen Gruppierung über einen längeren Zeitraum immer wieder NPD-Aufkleber zur Anti-Asyl-Thematik in der Nähe von noch unbewohnten Flüchtlingsunterkünften verklebten, kam es zu einem Brandanschlag auf eine Unterkunft. Obgleich der Gruppierung eine Tatbeteiligung an dem Anschlag bislang nicht zugerechnet werden konnte, ist nicht auszuschließen, dass sich der oder die Täter durch Anti-Asyl-Aufkleber in ihrem Vorhaben bestärkt fühlten. Zwei Monate später trafen Mitglieder der Gruppierung auf einen syrischen Staatsangehörigen, fragten, ob er Flüchtling sei und schlugen auf ihn ein. Eine Person aus der Gruppierung zog sogar ein Messer und verletzte den Syrer. Im Anschluss an die Tat verklebten die Gruppenangehörigen weitere NPD-Aufkleber an einer im Bau befindlichen Asylunterkunft während ein Mitglied mit einem Pflasterstein eine Scheibe der Unterkunft einwarf. Zum Tatzeitpunkt waren die Täter alkoholisiert.

In Anbetracht der Einschätzung, dass ein Rückgang der Flüchtlingszahlen in absehbarer Zeit nicht mit hinreichender Sicherheit prognostiziert werden kann und die rechte Szene sich zunehmend unter „Zugzwang“ sieht, diese vermeintliche „Völkervermi-

schung“ aufzuhalten, werden rechtsextremistische Gruppierungen ihre Handlungen weiterhin für notwendig und legitim halten.

6 Rechtsextremistische Aktivitäten (inkl. Aktionen) in Kreisen und Städten

6.1 Stadt Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg

Der im nördlichen Landesteil ansässige NPD Kreisverband Nordfriesland/Schleswig-Flensburg entfaltete im Berichtszeitraum wenig politische Aktivitäten, selbst die Internetseite wurde kaum gepflegt. Vom ihm gingen keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen aus. Der Kreisverband unterhält aber nach wie vor intensiven Kontakt zur dänischen Partei „Danskernes Parti“.

Die neonazistische Szene versuchte, im nördlichen Landesteil eine an die PEGIDA-Bewegung angelehnte Gruppierung zu etablieren. Dieses Vorhaben konnte nicht in die Realität umgesetzt werden, fand jedoch im Internet auf der Plattform facebook regen virtuellen Zulauf.

Die subkulturell geprägte Szene, in der in den Vorjahren sich am Erscheinungsbild der Rockerszene orientierte Gruppierungen wie „Midgards Wächter“ oder „Brigade 8“ agierten, formierte sich entweder in anderen Personenzusammenschlüssen oder fiel im Berichtszeitraum nicht mehr im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktionen auf.

6.2 Stadt Kiel und Kreis Plön

Die rechtsextremistische Szene in Kiel war auch in diesem Berichtszeitraum nicht in der Lage, öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten. Damit setzt sich ein Trend fort, der bereits seit mehreren Jahren anhält.

Zwar ist in Kiel durchaus ein Personenpotential vorhanden, das sich für rechtsextremistische Aktivitäten instrumentalisieren ließe, offensichtlich fehlen aber die charismatischen Protagonisten vergangener Zeiten, um dieses zu aktivieren. Dortige Rechtsextremisten scheinen dazu entweder nicht in der Lage zu sein oder haben aufgrund zunehmender Proteste des bürgerlichen Spektrums sowie der Angst vor

gewalttätigen Übergriffen durch Linksextremisten das Interesse verloren, öffentlich aufzutreten.

Exemplarisch für die Stagnation der Szene steht der NPD-Kreisverband Kiel/Plön, der im Berichtszeitraum nicht in der Lage war, Aktionen durchzuführen. Selbst die in früheren Jahren gut gepflegte Internetseite des Kreisverbandes wies im Berichtszeitraum nur drei Beiträge auf.

Dagegen trat das bislang nahezu ausschließlich im Internet agierende „Projekt – Volksgemeinschaft“ (PVG) erstmalig öffentlich in Kiel mit einer Flyeraktion in Erscheinung. Der Flyer griff mit dem Thema „Überfremdung“ das derzeit zentrale Agitationsfeld der rechtsextremistischen Szene auf.

Das „Projekt – Volksgemeinschaft“ bezeichnete sich auf seiner Internetseite selbst als

„(...) ein Zusammenschluss von ambitionierten Menschen, denen es am Herzen liegt, auf Missstände in Deutschland und Europa aufmerksam zu machen und einen kleinen Beitrag zu deren Beseitigung zu leisten. Uns verbindet unsere Identität als Nationalisten, d.h. das bewusste Leben unserer Kultur sowie die Verantwortung gegenüber unserem Volk.“

(Schreibweise wie im Original!)

Das PVG ist bemüht, einen vermeintlich intellektuellen rechtsextremistischen Ansatz zu vermitteln, mobilisierte aber über seine Internetseite für den „Tag der deutschen Patrioten“ am 12. September in Hamburg. Derartige Unterstützung für eine Veranstaltung, die überwiegend aus dem subkulturellen rechtsextremistischen Lager und durch Hooligans getragen wurde, war daher nicht unbedingt zu erwarten.

Im Kreis Plön wurden im Berichtszeitraum keine öffentlichkeitswirksamen rechtsextremistischen Aktionen festgestellt. Nach wie vor existiert dort auch keine strukturierte rechtsextremistische Szene. Die wenigen dort agierenden Rechtsextremisten sind dem intellektuellen, diskursorientierten Spektrum zuzurechnen.

6.3 Stadt Neumünster und Kreis Segeberg

Die rechtsextremistische Szene im Großraum Neumünster hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren. Nach der Schließung des ehemals überregional bekannten und frequentierten „Club 88“ im Vorjahr beschränken sich die Aktivitäten in und um Neumünster fast ausschließlich auf Proteste gegen die

Asylpolitik der Bundes- und Landesregierung. Initiator war stets der NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster. Durch den NPD-Funktionär Mark Michael Proch ist die NPD in der Ratsversammlung der Stadt Neumünster vertreten.

Proch trat bei der Wahl am 10. Mai für den NPD-Kreisverband als Oberbürgermeisterkandidat an. Er erhielt insgesamt 575 und damit 2,6 % der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 34,5 %. Dennoch wäre es in diesem Zusammenhang spekulativ, den relativen Wahlerfolg nur mit der niedrigen Wahlbeteiligung erklären zu wollen. In einzelnen Wahlbezirken, zum Beispiel in der Innenstadt oder den Stadtteilen Faldera und Tungendorf erreichte Proch bis zu 8,5 % der abgegebenen Stimmen. Im Vergleich zum Kommunalwahlergebnis im Jahr 2013, als die NPD in Neumünster 1,6 % (408 Stimmen) erreichte, konnte Proch nochmals um einen Prozentpunkt bzw. 167 Stimmen, was einem Anstieg von 41 % entspricht, signifikant zulegen. Der Kreisverband organisierte im Zuge der Kampagne „Asylflut stoppen“ diverse Infostände und Flugblattverteilungen im gesamten Stadtgebiet, mehrheitlich aber im Nahbereich der Flüchtlingsunterkünfte in Neumünster und Boostedt. Eine Resonanz aus dem bürgerlichen Spektrum war kaum spürbar, meist blieben die Aktionen unbeachtet.

Am 14. November riefen Rechtsextremisten unter dem Motto „Neumünster wehrt sich“ zu einer Demonstration gegen „Asylmissbrauch“ auf, an der ca. 80 Personen, die größtenteils dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen waren, teilnahmen. Mobilisiert wurde zu der Veranstaltung fast ausschließlich über soziale Medien wie facebook. Mehrere Gegenaktionen störten den Ablauf dieser Veranstaltung, so dass lediglich eine stationäre Kundgebung stattfinden konnte.

6.4 Stadt Lübeck und Kreis Ostholstein

Über viele Jahre war der östliche Landesteil und hier insbesondere die Hansestadt Lübeck einer der regionalen Schwerpunkte der rechtsextremistischen Szene in Schleswig-Holstein. Seit 2013 ist aber ein kontinuierlicher Rückgang rechtsextremistischer Agitation feststellbar. Exemplarisch kann diese Entwicklung an dem ehemals aktivsten NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein festgemacht werden. Dieser veranstaltete im Großraum Lübeck regelmäßig stattfindende Infostände und bewarb den aus dem neonationalsozialistischen Spektrum organisierten und weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten „Trauermarsch“ zum Gedenken an die Opfer des

Bombenangriffs auf Lübeck vom 28./29. März 1942. Diese Veranstaltung wurde auch von Rechtsextremisten anderer Bundesländern besucht und verzeichnete mehrfach einen Zulauf im dreistelligen Bereich.

Aktuell sind die wenigen noch aktiven Protagonisten offensichtlich nicht mehr in der Lage, Aktivisten und Unterstützer für rechtsextremistische Aktionen zu mobilisieren. Die Internetpräsenz des NPD-Kreisverbandes für den Bereich der Stadt Lübeck wird zwar noch gepflegt, der Bereich des Kreises Ostholstein hingegen wurde seit 2014 nicht mehr aktualisiert.

So beschränkten sich einzelne, mehr oder weniger öffentlichkeitswirksame Auftritte des NPD-Kreisverbandes auf einen „Arbeitseinsatz“ an einem Ehrenmal in Lübeck-Wesloe am 8. Mai und das vermehrte Verkleben so genannter „Spuckies“ zum Thema „Asylflut stoppen“ ab Mitte des Jahres im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften.

Außerdem kam es am 27. August durch mehrere Personen, die der subkulturellen Szene zuzurechnen sind, zu einer Sachbeschädigung an einem im Bau befindlichen Wohncontainer, der für die Unterbringung von Flüchtlingen vorbereitet wurde. Dabei wurde durch einen der alkoholisierten Täter mit einem Pflasterstein eine Fensterscheibe des Containers eingeworfen, nachdem im Vorfeld einige der Wohncontainer mit „No-Asyl“ Aufklebern der NPD versehen worden waren (siehe auch II 5).

6.5 Kreise Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde

Im Kreis Dithmarschen konnten seit einigen Jahren keine herausragenden Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene festgestellt werden. Organisierte rechtsextremistische Strukturen sind im Kreisgebiet nicht erkennbar. Ein überwiegend subkulturell geprägtes rechtsextremistisches Personenpotenzial ist dennoch vorhanden. Zu dieser Szene gehört im südöstlichen Teil des Kreises seit einiger Zeit ein Treffpunkt, der jedoch fast ausschließlich für Freizeit- statt für politische Aktivitäten genutzt wird.

Die Flüchtlingsthematik wurde aber auch hier durch Rechtsextremisten, z. B. durch die Verteilung von NPD-Flugblättern mit der Aufschrift „Asylantenheim Nein Danke!“ vor der Flüchtlingsunterkunft in Albersdorf, aufgegriffen.

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde waren im Berichtszeitraum ebenfalls kaum rechts-extremistische Strukturen feststellbar. Auch von der im Kreisgebiet vorhandenen subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene gingen keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen aus. Gleichwohl kam es zu vereinzelt Anti-Asyl-Agitationen.

6.6 Kreise Pinneberg und Steinburg

Bis vor wenigen Jahren war der Kreis Pinneberg ein Schwerpunkt des aktionistischen Rechtsextremismus. Mittlerweile hat sich dort eine subkulturell geprägte Szene etabliert, die mit der „Jugend für Pinneberg“, einem der wenigen in Schleswig-Holstein noch vorhandenen strukturierten aktionistisch/neonazistischen Personenzusammenschluss vernetzt ist.

Die „Jugend für Pinneberg“ betreibt eine Internetseite, auf der die Gruppierung immer wieder dazu aufruft, sich aktiv an ihren rechtsextremistischen Agitationen zu beteiligen. Widerstand gegen die Bundesrepublik Deutschland wird propagiert:

„Stubenhockerei ist keine Tugend, Du sollst streiten für Dein Deutschland! Darum: Raus aus der BRD und rein in den Widerstand.“

Wie jede andere rechtsextremistische Gruppierung aus Schleswig-Holstein griff auch die „Jugend für Pinneberg“ im Berichtszeitraum die Asylthematik auf. Exemplarisch dafür steht ihr Artikel „VÖLKERMORD an den VÖLKERN EUROPAS“, in dem suggeriert wird, dass die Bundesregierung sich am Völkermord der Europäer schuldig macht:

„Die BUNDESREGIERUNG und ALLE Unterstützer machen sich schuldig! Damals die Ureinwohner Nordamerikas, heute die gewachsenen Völker Europas – mit anderen Methoden. **WERDET ES EUCH BEWUSST! SCHWEIGT NICHT! WACHT AUF! STEHT AUF!**“

Eine Aktion zu diesem, an der rechtsextremistischen Kampagne „Minderheit 2030“³, entlehnten Thema wurde am 1. November auf dem Pinneberger Marktplatz durchgeführt, bei der ein Galgen mit entsprechender Beschriftung aufgestellt wurde.

Die Besonderheit der rechtsextremistischen Szene im Kreis Pinneberg ist in der bundesweiten Vernetzung einzelner Aktivisten zu sehen. Beispielhaft hierfür ist, dass

³ Beschreibt den Untergang der europäischen Völker „in wenigen Jahrzehnten“ (2030) durch eine „gigantische Einwanderungswelle“.

sich auf der Internetseite der Reichsbürgergruppierung „Neue Gemeinschaft von Philosophen“ unter <http://kulturkampf.info> ein Link zum Internetauftritt eines ehemaligen NPD-Funktionärs aus dem Kreisgebiet befindet. Die „Neue Gemeinschaft von Philosophen“ fiel in der Vergangenheit durch extrem aggressive, volksverhetzende Äußerungen auf und propagierte die Ausweisung „aller raum- und kulturfremden Ausländer“.

Im Kreis Steinburg sind bis auf den NPD-Kreisverband Westküste keine rechtsextremistischen Strukturen erkennbar. So kam es im Berichtszeitraum außer zu einer NPD-Flugblattverteilaktion in Glückstadt zu keinen weiteren rechtsextremistisch dominierten Aktionen.

Vereinzelt wurden Beleidigungen gegenüber Asylbewerbern ausgesprochen.

6.7 Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn

Der Schwerpunkt rechtsextremistischer Bestrebungen in Schleswig-Holstein lag im Jahr 2015 weiterhin im südöstlichen Landesteil, insbesondere im Kreis Herzogtum Lauenburg, der sich durch eine interne szenübergreifende Vernetzung zwischen dem neonazistischen Lager, den subkulturell geprägten Rechtsextremisten und der Parteiebene auszeichnet.

Rechtsextremisten aus den Kreisgebieten sind zwar äußerst aktiv, die von ihnen besuchten Veranstaltungen fanden aber vorwiegend in den angrenzenden Bundesländern statt. So erstrecken sich ihre Verbindungen bis nach Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Rechtsextremisten aus dem Herzogtum Lauenburg nahmen z. B. am 30. November an der Kundgebung der „MV-gida“ in Boizenburg teil. Die Veranstaltung galt als rechtsextremistisch beeinflusst.

Aktionen im Kreisgebiet fanden häufig nur szenintern statt, wie beispielsweise die jährliche Kranzniederlegung in Aumühle oder NPD-Parteiveranstaltungen.

Der NPD Kreisverbandsvorsitzende Lauenburg/Stormarn gründete gemeinsam mit einem Hamburger NPD-Mitglied im Mai den „Junge Nationaldemokraten (JN) Stützpunkt Hamburg-Nordland“. (siehe II 4.1.3)

Unter dem Organisationsbegriff JN Hamburg-Nordland wurden bereits vor der offiziellen Gründungsfeier rechtsextremistische Veranstaltungen, Kundgebungen und

Demonstrationen besucht. Dazu gehörte z. B. die Teilnahme an der Demonstration „Gute Arbeit hat einen Wert! Gerechtigkeit erkämpfen – Ausbeutung beenden!“ am 1. Mai in Neubrandenburg.

Bereits im Jahr 2014 zeichnete sich auf Kameradschaftsebene die Bildung einer Gruppierung mit der Bezeichnung „3-Länder Jungs“ ab. Erkenntnisse zu deren Hauptakteure stammen bislang aus rechtsextremistischen Zusammenschlüssen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Angehörige der Kameradschaft nahmen 2015 an diversen rechtsextremistischen Demonstrationen und Kundgebungen in den neuen Bundesländern teil. In Schleswig-Holstein entfalteten sie hingegen keine Aktivitäten.

Die „3-Länder Jungs“ tragen einheitliche T-Shirts und Jacken mit ihrem Logo.



Die Szene im südöstlichen Landesteil weist eine hohe Internetaktivität auf und gibt durch Veröffentlichungen von Aktionsberichten und ideologischem Gedankengut Impulse für Rechtsextremisten im ganzen Land.

Gegenwärtiger Agitationsschwerpunkt ist auch hier das Thema „Asyl“. Exemplarisch dafür stehen diverse Propagandadelikte, die im Berichtszeitraum durch Flugblattverteilungen, Aufkleberaktionen oder das Anbringen von Plakaten mit fremdenfeindlichem Inhalt umgesetzt wurden.

7 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2013 bis 2015

	2013	2014	2015
NPD/JN	190	130	140
Neonazis	230	230	240
Sonstige, nicht neonazistische Rechts- extremisten	180	180	320
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	600	530	600
Gesamt Land	1.200	1.070	1.300
davon als gewaltorientiert eingeschätzte Rechtsextremisten	600	550	615
Gesamt Bund	21.700	21.000	22.600

III Linksextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Die linksextremistische Szene in Schleswig-Holstein weist im Berichtsjahr mit 670 Personen ein geringfügig reduziertes Personenpotenzial auf (2014: 680). Die Szene setzt sich aus ca. 80% Männern sowie ca. 20% Frauen zusammen. Das gewaltorientierte Personenpotenzial liegt unverändert bei 310. Im Berichtszeitraum wurden 200 politisch motivierte Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund polizeilich erfasst. Dem Bereich der Gewalttaten sind hierbei mit 23 ca. 11 % aller Straftaten zuzurechnen. Sowohl die Anzahl der Gewalt- als auch die der übrigen Straftaten ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und liegt wieder auf dem Niveau von 2013.

Im Berichtsjahr ist die linksextremistische Szene in Schleswig-Holstein häufiger öffentlich in Erscheinung getreten als im Vorjahr. In Anbetracht der vorhandenen Möglichkeiten für linksextremistische Betätigungen im Rahmen von regionalen und überregionalen Anlässen und großen Ereignissen wie z. B. der Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main, dem G7-Außenministertreffen in Lübeck sowie dem G7-Gipfeltreffen in Elmau ist die öffentliche Präsenz jedoch als mäßig einzustufen. Die bestimmenden Themen im Berichtsjahr waren „Anti-Globalisierung/Anti-Kapitalismus“ (siehe III 5.2) sowie die klassischen Betätigungsfelder „Anti-Faschismus“ und „Anti-Rassismus“ (siehe I 2).

Die undogmatische Szene ist unverändert die prägende Kraft des Linksextremismus in Schleswig-Holstein, von der die stärksten Impulse für öffentlichkeitswirksame linksextremistische Betätigung ausgehen. Ihr niedriges Aktionsniveau des Vorjahres bestätigt sich jedoch auch im Berichtsjahr. Schleswig-holsteinische Mitglieder der bundesweiten Organisation „Interventionistische Linke“ (IL) haben sich sowohl in die Planung und Ausführung überregionaler als auch regionaler Ereignisse eingebracht. Ein Mitglied der Lübecker IL trat bei der Eröffnung der EZB im März in Frankfurt am Main als Sprecher der Blockupy-Bewegung in Erscheinung. Zu diesem Ereignis reisten auch einige gewaltorientierte Linksextremisten aus Schleswig-Holstein an. Eine erfolgreiche, die Szene umfassende Mobilisierung schleswig-holsteinischer Linksextremisten konnte jedoch nur anlässlich der G7-Außenministerkonferenz im April in

Lübeck verzeichnet werden. Das bürgerlich-demokratische Spektrum ließ sich in Lübeck allerdings nicht wie sceneintern erhofft für die linksextremistischen Ziele der IL einnehmen, die Mobilisierung in diesem Bereich verlief wenig erfolgreich.

Mit dem erheblichen Anstieg der Flüchtlingszahlen seit dem Sommer verlagerten die autonome und die postautonome Szene den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten wie unter I 2 beschrieben auf die aktiv humanitäre Flüchtlingshilfe sowie im späteren Jahresverlauf zum „Anti-Faschismus“ in Form von Aktionen gegen die Anti-Asyl-Agitation der rechtsextremistischen Szene und „Anti-Rassismus“.

In der Gesamtbetrachtung des undogmatischen Linksextremismus in Schleswig-Holstein ist ersichtlich, dass die Städte Lübeck und Kiel wie auch in den Vorjahren im Berichtsjahr die regionalen Schwerpunkte linksextremistischer Aktivitäten darstellen. Sowohl in Lübeck als auch in Kiel ist eine hohe Aktionsbereitschaft der jeweiligen autonomen Szenen vorhanden, die bis ins südliche Schleswig-Holstein an den Hamburger Stadtrand und in die Stadt Neumünster ausstrahlt.

Parteien und Gruppierungen des dogmatischen Linksextremismus waren auch im Berichtsjahr zunehmend weniger aktiv. Es fehlen Protagonisten, die in der Lage sind, politische Impulse zu setzen. Die Aktionsfähigkeit der dogmatischen Szene ist zudem durch die Überalterung der aktiven Mitglieder und aufgrund des fehlenden Nachwuchses weiterhin sehr gering. Eine Trendwende ist in Schleswig-Holstein nicht erkennbar, so dass nicht erwartet werden kann, dass die Bedeutung des dogmatischen Linksextremismus in naher Zukunft wieder zunimmt.

Die „Rote Hilfe e. V.“ nimmt als „Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt“, eine besondere Stellung im Linksextremismus ein. Sie hat auch im Berichtsjahr intensiv Personen unterstützt, gegen die Strafverfahren wegen entsprechenden Handelns bei Demonstrationen und Aktionen eingeleitet worden sind.

Im Berichtsjahr war nicht ersichtlich, dass die linksextremistische Szene von den gesellschaftlichen Spannungsfeldern profitieren konnte. Sie konnte keinen verstärkten Zulauf aus dem bürgerlichen Spektrum für eine planmäßige Mitarbeit verzeichnen. Daher bleibt abzuwarten, inwieweit die linksextremistische Szene die geänderte Stimmungslage zukünftig für ihre Zwecke zu nutzen vermag.

Unabhängig von der Einbindung in die Flüchtlingsfrage wird die linksextremistische Szene weiterhin überwiegend anlass- und ereignisbezogen reaktiv handeln. Themen, die aus eigener Initiative in die öffentliche Debatte eingebracht und besetzt werden, stehen regelmäßig nicht im Vordergrund ihres Handelns. Im Jahr 2017 finden sowohl die Landtagswahl in Schleswig-Holstein als auch die Bundestagswahl statt, so dass damit gerechnet werden kann, dass die linksextremistische Szene bereits im Jahr 2016 in die Planungsphase für entsprechende Aktionen einsteigen wird. Dementsprechend ist es wahrscheinlich, dass neue Kampagnen aufgelegt, tatsächliche und vermeintliche rechte Parteien und ihre Mitglieder im Wahlkampf angegangen werden. Zu erwarten sind beispielsweise sogenannte „Outings“ von tatsächlichen und mutmaßlichen Rechtsextremisten, d. h. Personen werden öffentlich einer rechtsextremistischen Gesinnung bezichtigt in der Absicht, ihren Ruf nachhaltig zu schädigen. Außerdem sind verstärkt Aktionen gegen die Anti-Asyl-Agitation der rechtsextremistischen Szene zu erwarten. Dabei muss im Hinblick auf die unverändert hohe Gewaltbereitschaft insbesondere der autonomen Szene auch mit gewalttätigen Aktionen gerechnet werden. Im Spannungsfeld mit dem politischen Gegner kann es bei entsprechenden Anlässen erfahrungsgemäß zu einem Anstieg gewalttätiger Übergriffe sowohl auf Rechtsextremisten als auch auf Polizisten kommen.

Es liegen keine Erkenntnisse zu terroristischen Strukturen in der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins vor.

2 Ideologischer Hintergrund

Linksextremistische Ideologien haben das gemeinsame Ziel, die bestehende, als imperialistisch oder kapitalistisch definierte Staatsordnung zu überwinden und an ihre Stelle eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Gesellschaft zu setzen. Unterschiede zwischen diesen Ideologien gibt es hinsichtlich der zu diesem Ziel führenden Wege. So weist auch der Linksextremismus in Schleswig-Holstein verschiedene ideologische Ausrichtungen auf. Es werden kommunistische, autonome und anarchistische, aber auch Mischformen dieser Strömungen beobachtet.

Im Wesentlichen werden der dogmatische und der undogmatische Linksextremismus unterschieden. Die dogmatischen Ausrichtungen verfolgen eine starre, nach ihrer Auffassung jeweils unumstößliche Ideologie. Von dieser kann nach Auffassung ihrer Anhänger nicht abgewichen werden. Demgegenüber sind im Bereich des undogma-

tischen Linksextremismus flexiblere Auslegungen und Kombinationen verschiedener Ideologieansätze und deren Versatzstücke zu beobachten.

2.1 Dogmatischer Linksextremismus und Anarchismus

Bezeichnend für dogmatische Personenzusammenschlüsse ist das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Ableitung zum revolutionären Handeln. Damit folgen sie der vermeintlich wissenschaftlichen Lehre von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), nach der der Kommunismus die endgültige und vollkommene aller Wirtschafts- und Gesellschaftsformen ist. Konkrete Hinweise und Vorgaben für die Ausgestaltung der neuen Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsordnung gaben sie nicht. Infolgedessen entwickelten verschiedene kommunistische Politiker und Philosophen Theorien und Strategien, wie der Umsturz und die Neugestaltung der Gesellschaft gelingen könnten. Wladimir Iljitsch Uljanow – besser bekannt als Lenin (1870-1924) begründete die These, nach der der Sozialismus als eine eigenständige Entwicklungsphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus besteht. Lenin passte den Marxismus an die Bedingungen im Russland des beginnenden 20. Jahrhunderts an und entwickelte ihn so weiter.

Von entscheidender Bedeutung sind im Leninismus die Strategie und Taktik der Revolution. Eine kleine Gruppe von Berufsrevolutionären habe als zentrale Führung das Proletariat zu leiten und durch Agitation und Propaganda zum sozialistischen Klassenbewusstsein sowie zur bewussten revolutionären Aktion zu führen.

In der praktischen Umsetzung zeigte sich die Diskrepanz zwischen dem wissenschaftlichen Bewusstsein der Berufsrevolutionäre und dem Alltagsbewusstsein der Bevölkerung. Die Masse der Werktätigen wurde dadurch grundlegend von politischen Entscheidungen ausgeschlossen.

In Schleswig Holstein werden die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und ihre Umfeldorganisationen dieser grundlegenden Ideologie zugeordnet.

Josef W. Stalin (1879-1953) propagierte nach Lenins Tod den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Er reduzierte die marxistische Theorie auf ein Dogmensystem, das hauptsächlich der Rechtfertigung der Herrschaftsverhältnisse im Sinne der Kommunistischen Partei diene. Dieses System führte zur Beseitigung aller bürgerlichen Freiheiten und Rechtsgarantien und damit zu einem umfassenden Terror gegen

weite Bevölkerungskreise. Heute wird die stalinistische Politik von linksextremistischen Gruppierungen überwiegend kritisch gesehen und abgelehnt.

Die von Leo Trotzki (1879-1940) vertretenen Ansichten stellten keine tatsächliche Abspaltung vom Kommunismus sowjetischer Prägung dar. Die Lehre Trotzki betonte die sozialistische Weltrevolution und kritisierte das autoritäre Parteimodell in der Sowjetunion als „bürokratisch entartet“. Die trotzkistische Lehre setzt dabei auf eine direkte Demokratie durch die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ in Gestalt der Räte-demokratie und das Beharren auf den proletarischen Internationalismus. Insgesamt spielte Trotzki für die politische Entwicklung in der Sowjetunion eine beträchtliche Rolle, er befürwortete offen die Anwendung von Gewalt als legitimes revolutionäres Mittel, auch gegen die eigenen Kampfgenossen.

In Schleswig-Holstein sind die trotzkistischen Gruppen „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV) und „Marx 21“ aktiv.

Der Maoismus verband seit dem Sieg Mao Tsetungs (1893–1976) in China 1949 die grundlegenden Gedanken des Marxismus-Leninismus mit traditionell chinesischen Elementen. Im Gegensatz zu Lenin vertrat Mao die Strategie der „Umzingelung der Städte durch das Land“. Mao schrieb den Bauern die tragende Rolle der Revolution und Hauptstütze des Kommunismus in China zu. Diese Ideen Mao Tsetungs werden heute nicht mehr als die alleinige Schöpfung Maos angesehen. Sie werden als „die Kristallisation der kollektiven Weisheit der Kommunistischen Partei Chinas“ bezeichnet, um ihren Inhalt nach den politischen Erfordernissen jeweils neu bestimmen zu können.

Die größte Gruppierung dieser ideologischen Ausrichtung ist die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland“ (MLPD), die auch Anhänger in Schleswig-Holstein hat.

Dem Anarchismus liegt eine philosophisch-politische Lehre zugrunde, die darauf zielt, die Gesellschaft vom Staat zu befreien. Jegliche politische Macht soll vernichtet werden. Dabei differenzieren Anarchisten nicht zwischen demokratisch und diktatorisch organisierten Staaten. Der Staat an sich gilt als das Problem. Die Verweigerung von Hierarchie und Unterordnung führt zu einem prinzipiellen Misstrauen gegenüber jeder Organisationsform. Anarchisten bilden deshalb zumeist lediglich lose struktu-

rierte Gruppierungen. An die Stelle des Staates soll künftig eine freie Vereinigung von Einzelpersonen und Gruppen ohne Zwangsorganisationen treten, ohne geschriebene Gesetze, Polizei, Militär, Gerichte oder Gefängnisse. In einer solchen Gesellschaft sollen die Menschen aufgrund freiwilliger Verträge harmonisch miteinander leben. Die anarchistische Gesellschaft ist auf der Basis völliger Freiwilligkeit geordnet.

In Schleswig-Holstein gehören dazu die „Graswurzelbewegung“ und die „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU).

2.2 Undogmatischer Linksextremismus

Der Kern des undogmatischen Linksextremismus liegt im Gegensatz zum dogmatischen Linksextremismus in der wandlungsfähigen Ideologie. Die Grundsätze der dieses Spektrum beeinflussenden Lehren, insbesondere des Anarchismus und Kommunismus sowie die Erkenntnisse des Marxismus, werden keineswegs als starre und nicht zu hinterfragende „Glaubenssätze“ angesehen. Eine Anpassung an die aktuelle politische Situation und die heute bestehende Lebenswirklichkeit ist möglich und auch gewollt.

In welchem Umfang eine Ideologie bei den Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen des undogmatischen Linksextremismus vorhanden ist, ist sehr unterschiedlich. Dabei gibt es große Unterschiede nicht nur zwischen den beiden wesentlichen Untergliederungen, zum einen den klassischen Autonomen und zum anderen den sogenannten Postautonomen. Auch innerhalb der beiden Strömungen gibt es jeweils keinen einheitlichen Stand bezüglich der Ausprägung einer Ideologie.

Der zahlenmäßig stark dominierende Bereich der Autonomen macht dies besonders deutlich. Im Graufeld zwischen der nicht als extremistisch einzustufenden subkulturellen Szene von Jugendlichen mit unterschiedlichen Anti-Haltungen und Jugendlichen, deren Handlungen bereits dem autonomen Extremismus zugerechnet werden müssen, finden sich überwiegend lediglich Ideologiefragmente. Diese nicht zusammenhängenden, zum Teil widersprüchlichen Einzelthesen werden zu einem eigenen Weltbild zusammengefügt. Bei den eindeutig als autonom erkannten Linksextremisten verläuft in der Regel eine Linie zwischen aktionsorientierten und theorielastigen

Gruppen und Personen. Während sich die Praktiker häufig auch mit Ideologiefragmenten begnügen, bemühen sich Theoretiker der Szene um eine umfangreiche und in sich schlüssige Ideologie. Der oft in der Szene formulierte Anspruch, auf Grundlage einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Materie aktivistisch in Erscheinung zu treten, also Theorie und Praxis gleichermaßen stark zu beachten und zu verbinden, wird eher selten umgesetzt.

Letzteres haben die Autonomen mit den überwiegend aus der autonomen Szene entwachsenen Postautonomen gemein. Als Postautonome werden die stark organisationsorientierten Undogmaten bezeichnet. Sie haben je nach Neigung einen stärkeren Hang zur Praxis oder zur Theorie. Allerdings ist festzustellen, dass aufgrund der gegenüber den Autonomen meist längeren und kontinuierlicheren Mitarbeit in der Szene, häufig auch ein umfangreicheres Wissen vorhanden ist. Gerade aus diesem Bereich stammt dann auch der Satz, dass die gewollte Wandelbarkeit der Ideologie nicht in eine Beliebigkeit der Ideologie ausarten darf.

Die linksextremistisch-autonome Szene ist nicht homogen und daher nicht allgemeingültig beschreibbar. Den einzelnen Autonomen lassen sich aber grundsätzliche Gemeinsamkeiten zuordnen. So stehen sie Bündnissen kritisch gegenüber. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Kräften außerhalb des eigenen Spektrums wird überwiegend abgelehnt und nur im Einzelfall toleriert. Diese Einstellung ist ein wesentlicher Grund für die Entstehung der Postautonomen. Nur durch das Einbeziehen der jeweils aktuellen sozialen Bewegungen lässt sich perspektivisch gesehen eine Mehrheit erreichen, so deren Argumentation.

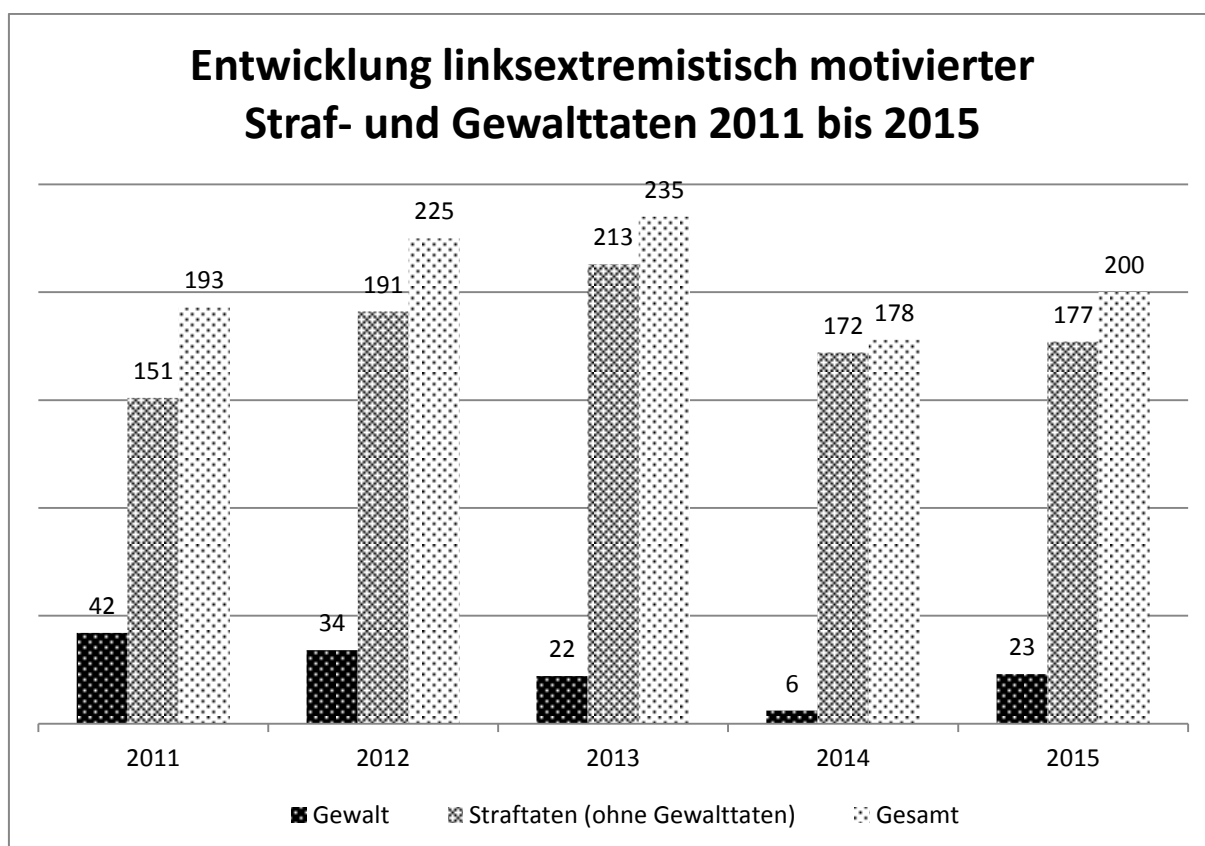
Ein wesentliches Merkmal der autonomen Szene ist die Gewaltorientierung. Dabei ist in erster Linie an Gewalttäter und deren Unterstützer zu denken. Aber auch bei Personen, die die Anwendung von Gewalt für sich persönlich ablehnen, kann in der Regel eine allgemeine Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele festgestellt werden. Die Einstellung, die Wahl der Mittel in der politischen Auseinandersetzung lasse man sich durch niemanden beschränken, umfasst zumindest auch die Option zur Gewalt und damit die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols.

In Schleswig-Holstein sind beide Hauptrichtungen des undogmatischen Linksextremismus vorhanden. Autonome Gruppen bzw. Szenen finden sich typischerweise in

größeren Städten. Die Schwerpunkte liegen zurzeit in Kiel und Lübeck. Es gibt Gruppen, die sich gesamtpolitisch betätigen und die jeweils aktuellen Themen aufgreifen. Andere befassen sich als so genannte „Autonome Antifa“ nahezu ausschließlich mit dem Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Als Vertreter der Postautonomen sind die lokalen Gruppen der „Interventionistischen Linken“ (IL) in Kiel, Lübeck und Norderstedt zu nennen. Dabei handelt es sich um die bisherigen Ortsgruppen der Organisation „Avanti – Projekt undogmatische Linke“. Im Herbst 2014 erfolgte die Umbenennung im Zuge der Weiterentwicklung der IL von einem bundesweiten Netzwerk, in dem „Avanti“ mit Gruppen und Einzelpersonen ähnlicher Ausrichtung seit Jahren zusammen arbeitete, zu einer einheitlichen Organisation.

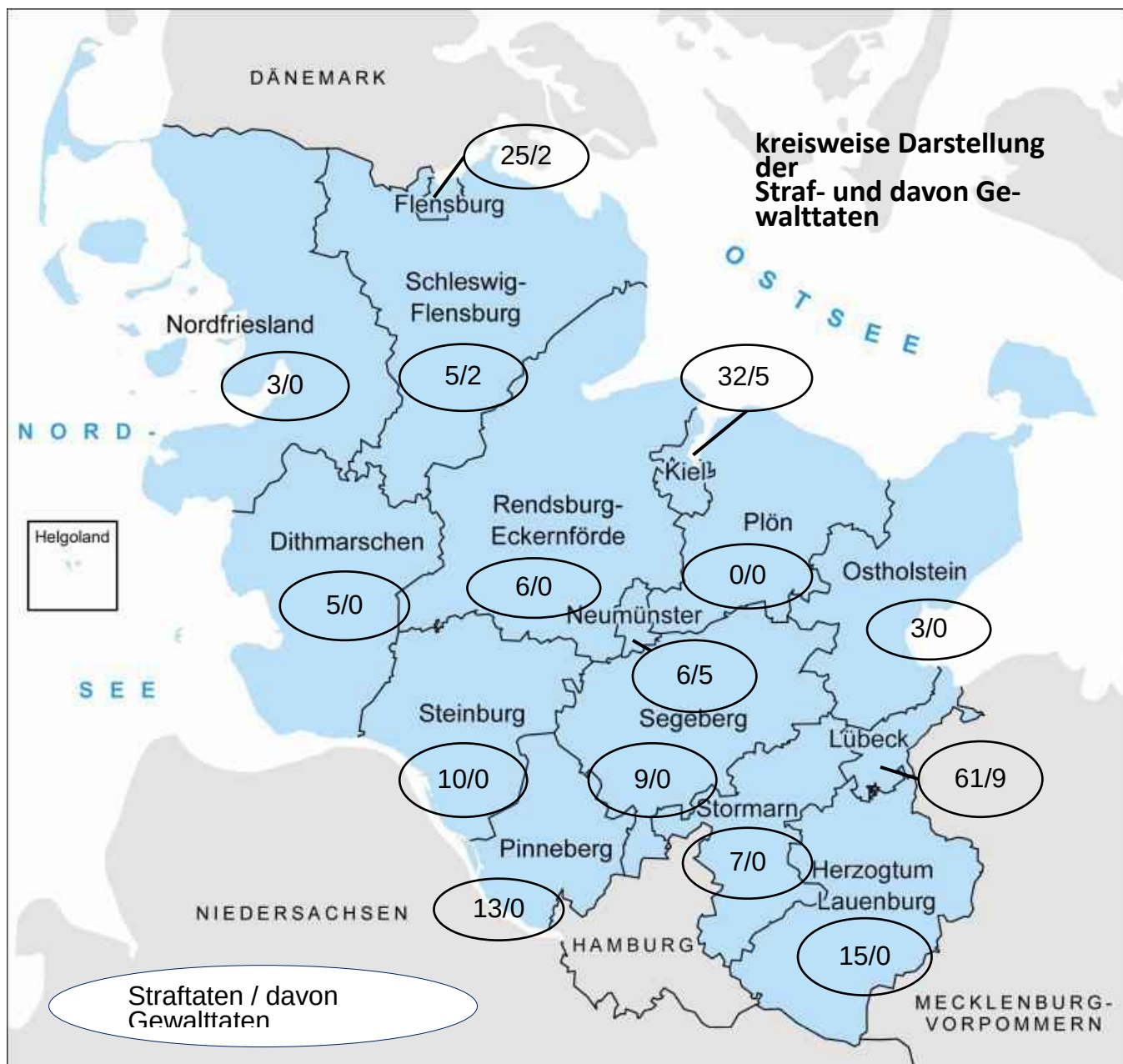
3 Straf- und Gewalttaten

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 200 (2014: 178) politisch motivierte Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 23 Gewalttaten (2014: 6). Sowohl die Gesamtzahl der Delikte als auch insbesondere die der Gewaltdelikte sind somit im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Die Zahl der Gewalttaten liegt wieder auf dem Niveau von 2013.



Diese Entwicklung zeigt, dass der Rückgang der Straf- und Gewalttaten des Vorjahres nicht mit der mangelnden Bereitschaft zur Begehung von Straftaten in Zusammenhang zu bringen war, sondern vielmehr den mangelnden Anlässen und Ereignissen geschuldet war. Der signifikante Anstieg an linksextremistisch motivierten Straftaten im Berichtsjahr hängt unmittelbar zusammen mit Großveranstaltungen wie der G7-Außenministerkonferenz, die Anlässe für entsprechende Straftaten boten. In Teilen der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins stellen kriminelle Handlungen weiterhin ein probates und akzeptiertes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele dar. Besonders die undogmatische Szene des Landes fällt hier durch ihre hohe Aktions- und Gewaltbereitschaft auf.

Die im Berichtszeitraum erfassten politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund verteilten sich auf Landesebene wie folgt:



Die regionalen Schwerpunkte bildeten die Regionen Lübeck, Kiel sowie Flensburg. Insgesamt kann die Anzahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten für eine unverändert hohe Aktionsbereitschaft der dortigen linksextremistischen Szene, insbesondere den autonomen Szenen, angesehen werden.

Die geographische Verteilung der erfassten Straftaten verdeutlicht, dass der Großteil der Gewalttaten wie auch viele der übrigen Straftaten im Rahmen von Gegenveranstaltungen in den Themenzusammenhängen „Anti-Faschismus“ und „Anti-Globalisierung/Anti-Kapitalismus“ in Verbindung mit „Anti-Repression“ verübt wurden. So haben schleswig-holsteinische Linksextremisten im März den Landesparteitag der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Kiel unter anderem durch Blockaden gestört. Beim Eingreifen der Polizei haben Aktivisten in fünf Fällen erheblichen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet. Im Rahmen von Veranstaltungen gegen die G7-Außenministerkonferenz (AMK) im April in Lübeck wurden neun Gewaltdelikte verübt. Neben mehreren Fällen von Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte kam es hier zu zwei Körperverletzungen und zwei versuchten schweren Körperverletzungen gegen Polizeibeamte. Im November wurden vier Fälle von Landfriedensbruch von Linksextremisten während einer Demonstration gegen eine Kundgebung eines rechtsextremistisch beeinflussten Bündnisses in Neumünster erfasst.

Neben diesen Gewalttaten im Rahmen von organisierten Veranstaltungen wurde im September in Flensburg eine gefährliche Körperverletzung an zwei vermeintlich der rechten Szene angehörigen Personen verübt, indem ihnen zwei Personen überfallartig ohne Ansprache ein Reizmittel in die Augen sprühten.

Zudem wurden ein Fall von Landfriedensbruch, eine versuchte Körperverletzung und eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten verzeichnet.

Schleswig-holsteinische Linksextremisten haben im Rahmen der vorhandenen Anlässe und Ereignisse ihre Aktionsfähigkeit in Verbindung mit der weiterhin vorhandenen Gewaltbereitschaft der Szene durch das Begehen dieser Gewalttaten im Berichtsjahr deutlich zu Ausdruck gebracht.

Insgesamt stellen Sachbeschädigungsdelikte mit 59 % den Großteil der Straftaten dar. Im Vorfeld und während der AMK wurden in Lübeck diverse Farbschmierereien zum Thema „Anti-Kapitalismus“ festgestellt. Außerdem wurden an zwei Bankfilialen Fensterscheiben zerstört. Neben den Sachbeschädigungen gab es in Lübeck im Zusammenhang mit der AMK mehrere Beleidigungen von Polizeibeamten, Abbrennen von Pyrotechnik und weitere versammlungstypische Straftaten.

In Kiel wurde im Berichtsjahr mehrmals die AfD-Geschäftsstelle angegangen. So wurden alle Scheiben der Geschäftsstelle zerstört sowie zweimal die Schließzylinder

der Türen verklebt. In Neumünster wurden im April elf Wahlkampfplakate der AfD zur Bürgermeisterwahl entwendet bzw. zum Teil zerstört. Es ist zu erwarten, dass die AfD als politischer Gegner auch zukünftig das Ziel von politisch motivierten Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund sein wird.

Farbschmierereien als eine Form der Sachbeschädigung stellen den größten Anteil der Straftaten dar. Tatobjekte sind sowohl öffentliche Gebäude und Bauten wie Brücken als auch private Gebäude. Der Schwerpunkt der Farbschmierereien wurde im Berichtsjahr in den Begründungszusammenhängen „Anti-Faschismus“ sowie „Anti-Kapitalismus“ festgestellt.

Im Zusammenhang mit der Kampagne „An die Substanz - rechte Infrastruktur aufdecken - Nazis in die Pleite treiben“ konnte eine größere „Outingaktion“ von vermeintlichen Rechtsextremisten und ihren Verflechtungen in der rechtsextremistischen Szene festgestellt werden.

4 Entwicklung des Linksextremismus

4.1 Entwicklungen der dogmatischen Szene

4.1.1 Parteien und Gruppierungen

Die Parteien und Gruppierungen, die dem dogmatischen Linksextremismus in Schleswig-Holstein zugerechnet werden, stagnieren seit Jahren inhaltlich und personell. Sie haben in Schleswig-Holstein faktisch kaum Bedeutung, ihre Aktionsfähigkeit ist sehr gering.

Den größten Zusammenschluss im dogmatischen Bereich bildet in Schleswig-Holstein die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP). Seit sie sich auf dem 20. Parteitag im März 2013 von der „Reformerpartei“ wieder hin zur „revolutionären Partei der Arbeiterbewegung“ ausgerichtet hat, sind die früheren Bemühungen der Partei, stärker mit Gruppen des undogmatisch linksextremistischen sowie des demokratischen Spektrums zusammenzuarbeiten, zum Erliegen gekommen. Der Parteivorsitzende Patrick Köbele kündigte nach seiner Wahl 2013 an,

„man will den Mitgliederschwund stoppen, Bezirks- und Betriebsorganisationen neu aufbauen und die kollektive Arbeit wiederbeleben“.

Dieser Ankündigung folgten jedoch in Schleswig-Holstein bislang keine erkennbaren Taten.

Die DKP trat im Berichtsjahr nur vereinzelt öffentlich in Erscheinung. So initiierte sie die alljährlich stattfindenden Ostermärsche in Kiel und Wedel unter dem Motto „Schluss mit den Auslandseinsätzen!“. Des Weiteren trat ein ehemaliger Bundesvorsitzender der DKP während der Demonstration gegen das Treffen der G7-Außenminister im April in Lübeck als Redner auf. Im Juni unterstützte die Partei den Aufruf gegen die „Kiel Conference“, die von der linksextremistischen Szene als „Kriegs-Konferenz“ bezeichnet wurde.

4.1.2 Anarchistische Szene

Die anarchistische Szene in Schleswig-Holstein ist sehr klein. Aktuell sind lediglich Aktivitäten der „Anarchistischen Gruppe Schwarzenbek“ (agsbk) zu verzeichnen. In dem auf ihrer Homepage veröffentlichten Selbstverständnis beschreiben sie sich als

„Gegner_Innen jeden Staates, jeder Autorität und jeder Form von Unterdrückung und Ausbeutung. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die bestehenden Verhältnisse offen zu kritisieren, ungesehenes in ihnen aufzudecken und letztendlich sie zu überwinden.“

Seit 2013 gibt die Gruppe das Quartalsblatt „Flächenbrand“ online heraus, welches „kollektiv von Anarchist_Innen aus der Gegend verfasst“ werde. Zudem veranstaltet die „agsbk“ regelmäßig Infotische in der Schwarzenbeker Innenstadt. Für ihre Demonstrationen führt sie Mobilisierungsveranstaltungen über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus mit dem Schwerpunkt Hamburg durch. Für die friedlich verlaufene „Demo gegen Rechts“ am 12. Dezember konnten ca. 100 Personen mobilisiert werden, die dem linken und linksextremistischen Spektrum angehören. In ihrem Aufruf zur Demonstration bekräftigt die Gruppe ihr Selbstverständnis:

„Für ein Leben in Liebe, Freiheit und Anarchie! und gegen Nazi, Cops und die Mitte der Gesellschaft auf die Straße zu gehen.“

4.2 Entwicklungen der undogmatischen Szene

Die postautonome Organisation „Avanti - Projekt undogmatische Linke“, in Schleswig-Holstein vertreten durch die Ortsgruppen Kiel, Lübeck und Norderstedt, war

schon seit Jahren Teil des bundesweiten Netzwerks „Interventionistische Linke“ (IL). Ähnlich ausgerichtete Gruppen und Einzelpersonen hatten sich zunächst in einem lockeren Verbund zusammengeschlossen. Durch das gemeinsame Auftreten sollte die Wahrnehmbarkeit in der breiten Öffentlichkeit gesteigert werden. Als Ziel wurde ausgegeben, als „radikale Linke“ in politische Kämpfe einzugreifen und auf den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus und der Macht des bürgerlichen Staates hinzuwirken.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Netzwerks zu einer einheitlichen Organisation benannten sich die Ortsgruppen von „Avanti“ im Herbst 2014 in lokale Untergliederungen der IL um. Daraus hervorgehende Impulse waren im Berichtsjahr nicht zu beobachten. Die schon zuvor festgestellte rückläufige Präsenz hielt weiter an. Auch der Spagat, sich als Bündnispartner sowohl für die autonome Szene als auch für Organisationen des demokratischen Bereichs zu sehen, funktionierte zum wiederholten Mal nicht. So hatten sich einige schleswig-holsteinische Mitglieder der IL organisatorisch in die Proteste gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt eingebracht und sich anschließend ausdrücklich nicht von den gewalttätigen Ausschreitungen distanziert. Hierin liegt einer der Gründe, warum die Mobilisierung der IL-Ortsgruppe Lübeck für die Gegenaktionen zum Treffen der G7-Außenminister in Lübeck im demokratischen Spektrum nur eine geringe Resonanz erfuhr. Damit verfehlte die IL ihr Ziel, ihre Akzeptanz zu vergrößern. Im Gegenteil verdeutlicht dieses Beispiel, dass die Ansätze der IL nicht mit den legitimen Protesten aus dem reformorientierten demokratischen Bereich vereinbar sind.

Im autonomen Bereich sind keine grundsätzlichen Veränderungen feststellbar. Auf niedrigem Niveau wurde auf aktuelle Themen aktionistisch reagiert. Aus der relativ geringen Anzahl an Ereignissen darf jedoch nicht geschlossen werden, dass sich das Potenzial an Personen verringert oder die politische Einstellung eine Neuausrichtung erfahren hätte. Bei bedeutsameren Anlässen ist mit entsprechenden Reaktionen zu rechnen. Spätestens für das Doppelwahljahr 2017 können ansteigende Aktionszahlen prognostiziert werden.

Wie schon im Vorjahr, kann also auch für das Berichtsjahr festgestellt werden, dass im Bereich des gesamten undogmatischen Spektrums nur ein niedriges Aktionsniveau vorliegt.

4.3 Rote Hilfe e. V.

Die „Rote Hilfe e. V.“ (RH) ist die älteste Organisation im linksextremistischen Spektrum. Sie nimmt durch ihre Aufgabe als strömungsübergreifende „Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt“, eine besondere Stellung im Linksextremismus ein und stellt mit ihren Unterstützungsleistungen für wegen Straf- und Gewalttaten Beschuldigte aus dem gesamten linken und linksextremistischen Spektrum eine wichtige Infrastruktur der linksextremistischen Szene „gegen die staatliche Repression“ dar. Die RH setzt sich aus Anhängern und Anhängerinnen unterschiedlicher, überwiegend linksextremistischer Ausrichtungen zusammen, die die Überzeugung der RH prägen, dass jede Unterstützung ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung sei.

„Jede und Jeder, die/der sich an politischen Kämpfen beteiligt, soll dies in dem Bewusstsein tun, dass sie/er später bei eventueller Strafverfolgung nicht alleine dasteht.“

Die RH finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Nach Prüfung des Anspruches gewährt sie Antragstellenden einen Zuschuss auf Geldstrafen und Geldbußen oder Anwalts- und Prozesskosten.

Darüber hinaus unterstützt die RH Demonstrationen sowohl finanziell als auch in Form von Aufrufen und Rechtshilfeberatung und organisiert Veranstaltungen zu den Themen „Rechtshilfe“ und „staatliche Repression“. Sie gibt themenbezogene Flugblätter und vierteljährlich die „Rote Hilfe Zeitung“ heraus, in der z. B. über Unterstützungsfälle, Strafverfahren, Demonstrationen und Rechtsänderungen, die aus Sicht der RH den „Repressionsapparat“ des Staates stärken würden, berichtet. Der Vertrieb dieser Zeitschrift erfolgt über den eigenen, in Kiel ansässigen Literaturvertrieb der RH.

Die RH hat deutschlandweit über 7.000 Mitglieder, die in über 50 Ortsgruppen organisiert sind. In Schleswig-Holstein existiert eine Ortsgruppe in Kiel, der ca. 200 Mitglieder angehören.

Im Berichtsjahr sind in Schleswig-Holstein Aktivisten unterstützt worden, gegen die aufgrund ihres Handelns bei verschiedenen Demonstrationen Strafverfahren anhängig sind. Dazu gehören auch die polizeilich festgestellten Aktivisten während der Blockade des AfD-Landesparteitages am 21. März in Kiel, die sich wegen Hausfrie-

densbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verantworten müssen. Im Rahmen der Unterstützungsleistung der RH wurden sie konkret darauf hingewiesen, nicht auf mögliche Schreiben der Polizei oder Staatsanwaltschaft zu reagieren und Hilfe bei der RH zu suchen.

Unter dem Motto „Solidarität mit den Kämpfen der Refugees – Bleiberecht für alle!“ legte die RH die Kampagne „You can’t break this movement“ auf, die dazu diente, Spenden für Flüchtlinge zu sammeln, die sich an Protestmärschen von Würzburg nach Berlin und einem Protestcamp beteiligten. Ihre Verfahren wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht, Landfriedensbruch oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte werden seitens der RH als staatliche Repression angesehen. Daher bezeichnet die RH die Unterstützung der Flüchtlinge auch als Antirepressionsarbeit und unterstützt die Zielsetzung der Kampagne mit der folgenden Aussage:

„Wir setzen uns mit der AntiRa-Kampagne und als Teil der Bewegung gegen die Grenzpolitik Europas, gegen Verschärfungen von Asylgesetzen und für ein bedingungsloses Bleiberecht für Alle ein!“

5 Aktionsfelder

5.1 Antifaschismus

Für undogmatische Linksextremisten ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus, die im „Anti-Faschismus-Kampf“ ihren Ausdruck findet, eines der wichtigsten eigenen politischen Ziele. Ihr Feindbild sind aber nicht nur rechtsextremistische Strukturen, sondern auch und gerade der Staat selbst. Linksextremisten bewerten den Rechtsextremismus als ein systemimmanentes Merkmal der deutschen Gesellschaftsordnung. Sie unterstellen dem politischen System, den Rechtsextremismus u. a. durch aus Sicht der Linksextremisten rassistische und faschistische Gesetzgebung bewusst zu fördern und zu instrumentalisieren.

Der revolutionäre „Anti-Faschismus“ der dogmatischen Linksextremisten richtet sich primär gegen das kapitalistische System selbst und verfolgt als Ziel, die gesellschaftlichen Strukturen, die angeblich zwangsläufig Faschismus und Rassismus hervorbringen, zu zerschlagen.

Im Mittelpunkt des antifaschistischen Kampfes stehen demonstrative Protestaktionen gegen Aufmärsche, Informationsstände und Veranstaltungen von Rechtsextremisten.

Auch gegen Einzelpersonen, ob tatsächlich oder nur vermeintlich dem rechtsextremistischen Lager zuzuordnen, geht die linksextremistische Szene direkt vor. Zumeist sind diesen Aktionen sogenannte Outings vorgeschaltet, in denen Namen und Adressen öffentlich gemacht werden, respektive Verunglimpfungen der Betroffenen durch Sachbeschädigungen an deren Eigentum erfolgen, z. B. in Form von Schriftzügen, die auf den rechtsextremistischen Hintergrund hinweisen.

Militante Aktionsformen werden als legitimes und probates Mittel im Kampf gegen den Faschismus angesehen. Situationen, in denen eine Eskalation erwartet wird, werden oftmals geradezu gesucht.

So griffen ca. 15 bis 20 Autonome am 6. Juni am Kieler Nordfriedhof den politischen Gegner während einer vermeintlich rechtsextremistischen Veranstaltung an, indem sie überfallartig die geparkten Fahrzeuge der Veranstaltungsnehmer fahruntüchtig machten und stark beschädigten. Es entstand ein erheblicher Sachschaden. Nach dieser Aktion rühmten sich die Täter öffentlich im Internet mit der Aussage:

„...vermiesten wir ihnen den sonnigen tag. Vor ort zerlegten wir vier ihrer Autos und machten sie fahruntüchtig ...“

Am 14. November beteiligten sich 500 Personen, davon ca. 200 Personen aus dem linksextremistischen bzw. autonomen Spektrum, an einer Gegendemonstration gegen eine Kundgebung des rechtsextremistisch beeinflussten Bündnisses „Neumünster wehrt sich“ in der Neumünsteraner Innenstadt.

Dabei kam es seitens der Autonomen zu massiven Störungen, Durchbruchversuchen und Angriffen gegen die eingesetzten Polizeibeamten. Zwei Polizisten sowie eine Person des linken Spektrums wurden verletzt.

Bereits im Vorwege hatte die linksextremistische Szene landesweit mobilisiert. Die Aufrufe ließen bereits erkennen, dass ein unfriedlicher Verlauf der Gegendemonstration angestrebt wurde.

Zudem wurde die antifaschistische Kampagne „An die Substanz - rechte Infrastruktur aufdecken - Nazis in die Pleite treiben“ im Berichtsjahr fortgeführt, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen Strukturen tatsächlicher und vermeintlicher Rechtsextremisten aufzudecken und zu schädigen. Unter anderem waren eine Diskothek in Bredstedt sowie Unternehmen in Grube, Neumünster und Kiel Ziel der Aktionen. Neben einer Veröffentlichung im Internet wurden auch Handzettel in der unmittelbaren Umgebung

der Unternehmen verteilt, welche die Anwohner über vermeintliche Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene informieren sollten.

Linksextremisten der autonomen Szene hatten bereits in der Vergangenheit mit unterschiedlichen Kampagnen in Schleswig-Holstein dazu aufgerufen, rechtsextremistische bzw. vermeintlich rechtsgerichtete Parteien und deren Wahlkandidaten sowie Personen außerhalb politischer Strukturen zu „outen“ und anzugreifen.

Im „Anti-Faschismus-Kampf“ der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins gegen Parteien stand neben der NPD zunehmend die Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Fokus. Die AfD bewegt sich aus Sicht der Linksextremisten im rechtspopulistischen Bereich und war im Berichtsjahr somit als direkter politischer Gegner das Ziel von entsprechenden Aktionen der linksextremistischen Szene. Hierbei war die Absicht, Informationsstände und Parteiveranstaltungen im größtmöglichen Maße zu stören bzw. die Durchführung zu verhindern. Im März kam es zu Protesten anlässlich des AfD-Landesparteitages in Kiel. Gewaltbereite Linksextremisten in einer Anzahl im unteren dreistelligen Bereich versuchten, Polizeiabsperrungen zu überwinden und zum Veranstaltungsort in der Kieler Innenstadt vorzudringen. Weitere Aktionen richteten sich überwiegend gegen Informationsstände. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich maximal im oberen zweistelligen Bereich und waren kaum öffentlichkeitswirksam. Zudem verfolgten Linksextremisten in der zweiten Jahreshälfte verstärkt das Ziel, AfD-Veranstaltungen zu verhindern, indem sie Hotels und Gastwirte gezielt anschrieben, bei denen die Partei Räumlichkeiten für Veranstaltungen angemietet hatte. Daraufhin wurden einige Aufträge seitens der Vermieter storniert.

Außerhalb der Landesgrenzen beteiligten sich schleswig-holsteinische Antifaschisten unter anderem an den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Kruså/DK am 12. September. Vor allem die Tatsache, dass unklar war, ob der zum gleichen Zeitpunkt angemeldete „Tag der deutschen Patrioten“ in Hamburg stattfinden durfte, begünstigte die Mobilisierung innerhalb der linksextremistischen Szene. Dem Aufruf der Flensburger Szene folgten insbesondere Kieler Linksextremisten aus Reihen der „Interventionistischen Linken“.

Auch zu dem letztlich abgesagten „Tag der deutschen Patrioten“ in Hamburg mobilisierte die linksextremistische Szene landesweit und mit großem Aufwand für eine Gegendemonstration. Trotz des letztinstanzlichen Verbotes des rechtsextremisti-

schen Aufmarsches reisten ca. 200 Szenezugehörige aus Schleswig-Holstein in die Hansestadt.

Teilnehmerzahlen im unteren bis mittleren dreistelligen Bereich an den parallel stattfindenden Ereignissen in Kruså und Hamburg zeugen von einer nach wie vor hohen Mobilisierungsfähigkeit der antifaschistischen Szene in Schleswig-Holstein.

5.2 Anti-Globalisierung/Anti-Kapitalismus

Im Themenzusammenhang „Anti-Globalisierung“ geht es Globalisierungsgegnern im Schwerpunkt um die Artikulierung von Kritik gegen eine ihrer Meinung nach zunehmend ungehemmt agierende und sozial deregulierte Wirtschaft. Ziel des „Anti-Kapitalismus“ ist die Abschaffung der Austeritätspolitik der EU-Staaten, da diese staatliche „Sparsamkeit“ zur Arbeitslosigkeit und Verarmung vieler Bürger führe. Linksextremisten starten Aktionen im Bereich dieser Themenkomplexe als wirksame Mittel, um z. B. Gipfeltreffen zu stören.

Gemeinsames Motiv der Anti-Globalisierungsbewegung wie auch der Anti-Kapitalismusbewegung ist, gegen die Inhalte der beschriebenen Politik zu opponieren und die Geschwindigkeit des ökonomischen, politischen und kulturellen Wandels aufzuhalten.

Um dieses Protestziel zu erreichen, sucht das linksextremistische Spektrum die Vernetzung mit Akteuren des bürgerlichen Lagers. Damit soll die Akzeptanz der Positionen der linken Szene gestärkt werden. Die „Zusammenarbeit“ mit dem bürgerlichen Spektrum betrachten Linksextremisten als Teil ihres Kampfes für die revolutionäre Überwindung unseres Gesellschaftssystems.

„Die Delegitimierung der G7 ist nur ein Schritt zum Aufbruch einer weitweiten Bewegung gegen die neoliberal globalisierte kapitalistische Herrschaft. (...) Für eine radikale Intervention in die gesellschaftlichen Verhältnisse.“

Aus der Anti-Kapitalismusbewegung ist das Netzwerk „Blockupy“ entstanden. Es sieht sich seinem Selbstverständnis nach als europäisches Projekt, das „den Widerstand gegen die Verarmungspolitik der Troika – der EZB, der EU-Kommission und des Internationalen Währungsfonds – in das Herz des europäischen Krisenregimes“ trägt, „nach Frankfurt an den Sitz der EZB und vieler mächtiger Banken und Konzerne.“

Im Berichtsjahr richtete sich der Protest gegen die Einweihung des EZB-Neubaus im März, gegen die im April und Mai in der Bundesrepublik Deutschland stattgefundenen G7-Außen-, -Energie-, und -Finanzministerkonferenzen sowie gegen den G7-Gipfel im Juni. Bereits seit 2014 plante die linksextremistische Szene, den Protest gegen die Gipfeltreffen mit dem Ziel zu organisieren, den Zusammenhalt in der Szene zu reorganisieren und für die Themen Anti-Globalisierung und Anti-Kapitalismus zu stärken.

Dafür bildete sie breite Allianzen von linksextremistischen Organisationen und Bündnissen wie der „Interventionistischen Linke“ (IL), der „Perspektive Kommunismus“ (PK) oder Blockupy mit Organisationen und Gruppen des bürgerlichen Lagers. Unter dem Motto „ihr seid nur sieben – wir sind sieben milliarden!“ wird der „Gruppe der 7“ unterstellt, „eine undemokratische Institution ohne jede Legitimation“ zu sein. Die Aufrufe zu Protesten werden mit der Aussage gerechtfertigt, dass es immer um die Absicherung von Macht ginge und nie um die Interessen der betroffenen Menschen.

Weitere Proteste richteten sich gegen im Berichtsjahr stattgefundenen Veranstaltungen wie die „Münchener Sicherheitskonferenz“ (SiKo) vom 6.- 8. Februar.

5.2.1 Eröffnung der EZB in Frankfurt am Main

Am 18. März wurde in Frankfurt am Main die neue Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB) eröffnet. Zur Eröffnung war lediglich ein kleiner Kreis von Vertretern der Mitgliedsstaaten sowie des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt eingeladen. Aufgrund der Verkleinerung des Eröffnungsaktes der EZB wurden auch die seit Ende 2013 durch das Bündnis „Blockupy“ sowie durch weitere Organisationen des linksextremistischen und bürgerlichen Lagers laufenden Planungen für mehrtägige europaweite Protestaktionen und Blockaden zugunsten eines Protesttages verringert. Es wurden verschiedene Kundgebungen, Mahnwachen sowie Demonstrationzüge angemeldet. Neben diesen angemeldeten Aktionen plante die linksextremistische Szene nicht angekündigte Blockaden am EZB-Gebäude. Bereits in den frühen Morgenstunden kam es rund um den Neubau zu organisierten massiven Gewaltausbrüchen durch Linksextremisten, indem Straßen und Brücken blockiert und Barrikaden in Brand gesetzt wurden. Ein Polizeirevier samt Autos wurde gezielt angegriffen, auch weitere Gebäude und Kraftfahrzeuge wurden erheblich beschädigt. Aktivisten ver-

suchten, durch die Polizei festgesetzte Störer zu befreien. Die angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen verliefen hingegen weitgehend friedlich.

Die Mobilisierung in Schleswig-Holstein unter dem Motto „'Blockupy '18M' 18nullldrei - ich nehm' mir frei“ verlief sehr verhalten. Außer in Lübeck gab es kaum Vorbereitungs- oder Informationstreffen. In diesem geringen Mobilisierungsniveau sowie dem verhältnismäßig weit entfernten Veranstaltungsort dürfte die geringe Beteiligung aus Schleswig-Holstein begründet liegen. Ein Linksextremist aus Lübeck/Schleswig-Holstein trat allerdings als Sprecher des Blockupy-Bündnisses auf und resümierte:

„Es ist uns gelungen, allein schon durch die Ankündigung der Aktionen, die Feier der EZB zu konterkarieren, sie eigentlich zu einer Randerscheinung werden zu lassen. (...) Wir haben praktisch die EZB umzingelt. Die Aktivistinnen und Aktivisten waren an allen Seiten.“

5.2.2 G7-Außenministerkonferenz in Lübeck

Seit der öffentlichen Bekanntmachung, dass die G7–Außenministerkonferenz (AMK) im April 2015 in Lübeck stattfinden werde, verfolgte die linksextremistische Szene Lübecks zum einen das Ziel, eine bundesweite Mobilisierung durch Aufrufe auf diversen Internetseiten im linksextremistischen Milieu zu erreichen – also „Qualität“ auf die Straße zu bringen, andererseits jedoch auch das bürgerliche Protestpotential zu erschließen und somit für ausreichend „Quantität“ als Kulisse für den Protest zu sorgen. Letzteres wurde insbesondere durch ein Mitglied der linksextremistischen Gruppierung „Interventionistische Linke Lübeck“ in Form von unterschiedlichen Informationsveranstaltungen für die Lübecker Bürger forciert.

Es wurde schnell deutlich, dass sich die Proteste nicht nur gegen die AMK richten sollten. Insbesondere die Polizei als Vertreter des Staates wurde öffentlich als Feind deklariert, entsprechende Parolen konnten im Vorfeld der AMK vermehrt in Lübeck festgestellt werden. Unter anderem wurden Aufkleber mit dem Inhalt „Ganz Lübeck hasst die Polizei“ verklebt.

In der Gesamtschau entspricht dieses Vorgehen dem in linksextremistischen Kreisen vorherrschenden Ziel, dem Staat den größtmöglichen Schaden zuzufügen, sei es durch Bindung von Ressourcen oder aber Zerstörung von Material respektive Angriffen auf das Personal.

Die Mobilisierung des nichtextremistischen Protestpotentials ist trotz intensiver Bemühungen und entgegen den Erfahrungen der vergangenen Jahre im Ergebnis gescheitert. Eine Zäsur waren nach hiesiger Bewertung die Ereignisse anlässlich der Proteste gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt/Main im März sowie damit einhergehend die Rolle eines Lübecker Linksextremisten als Sprecher der Blockupy-Bewegung. Seine nicht ausreichende Distanzierung zu den gewalttätigen Ausschreitungen in Frankfurt dürfte u.a. mit ursächlich für eine fehlende Mobilisierungsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung gewesen sein. Beispiel gebend hierfür ist unter anderem die Absage einer bürgerlichen Kundgebung mit der Begründung, keinen Rückzugsraum für Störer schaffen zu wollen.

Auch die bundesweite Mobilisierung von Linksextremisten konnte trotz intensiver Bemühungen als gescheitert angesehen werden. Die Szene konnte nicht zwischen der Eröffnung der EZB in Frankfurt sowie dem G7-Gipfel in Bayern für ein weiteres Großevent motiviert werden. Lediglich aus den angrenzenden Bundesländern (Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern) wurden Anreisebewegungen nach Lübeck beobachtet.

Im Hinblick auf eine internationale Mobilisierung war bekannt, dass die linksextremistische Szene Schleswig-Holsteins Kontakte nach Skandinavien pflegt. Analog zu den Protesten in Frankfurt anlässlich der EZB-Eröffnung musste von einer hohen Gewaltbereitschaft ausländischer Linksextremisten ausgegangen werden.

Trotz großer Mobilisierungsbemühungen lag die Zahl der teilnehmenden Linksextremisten aus dem skandinavischen Raum lediglich im mittleren zweistelligen Bereich.

Die autonomen Szenen des Landes Schleswig-Holstein hingegen dürften die Proteste in Lübeck als den Höhepunkt ihrer Aktivitäten in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum angesehen haben.

Die Anmelder der Großdemonstration am 14. April propagierten zwar von Beginn an, dass der Protest friedlich verlaufen werde, parallel dürften sie dabei die linksextremistisch-autonome Szene jedoch nicht aus den Augen verloren haben. Eine solches Vorgehen, friedliche Großdemonstrationen und zeitlich bzw. räumlich getrennte Aktionen von Autonomen, wurde bei den Protesten gegen die EZB-Eröffnung in Frank-

furt ausgemacht und ist bereits seit Jahren prägend für das Vorgehen der Linksextremisten bei Demonstrationen.

In der Gesamtschau ließen die Planungen trotz geringerer Mobilisierung einen gewalttätigen Protest erwarten. Parallelen zu den Protesten in Frankfurt/Main waren erkennbar, auch wenn die Teilnehmerzahlen deutlich abwichen.

Während der laufenden Proteste am 14. April zeigte sich, dass diese Erwartungen begründet waren. Livebilder einer Video-Nachrichtenagentur belegen, dass sich bereits während der Großdemonstration ein „Schwarzer Block“ formierte. Immer wieder kam es zum Abbrennen von Pyrotechnik. Zum Ende der Demonstration verkündete eine Rednerin auf der Abschlusskundgebung, das Treffen der Außenminister im Rathaus aktiv stören zu wollen. Daraufhin zogen Autonome in Kleingruppen durch die Lübecker Altstadt und versuchten, Zugang zum weiträumig abgesperrten Rathaus zu erlangen. Hierbei kam es zu versammlungstypischen Straftaten und Ingewahrsamnahmen.

Nach Auswertung unter anderem der Fernsehbilder konnte festgestellt werden, dass die Motivation seitens der linksextremistischen Szene, Gewalttaten zu verüben, zweifelsohne vorhanden war. Angesichts des polizeilichen Einsatzkonzeptes trat nach kurzer Dauer eine gewisse Resignation ein, die gesetzten Ziele zu erreichen. Im Ergebnis gab es keine nennenswerten Zwischenfälle, das Treffen der G7-Außenminister konnte unbeeinträchtigt stattfinden.

5.2.3 G7-Gipfel in Elmau/Bayern

Die Protestaktionen gegen das G7-Gipfeltreffen im Schloßhotel Elmau/Bayern am 7./8. Juni wurden vom Bündnis „stop-g7-elmau“ initiiert. Dieses Bündnis bestand aus diversen linksextremistischen und bürgerlichen Gruppierungen. Für den beworbenen Aktionszeitraum vom 3. bis 8. Juni in München, Garmisch-Partenkirchen und Krün lief die Mobilisierung in Schleswig-Holstein schleppend. Obwohl ein führender Lübecker Linksextremist in die Vorbereitungen der Proteste gegen das Gipfeltreffen einbezogen war, fanden weder Mobilisierungstreffen statt noch wurden gemeinsame Anreisen organisiert. Aus Schleswig-Holstein gab es lediglich vereinzelte Anreisen.

Ein in München durchgeführter „Alternativgipfel“ endete am 4. Juni mit einer Großdemonstration von mehr als 34.000 Menschen. Zu diesem „internationale(n) Gipfel der Alternativen“ hatte ein Bündnis aus verschiedenen Organisationen und Parteien, u. a. auch die „Deutsche Kommunistische Partei“ aufgerufen. Aufgrund von Streitigkeiten im Bündnis, die im Vorfeld fast zur Spaltung geführt hatten, fand eine weitere Großdemonstration am 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen statt. An der weitgehend friedlich verlaufenden Demonstration nahmen nur ca. 4.000 Personen teil, darunter Mitglieder der „Interventionistischen Linken“ (IL) und weiterer linksextremistischer Bündnisse sowie unorganisierte Linksextremisten. Gut 350 Personen nahmen an einem verbotenen sternförmig auf den Tagungsort zulaufenden Marsch (Sternmarsch) teil. Diese Teilnehmer wie auch die eines Fahrradkorsos erreichten die Absperrungen rund um den Tagungsort. Die Blockaden der Zufahrtstraße zum Tagungsort und der Bahnstrecke nach Garmisch-Partenkirchen konnten schnell aufgelöst werden. An der Abschlusskundgebung am 8. Juni in Garmisch-Partenkirchen nahmen nur noch etwa 20 Personen teil.

Die Protestwoche ist seitens des Bündnisses „stop-g7-elmau“ positiv bewertet worden. Das massive Polizeiaufgebot, der entlegene Tagungsort und die juristischen Auseinandersetzungen im Vorfeld hätten die Vorbereitungen zwar erschwert, dessen ungeachtet konnte der Protest jedoch nach außen getragen werden und verlief bis auf kleinere Kontroversen vor Ort friedlich.

6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2013 bis 2015

	2013	2014	2015
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	390	380	370
Autonome, Postautonome und sonstige undogmatische Linksextremisten	300	300	300
Gesamt Land	690	680	670
Davon als gewaltorientiert eingeschätzt	310	310	310
Gesamt Bund	28.500	28.300	28.100

IV Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug

1 Überblick

Das bestimmende Thema im Bereich nicht-islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug waren im Jahr 2015 die Parlamentswahlen in der Türkei, an denen auch die türkischen Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland als Wahlberechtigte teilnehmen konnten. Während die PKK ihre Anhänger für die pro-kurdische HDP mobilisierte, wurden für die türkischen Nationalisten u. a. Empfehlungen zur Wahl der MHP ausgesprochen. Beide ideologischen Gegner riefen ihre Anhänger in Deutschland zu einem friedlichen, rechtskonformen Auftreten auf.

Als Folge des Wahlausganges kam es zu einer militärischen Eskalation des Kurdenkonflikts in der Türkei; darauf reagierten die PKK-Anhänger in Europa zunächst überwiegend besonnen. Im Laufe des Berichtsjahres wurde deutlich, dass die PKK die türkische Regierungspartei AKP, die Ülkücü-Bewegung und den „Islamischen Staat“ als einheitliches Feindbild betrachtet. Somit bleibt das Konfliktpotential zwischen PKK-Anhängern einerseits und türkischen Nationalisten sowie Salafisten in Deutschland andererseits erhalten.

Die Ülkücü-Bewegung dagegen konzentrierte sich weiterhin auf gesellschaftliche Teilhabe und politische Netzwerk-Arbeit.

In Schleswig-Holstein erfasste die polizeiliche Statistik im Berichtsjahr fünf politisch motivierte Straftaten im Bereich Extremismus mit Auslandsbezug. Es handelte sich dabei ausnahmslos um Propagandadelikte, nämlich das öffentliche Zeigen von Kennzeichen der verbotenen Organisation PKK.

2 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

2.1 Ideologie/Zielsetzung

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) wurde 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan als Gegenbewegung gegen die staatliche Repression der Kurden in der Türkei gegründet. Zunächst berief sie sich auf marxistisch-leninistische Ideologeelemente und strebte eine Revolution an, die zur Errichtung eines kurdischen Staates führen sollte. Im Lauf der Jahrzehnte trat in vielen The-

menbereichen eine pragmatische Betrachtungsweise in den Vordergrund, z. B. in Bezug auf das Verhältnis der Partei zum Unternehmertum. Obwohl Privateigentum an Produktionsmitteln grundsätzlich nicht mit kommunistischer Lehre zu vereinbaren ist, initiierte die PKK die Gründung eines eigenen Arbeitgeberverbandes zur Förderung von Investitionen in „Kurdistan“. Die Ideologie der PKK, die von der Partei als „Demokratischer Konföderalismus“ bezeichnet wird, wurde geprägt und fortlaufend weiterentwickelt durch die Schriften Abdullah Öcalans.

Bis zur Festnahme Abdullah Öcalans im Jahr 1999 verfolgte die PKK offen und mit militärischer Gewalt das Ziel, die traditionellen Siedlungsgebiete der Kurden in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak zu einem eigenen Kurdenstaat zu vereinen. Um den Vorwurf des Separatismus und die Öcalan drohende Todesstrafe abzuwenden, erklärte die PKK ab 1999, sich fortan für eine kurdische Selbstverwaltung innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen einzusetzen. In einzelnen mehrheitlich kurdisch bewohnten Städten in der Türkei und in drei syrischen „Kantonen“, Kobane, Cizre und Afrin, rief die PKK im Lauf der Jahre 2014 und 2015 die „kurdische Selbstverwaltung“ aus, erkannte folglich die jeweilige Staatsmacht nicht mehr an. Zum Jahresende 2015 erklärte eines der ranghöchsten Mitglieder der PKK-Führung, dass „man über eine Abspaltung nachdenken werde“, falls dem kurdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht nicht zuerkannt werden sollte⁴. Offenkundig wird innerhalb der Parteiführung die Forderung nach einem eigenen Kurdenstaat unter der Vorherrschaft der PKK erneut erwogen.

In den traditionellen kurdischen Siedlungsgebieten der Türkei und des Nordirak unterhält die PKK eine mehrere Tausend Personen starke Guerillatruppe, die so genannten „Volksverteidigungskräfte“ (Hêzên Parastina Gel – HPG). Die syrische Zweigorganisation der PKK, die „Partei der Demokratischen Union“ (Partiya Yekîtiya Demokrat - PYD) unterhält ebenfalls eine kämpfende Truppe, die „Volksverteidigungseinheiten“ (Yekîneyên Parastina Gel - YPG). Während die HPG sich seit 1984 – unterbrochen durch „einseitige Waffenstillstände“ – schwere Kämpfe mit den türkischen Streitkräften liefern und Anschläge auf Staatsbedienstete und Zivilisten verü-

⁴ In einer Nachrichtensendung vom 21.12.2015 zitierte der PKK-nahe Fernsehsender „Med Nûçe TV“ diese Äußerung des PKK-Exekutivratsmitglieds Murat KARAYILAN unter Berufung auf ein Interview KARAYILANS mit der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“.

ben, kämpfen die YPG aktuell in erster Linie gegen den so genannten „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien.

2.2 Rechtliche Bewertung

Mit Verbotsverfügung nach dem Vereinsgesetz vom 22. November 1993 untersagte das Bundesministerium des Innern (BMI) die Betätigung der PKK sowie ihrer Teil- und Nebenorganisationen in Deutschland.

Seit 2002 steht die PKK auch auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen. Ferner hat der Bundesgerichtshof⁵ 2014 bestätigt, dass sie eine ausländische terroristische Vereinigung i. S. v. § 129 a, b StGB darstellt und sich in ihrem bewaffneten Kampf nicht auf völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe berufen kann.

Die PKK gilt als extremistisch und wird vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie auf einer marxistisch-leninistischen Ideologie fußt, als zentralistisch geführte Kaderorganisation konspirativ agiert, sich eigene Staatsfunktionen (u. a. eine eigene Strafgewalt) anmaßt und – zumindest im Ausland – ihre politischen Ziele mit Gewalt in Form von Aufruhr, Besetzung öffentlicher Gebäude, Entführungen, Anschlägen, bewaffneten Angriffen etc. verfolgt.

2.3 Organisation und Tätigkeit in Deutschland

In Deutschland stellt die PKK hinsichtlich Anhängerzahl, Organisationsgrad und Mobilisierungspotenzial immer noch die bedeutendste Kraft im Bereich des nicht religiös motivierten Extremismus mit Auslandsbezug dar. Die Themen und das Aktionsniveau der PKK in Deutschland werden stets unmittelbar durch die Vorgaben der Parteiführung im Nahen Osten und durch die politische Lage in der Türkei bestimmt.

Ungeachtet des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots hat die PKK in Deutschland ihre Tätigkeit heimlich und in Form von Ersatz- und Tarnorganisationen fortgesetzt.

Deutschland hat für die PKK insbesondere eine Bedeutung als Rückzugsraum und Spendengeldquelle sowie als Bühne für politische Lobbyarbeit. In Europa verfolgt die PKK seit Jahren einen „Friedenskurs“ und verzichtet auf spektakuläre Gewaltaktio-

⁵ Beschluss 3 StR 265/13 vom 06.05.2014; bestätigte ein Strafurteil des OLG Hamburg vom 13.02.2013 – 2 StE 5/12-6 gegen den PKK-Funktionär Ali Ihsan K. Das OLG Hamburg hatte nach umfangreicher Beweisaufnahme – gestützt auf Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen über Anschläge der HPG oder der „Freiheitsfalken Kurdistans“ (Teyrêbazên Azadîya Kurdistan – TAK) festgestellt, dass es sich bei der PKK um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt.

nen, um sich im politischen Raum als seriöse Interessenvertretung für Kurdenbelange zu profilieren. Im April entschuldigte sich sogar ein ranghohes Mitglied der PKK-Führung ausdrücklich bei dem deutschen Staat für die Gewaltexzesse in den 1990er Jahren; diese würden sich niemals wiederholen.⁶ Allerdings bleibt das Verhältnis der PKK zur Gewalt strategisch motiviert – sie wird nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern je nach gewünschter öffentlicher Wirkung dosiert eingesetzt (siehe auch IV 2.7). Nach wie vor ist die Organisation in der Lage, Tausende von Anhängern binnen kurzer Zeit zu Protestwellen vorgegebener Intensität zu mobilisieren. Nach dem Verständnis der PKK umfasst das „friedliche“ Protestverhalten auch Straftaten wie Haus- und Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr und Sachbeschädigung. Brandanschläge auf türkische Objekte durch – zumeist jugendliche – Aktivisten werden von den PKK-nahen Organisationen offenkundig zumindest billigend in Kauf genommen. Die PKK sammelt in Deutschland Spenden zugunsten der Guerillaarmee und rekrutiert junge Menschen für den Einsatz in den Kampfgebieten.

Die PKK verfügt in Deutschland über einen konspirativ und illegal operierenden, hierarchisch strukturierten Funktionärsapparat. Nach einem parteiinternen System ist die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt in vier Regionen, so genannte „Sahas“ (Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2) und diese in insgesamt 29 „Gebiete“, denen jeweils ein Kader als „Gebietsverantwortlicher“ vorsteht. Um die Verfolgung durch Sicherheitsbehörden zu erschweren, wechseln diese Kader jährlich das Zuständigkeitsgebiet.

Der größte Teil Schleswig-Holsteins bildet zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das „Gebiet Kiel“, das wiederum in einzelne Teilgebiete aufgeteilt ist. Der südliche Landesteil Schleswig-Holsteins rund um Pinneberg und Elmshorn wird dem PKK-„Gebiet“ Hamburg zugerechnet. Zu den typischen Aufgaben der Gebiets- und Teilgebietsverantwortlichen zählen z. B. der Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten, die monatliche und jährliche Spendensammlung und die Mobilisierung von Teilnehmern für Veranstaltungen.

⁶ Cemil Bayik, Co-Vorsitzender der KCK, in einem am 09.04.2015 in der ARD ausgestrahlten Interview zu den Autobahn-Blockaden und Selbstverbrennungen durch PKK-Anhänger in den 1990er Jahren: „Ich möchte mich im Namen der PKK beim deutschen Volk entschuldigen. So etwas wird nie wieder passieren.“

Von den ca. 800.000 ethnischen Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden 14.000 Personen – davon 700 in Schleswig-Holstein – zum festen Anhängerstamm der PKK gezählt. Dieser ist in Deutschland nahezu flächendeckend in Vereinen organisiert, welche dem Dachverband „Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland“ (Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê – NAV-DEM)⁷ angehören. NAV-DEM tritt nach außen hin als selbständige Organisation auf, arbeitet aber im Sinne der PKK. Den örtlichen Mitgliedsvereinen empfiehlt die NAV-DEM ein Organisationsmodell als „Demokratische Gesellschaftszentren der KurdInnen“. Diese sollen auf Ortsebene ein Dach bieten für alle kurdischen Institutionen, Vereine, Glaubensgemeinschaften, Initiativen und sozialen Gruppen⁸.

In Schleswig-Holstein fungiert traditionell die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ (DKG) in Kiel als zentrale Anlaufstelle für die auf landesweit 700 Personen geschätzte Anhängerschaft der PKK. Am 26. September eröffnete der Verein in Kiel ein neues Vereinslokal in der Hermann-Weigmann-Straße 20. Dessen Beschilderung „Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Kielê - Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Kiel“ legt nahe, dass eine Umbenennung des Vereins zu einem „Demokratischen Gesellschaftszentrum“ entsprechend den NAV-DEM-Vorgaben in nächster Zukunft beabsichtigt ist⁹.

Innerhalb dieses Vereins wurde laut Bericht der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ Anfang November eine „Frauenkommune“ konstituiert. Offenbar geht diese Neugründung auf eine parteiinterne Weisung zurück, die Aktivitäten der kurdischen Frauen in verbindliche Organisationsstrukturen zu überführen. Das entspricht dem Bestreben der PKK, Frauen gleichberechtigt zu behandeln. Schätzungen zufolge sind ca. 10% der PKK-Anhänger in Schleswig-Holstein weiblich.

Ferner existiert auch in Neumünster seit Mai 2014 das „Demokratische Kurdische Gemeinde Zentrum Neumünster e. V. (DKGZ)“¹⁰, das ebenfalls zum Ausgangspunkt PKK-bezogener Aktivitäten geworden ist.

⁷ Am 21./22.06.2014 durch Umbenennung hervorgegangen aus dem Dachverband „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (Yekîtiya Komalên Kurd li Elmanya – YEK-KOM).

⁸ Siehe Presseerklärung „YEK-KOM heißt jetzt NAV-DEM“, veröffentlicht im Internet unter <http://yekkom.com> am 18.07.2014.

⁹ Der Eintrag im Vereinsregister VR 3656 KI wies im Januar 2016 noch den Vereinsnamen „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ aus.

¹⁰ Vereinsregister VR 6262 KI.

2.4 Entwicklungen im Berichtsjahr

Mit einem Kanon jährlich wiederkehrender Veranstaltungen bindet die PKK ihre Anhänger an sich und verbreitet Organisationspropaganda. Im Berichtsjahr wurden die wesentlichen Großveranstaltungen PKK-naher Organisationen auch von Personen aus Schleswig-Holstein besucht, so eine Großdemonstration in Strasbourg/Frankreich am 14. Februar anlässlich des 16. Jahrestages der Festnahme Öcalans, die bundesweite Zentralveranstaltung zum kurdischen Neujahrsfest Newroz in Bonn am 21. März und das „23. Internationale Kurdische Kultur-Festival“ am 5. September in Düsseldorf.

Darüber hinaus wurden in Kiel und Neumünster lokale Veranstaltungen mit PKK-Bezug abgehalten; so feierten die PKK-Anhänger aus Kiel am 14. März das Newrozfest, am 4. April den Geburtstag des PKK-Gründers Öcalan, am 22. November das 37. Gründungsjubiläum der PKK.

Zunächst dominierte noch der Kampf der syrischen PKK-Schwesterpartei PYD gegen den so genannten IS in Syrien das Demonstrationsgeschehen und die Presseberichte der PKK. Aufgrund ihrer militärischen Erfolge gegen den IS forderte die PKK die Aufhebung des vereinsrechtlichen Verbots in Deutschland. Deutsche Linksextremisten bekundeten ihre Solidarität mit dem Kampf gegen den IS und unterstützen die PKK in der Forderung nach einer Aufhebung des Betätigungsverbotes mit eigenen Aufrufen, Plakatkampagnen und Beteiligung an Versammlungen. In Kiel demonstrierten am 7. Februar 400 Kurden und deutsche Linksextremisten unter dem Motto „Weg mit dem PKK-Verbot“.

Ab Februar rückten die im Juni stattfindenden türkischen Parlamentswahlen in den Mittelpunkt der Aktivitäten. In Kiel formierte sich ein Bündnis aus PKK-Anhängern und nicht-extremistischen Gegnern der türkischen Regierungspartei AKP, um gemeinsam in Schleswig-Holstein Wähler für die pro-kurdische Oppositionspartei „Halkların Demokratik Partisi“ - HDP („Demokratische Partei der Völker“) zu mobilisieren¹¹. Nachdem keine Koalitionsregierung zustande kam, mobilisierte das o. g.

¹¹ Bei den Wahlen zum Türkischen Parlament sind türkische Staatsbürger auch wahlberechtigt, wenn sie im Ausland leben. Die Stimmabgabe erfolgt in eigens eingerichteten Wahllokalen.

Bündnis auch für die Neuwahlen am 1. November HDP-Wähler in Schleswig-Holstein.

In der Türkei verschlechterte sich bereits im Vorfeld der Neuwahlen das Klima zwischen der türkischen Übergangsregierung und der PKK.

Der Anschlag eines mutmaßlichen IS-Selbstmordattentäters in Suruç am 20. Juli gegen eine Gruppe von jungen Aktivisten, die beim Wiederaufbau der syrischen Stadt Ain-al-Arab/Kobane helfen wollten, setzte innerhalb der Türkei eine Spirale der Gewalt in Gang. Es folgten gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen PKK und türkischer Regierung und zunehmende Kampfhandlungen bzw. Anschläge. Die Verantwortung für einen weiteren Selbstmordanschlag des IS in Ankara auf eine HDP-Kundgebung am 10. Oktober schob die PKK ebenfalls auf die türkische Regierung bzw. die Regierungspartei.

Anlässlich des Anschlages in Suruç versammelten sich am 21. Juli ca. 150 Kurden in Kiel zu einer Spontandemonstration. Als bekannt wurde, dass der türkische Finanzminister am Global Economic Symposium in Kiel teilnahm, versammelten sich am 13. und 14. Oktober jeweils ca. 40 überwiegend junge kurdische Demonstranten spontan vor dem Veranstaltungsort.

Nachdem die AKP schließlich bei den Neuwahlen in der Türkei am 1. November die absolute Mehrheit im Parlament errang, eskalierte der Konflikt um die kurdische Selbstbestimmung so heftig wie seit Jahren nicht mehr. Auf die Ausrufung der kurdischen „Selbstverwaltung“ und die Errichtung von Barrikaden durch jugendliche PKK-Anhänger in einigen Städten im Südosten der Türkei reagierte die Regierung mit Ausgangssperren, die Wasser- und Stromversorgung wurde wochenlang unterbrochen. Die PKK-Führung drohte, Guerillakämpfer in die Städte zu entsenden. Ihre Unterorganisation „Freiheitsfalken Kurdistans“ („Teyrêbazên Azadîya Kurdistan“ -TAK) verübte am 23. Dezember einen Bombenanschlag auf einen Flughafen in Istanbul und drohte in ihrem Tatbekenntnis mit weiteren Anschlägen auf ausländische Fluggesellschaften und Touristen in der Türkei¹².

¹² In der türkischsprachigen Nachrichtensendung des PKK-nahen Senders „Med Nûçe TV“ vom 26.12.2015 wurde vermeldet, dass sich die TAK auf ihrer offiziellen Homepage zu dem Anschlag am Istanbuler Flughafen Sabiha Gökçen am 23.12.2015 bekannt habe, zitiert wurde auch die Begründung der Täter.

Trotz dieser militanten Eskalation des Kurdenkonfliktes in der Türkei verhielt sich die PKK-Anhängerschaft in Europa bis zum Jahresende überwiegend ruhig, die Mehrzahl aller themenbezogenen Versammlungen verlief störungsfrei. Wo allerdings türkische Nationalisten und PKK-Anhänger am Rande von pro-türkischen oder pro-kurdischen Demonstrationen aufeinander trafen, entlud sich aufgestauter Hass in gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dabei kam es im September z. B. in Hannover und in Bern (Schweiz) zu Verletzten auf beiden Seiten.

Ab Ende Dezember initiierte die PKK in Deutschland eine Welle von Besetzungsaktionen bei Parteizentralen, Funkhäusern, Zeitungsredaktionen etc., um die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf die Lage der Kurden in der Türkei zu lenken. Vereinzelt kam es zu Anschlägen auf türkische Einrichtungen in Deutschland, ohne dass sich eine formale PKK-Teilorganisation zu diesen Taten bekannte. Der größte Schaden entstand hierbei am 15. Dezember in Stuttgart durch eine Brandstiftung an einem Moschee- und Geschäftsgebäude der „Türkisch-Islamischen Union“. Zu dieser Tat bekannte sich auf der PKK-nahen Internetseite www.rojaciwan.com eine „apoistische Jugendinitiative“¹³.

„Die Baran Dersim Rachebrigade der apoistischen Jugendinitiative hat gegen die DITIB (Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion) einen Anschlag mit einem Molotow durchgeführt. Die Initiative hat eine Vergeltungsaktion gegen die Unterstützer der AKP in Europa durchgeführt, weil der faschistische türkische Staat seine barbarischen Angriffe gegen die Selbstverwaltung weiter durchführt.“

In Schleswig-Holstein war lediglich eine erhöhte Häufigkeit von friedlichen Demonstrationen zu verzeichnen, so protestierten die PKK-Anhänger und vereinzelte Angehörige der linken Szene in Kiel am 12. und am 15. Dezember. Bemerkenswert ist hier, dass die Demonstration am 12. Dezember bei der Versammlungsbehörde angemeldet wurde zu dem Thema „Gegen IS“, während die Yeni Özgür Politika berichtete, „Kurden und ihre Freunde“ hätten in Kiel die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Freilassung aller gemäß dem § 129 a, b verurteilten Häftlinge gefordert¹⁴.

¹³ Unter PKK-Anhängern wird der Parteigründer Abdullah Öcalan mit dem Namen „Apo“ – Kurdisch für „Onkel“ – geehrt. Eine „Apoistische Jugendinitiative“ ist folglich eine Öcalan-treue Jugendinitiative.

¹⁴ Yeni Özgür Politika vom 14.12.2015, S. 1 und 7. Die türkischsprachige Nachrichtensendung von „Med Nûçe TV“ berichtete zum gleichen Ereignis, in Kiel hätten zahlreiche Personen gegen das PKK-Verbot protestiert und die sofortige Freilassung Öcalans gefordert.

2.5 Finanzierung

Die PKK finanziert sich durch monatliche Spenden, durch den Verkauf von Publikationen und von Eintrittskarten für Veranstaltungen, in erster Linie aber durch die jährliche Spendenkampagne. Sie schätzt die jeweilige finanzielle Leistungsfähigkeit und legt im Voraus die Spendensumme für jede kurdisch-stämmige Familie fest. Das Einsammeln der Spenden verläuft konspirativ.

Das Spendenaufkommen in Schleswig-Holstein blieb zuletzt offenbar hinter den hoch gesteckten Erwartungen der Organisation zurück.

In Deutschland erbringt die Spendensammlung regelmäßig Millionenbeträge und ca. ein Drittel des gesamten Spendenaufkommens in Europa. Seit dem militärischen Engagement der PKK im syrischen Bürgerkrieg ist das Spendenaufkommen in Deutschland kontinuierlich gestiegen.

Die Geldmittel werden zur Aufrechterhaltung der konspirativen und der „offenen“ Organisationsstrukturen, für die PKK-nahen Medien (insbesondere die Fernsehsender) und für die Ausrüstung und den Lebensunterhalt der Guerillatruppen in den Kampfgebieten im Nahen Osten verwendet.

2.6 Gerichtsurteile und Exekutivmaßnahmen

Momentan befinden sich diverse Funktionäre der PKK in Haft, die in den letzten Jahren parteiintern für Schleswig-Holstein „zuständig“ waren: Mehmet D., der unter dem Decknamen „Kahraman“ bis Mitte 2014 die Region „Nord“ geleitet hatte, wurde am 28. August von dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Ali Ö., der unter dem Decknamen „Dijwar“ in den Jahren 2010/2011 als Gebietsleiter im PKK-Gebiet „Kiel“ eingesetzt war, wurde am 12. Februar in Stuttgart inhaftiert. Der ehemalige Leiter der Region „Nord“, Bedrettin K., Deckname „Ali“, wurde am 26. August in Düsseldorf wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK festgenommen.

2.7 Ausblick

Aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem IS und PKK-nahen Kampfverbänden in Syrien und der unüberbrückbaren ideologischen Differenzen be-

steht nach wie vor ein Konfliktpotenzial zwischen PKK-Anhängern und Salafisten in Deutschland. Dieses kann anlassbezogen jederzeit eskalieren.

Bereits vor den Anschlägen in Suruç und Ankara äußerten die PKK-Anhänger in Schleswig-Holstein Furcht vor möglichen IS-Anschlägen auf PKK-Großveranstaltungen in Deutschland. Die PKK ermahnte generell ihre Anhänger zur Wachsamkeit.

Parallel zu dem Wiederaufflammen des Kurdenkonfliktes in der Türkei wächst auch in Deutschland das Konfliktpotenzial zwischen PKK-Anhängern und türkischen Nationalisten, da beide extremistischen Strömungen ihre politischen Impulse unmittelbar aus der Türkei beziehen, ihre Ideologien unvereinbare Gegensätze enthalten und beide Gruppierungen sich nach einer langen Geschichte gegenseitiger Verletzungen hasserfüllt gegenüberstehen. Im bundesweiten Vergleich zeichneten sich allerdings sowohl die PKK-Anhängerschaft als auch die Ülkücü-Szene in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren durch ein relativ geringes Maß an Militanz aus.

Eine Differenzierung zwischen den Organisationen der Ülkücü-Bewegung, des IS und der türkischen Regierungspartei AKP findet bei der PKK nicht mehr statt, diese werden zu einem einzigen Feindbild verschmolzen.

Für eine planmäßige Anwerbung von Flüchtlingen durch die PKK gibt es in Schleswig-Holstein bislang keine Anhaltspunkte, wenngleich an einigen Demonstrationen mit PKK-Bezug offenbar vereinzelt Flüchtlinge teilnahmen und in einer Flüchtlingsunterkunft in Kiel eine verbotene Fahne mit PKK-Bezug festgestellt wurde.

Deutschland ist für die PKK immer noch als Rückzugsraum und Spendengeldquelle sehr bedeutsam, sie wird folglich nicht leichtfertig riskieren, den Verfolgungsdruck durch spektakuläre Gewaltaktionen zu erhöhen. Aus Sicht der PKK verschlechterte sich das Verhältnis zum deutschen Staat im Verlauf des Berichtsjahres drastisch:

Zunächst nahm die PKK wohlwollend zur Kenntnis, wie in Deutschland aufgrund ihrer militärischen Erfolge gegen den IS die öffentliche Aufmerksamkeit und Sympathie für die Belange der Kurden stieg; auch PKK-ferne Politiker und Medien thematisierten die Frage, ob das PKK-Verbot noch zeitgemäß sei. Vor diesem Hintergrund ist

die Entschuldigung des PKK-Führungsfunktionärs Bayik für die Gewaltaktionen in den 1990er Jahren (siehe Fußnote 6) als strategisch motivierter Versuch zu bewerten, eine Aufhebung des PKK-Verbots und eine Streichung der PKK von der EU-Terrorliste zu fördern. Außerdem erhoffte sich die PKK, dass die Bundesregierung Druck auf die Türkei ausüben werde, um die Lage der Kurden in der Türkei zu verbessern. Diese Hoffnung wurde durch die Vereinbarungen mit der Türkei über eine Eindämmung der Flüchtlingsströme im Oktober, d. h. auf dem Höhepunkt des türkischen Parlamentswahlkampfes, aus Sicht der PKK enttäuscht. Die Inhaftierung diverser PKK-Führungsfunktionäre in Deutschland (s. IV 2.6) und das Festhalten des Bundesinnenministeriums am PKK-Verbot trübten das Verhältnis weiter. Sollte die Lage in der Türkei sich nicht deutlich entspannen und sollten in Deutschland „friedliche“ Protestaktionen in Form von Demonstrationen, Besetzungen, Mahnwachen etc. nicht die von der PKK erwartete Aufmerksamkeit bewirken, dürfte die Hemmschwelle für gewalttätige Aktionsformen wie Brandstiftungen, Blockaden und Geiselnahmen durch PKK-Anhänger in Deutschland absehbar sinken.

3 Türkischer Rechtsextremismus/Ülkücü-Bewegung

3.1 Ideologie und Organisation

3.1.1 Ideologie

Die Beobachtung des türkischen Rechtsextremismus umfasst diejenigen Organisationen und Personen, die sich zum türkischen Nationalismus bekennen. Typische nationalistische Merkmale wie z. B. Rassismus und Antisemitismus lassen sich in allen Bereichen des Spektrums finden. Die größte Gruppe im rechtsextremen türkischen Bereich ist die Ülkücü-Bewegung (im Wortsinn: Idealistenbewegung). Ihre Ideologie eines extrem übersteigerten Nationalgedankens hat zur Folge, dass alle anderen Nationen abgewertet werden. Insbesondere Kurden, aber auch religiöse und ethnische Personengruppen, gehören zu den Feindbildern. Der Zusammenschluss aller Turkvölker in einem großtürkischen Reich ist das erklärte Ziel der Bewegung.

Symbol der Ülkücü-Anhänger ist der „graue Wolf“ (Bozkurt), der der Mythologie zufolge bedrohte Turkvölker in Sicherheit brachte. Der „Wolfsgruß“ (Daumen und Finger formen den Kopf eines Wolfes) dient als Erkennungszeichen untereinander. Häufig werden die Ülkücüs daher auch in der Umgangssprache als „graue Wölfe“ be-

zeichnet. Neben dem „Bozkurt“ werden auch vielfach drei weiße Halbmonde auf rotem Hintergrund gezeigt.

Von den organisierten Ülkücü-Mitgliedern wird eine aktive politische und gesellschaftliche Mitarbeit in Deutschland erwartet, um so im Sinne der Bewegung politisch und wirtschaftlich Einfluss auszuüben. Ohne ihre eigene Überzeugung aufzugeben, versuchen sie in demokratischen Parteien und Gremien, insbesondere auf kommunaler Ebene, oder in Integrationsräten ihr nationalistisches Gedankengut einzubringen. Auch der Erhalt von staatlichen Fördermitteln soll so begünstigt werden.

3.1.2 Organisation

Nicht nur die ideologischen sondern auch die organisatorischen Grundlagen der Ülkücü-Bewegung in Deutschland liegen in der Türkei. Die türkische extrem-nationalistische „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (Milliyetçi Hareket Partisi – MHP) hat sich 1978 mit der Gründung der „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine“ (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF) in Frankfurt am Main eine Auslandsvertretung geschaffen. Die ADÜTDF und deren Vereine sind streng hierarchisch aufgebaut und befolgen Anweisungen der türkischen MHP.

Durch interne Streitigkeiten kam es 1993 zu einer Abspaltung von der MHP und eine weitere nationalistische Partei, die „Partei der großen Einheit“ (Büyük Birlik Partisi – BBP) wurde gegründet. Als deren Auslandsvertretung wird der ebenfalls in Frankfurt am Main ansässige „Verband der türkischen Kulturvereine“ (Avrupa Türk Kültür Dernekleri Birliği – ATB) angesehen.

Anhängern und Sympathisanten der Ülkücü-Bewegung, die sich nicht in Vereinen zusammenschließen wollen, bietet das Internet eine entsprechende Plattform. In erster Linie sind es junge Menschen, die in den sozialen Netzwerken wie z. B. facebook ihre türkisch-nationalistische Gesinnung zum Ausdruck bringen.

Finanzielle Grundlage der Vereine sind Mitgliedsbeiträge sowie Geldspenden.

Mit der Zeitschrift „Bülten“, die vierteljährlich erscheint, verfügt die Bewegung auch über eine Publikation.

3.2 Entwicklungen im Berichtsjahr

In Schleswig-Holstein werden Vereine in den Städten Kiel, Neumünster, Rendsburg, Flensburg und Lübeck dem türkischen rechtsextremen Spektrum zugerechnet. Die Beobachtung im Berichtsjahr zeigte erneut, dass die hierarchischen Strukturen innerhalb des organisierten Spektrums von den Mitgliedern akzeptiert und umgesetzt werden. Anweisungen und Regelungen erfolgen intern. Hierfür werden die Vereine teilweise von der Führungsspitze persönlich aufgesucht. Eine gute Vernetzung mit häufigen Zusammenkünften aller Vereine im norddeutschen Raum, auch über die Landesgrenzen hinweg, zeigt die starke Verbundenheit untereinander. Sehr darauf bedacht, keine politische Angriffsfläche zu bieten, wurden in Schleswig-Holstein weder Demonstrationen noch anderweitige Aktionen in Bezug auf die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken in der Türkei durchgeführt. Wie sich jedoch auf Bundesebene gezeigt hat, kann dies nach außen eher ruhige und scheinbar friedliche Verhalten nicht über das vorhandene, zum Teil auch gewalttätige, Potential der Ülkücü-Anhänger hinwegtäuschen. Am 20. September kam es in Köln während eines protürkischen „Friedensmarsches für die Türkei“ zu schweren körperlichen Auseinandersetzungen zwischen überwiegend jugendlichen Türken und jugendlichen Kurden. Eine weitere Beobachtung der Ülkücü-Szene ist vor diesem Hintergrund geboten, da es in Abhängigkeit von der Situation in der Türkei, auch in Schleswig-Holstein zu übersteigerten Reaktionen der Ülkücü-Anhängern kommen kann.

Politische und gesellschaftliche Mitwirkung von Ülkücü-Anhängern in Schleswig-Holstein konnte auch in diesem Berichtsjahr wieder festgestellt werden. Die verantwortlichen Stellen wurden gemäß § 1 Landesverfassungsschutzgesetz (LVerfSchG) entsprechend in Kenntnis gesetzt.

V Islamismus und islamistischer Terrorismus

1 Überblick

Die Zahl der Islamisten in Schleswig-Holstein ist im Vergleich zum Vorjahr moderat von 360 auf 370 Personen angestiegen. Allerdings kam es im Bereich des salafistischen Personenpotenzials zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs um ca. 30 % von 230 auf 300 Personen. Dieser aktuelle Anstieg ist in engem Zusammenhang mit der Einflussnahme von Salafisten auf Flüchtlinge zu sehen (siehe V 5.4).

Der Bürgerkrieg in Syrien und seine Auswirkungen auf Deutschland beherrschen weiterhin die Sicherheitslage auch in Schleswig-Holstein. Der seit 2011 andauernde Konflikt zwischen Anhängern des syrischen Präsidenten Assad auf der einen und verschiedenen – darunter zahlreichen jihadistischen – Akteuren auf der anderen Seite wurde im Berichtszeitraum mit unverminderter Härte fortgeführt. Die Folge ist, dass Millionen von Menschen vor den andauernden Kämpfen zwischen den Konfliktparteien auf der Flucht sind. Trotz der massiven Kampfhandlungen übt die auf syrischem und irakischem Territorium aktive jihadistische Terrororganisation "Islamische Staat" (IS) fortlaufend eine hohe Anziehungskraft auf Jihadisten auch aus Deutschland und Schleswig-Holstein aus.

Die derzeit größten Gefahren für die Innere Sicherheit sind daher im Zusammenhang mit der Lage in Syrien und dem Irak zu sehen. Zum einen sind in den letzten Jahren auch aus Schleswig-Holstein Reisebewegungen von Jihadisten mit Bezug nach Syrien bekannt geworden. Ziel der Verfassungsschutzbehörde ist es nicht nur, islamistisch motivierte Ausreisen in Richtung Syrien aufzuklären und die zuständigen Behörden in die Lage zu versetzen, jihadistisch motivierte Reisen in das Krisengebiet zu verhindern. Ein weiteres Hauptaugenmerk liegt darüber hinaus auf der Beobachtung möglicher Rückkehrer mit Kampferfahrung. Bei diesen Personen muss nicht nur davon ausgegangen werden, dass sie ideologisch indoktriniert und durch die Ereignisse verroht sind. Hier ist insbesondere aufzuklären, ob die Jihadisten mit einem konkreten Ziel oder Auftrag – etwa für einen Anschlag – nach Schleswig-Holstein zurückkehrten.

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass islamistische Terroristen versuchen als Flüchtlinge getarnt nach Europa und Deutschland zu gelangen. Auch die Aufklärung entsprechender – bisher zumeist unsubstanziierter – Hinweise ist daher eine vorrangige Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sicherheitsbehörden liegt auf der Beobachtung jihadistischer Kleinstgruppen und Einzelpersonen, die in Schleswig-Holstein möglicherweise Anschläge planen und ausführen könnten. Hierbei von besonderer Bedeutung sind Islamisten, die sich in Deutschland radikalisiert haben. Da diese Personen in Deutschland aufgewachsen und in der Regel mit der hiesigen Lebensweise gut vertraut sind, zählt die Aufklärung derartiger Sachverhalte zu den aktuellen Herausforderungen der Sicherheitsbehörden.

Aus der Gesamtschau dieser Beobachtungsschwerpunkte ergibt sich nach übereinstimmender Auffassung der Sicherheitsbehörden weiterhin eine abstrakt hohe Gefährdungslage. Mit der sich aus möglicherweise getarnt einreisenden Jihadisten ergebenden Lage stehen die Sicherheitsbehörden zudem vor einer so noch nicht gekannten Herausforderung, zumal insbesondere eine umfassende und flächendeckende Überprüfungsmöglichkeit aller einreisenden Personen in das Bundesgebiet nicht besteht.

Häufig lassen sich Hinweise auf tatsächliche terroristische Planungen von nach Deutschland eingereisten möglichen Terroristen nicht kurzfristig aufklären. Insoweit sind umfangreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden erforderlich, um die jeweiligen Verdachtsmomente ausräumen oder erhärten zu können. Dabei arbeiten die Sicherheitsbehörden eng zusammen. Der Zusammenarbeit aller deutschen Sicherheitsbehörden im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Auch die aktuell dynamischste islamistische Bewegung, die salafistischen Bestrebungen, agieren unter dem – zumindest indirekten – Einfluss der Lage in Syrien und dem Irak. Zu den am deutlichsten wahrnehmbaren Aktionen von Salafisten in Schleswig-Holstein gehörte die Einflussnahme auf muslimische Flüchtlinge. Unter dem Deckmantel von Spendensammlungen und Hilfsangeboten nehmen sie Kontakt

zu den Migranten auf und versuchen diese im Sinne ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie zu beeinflussen. Die wöchentlichen Freitagspredigten in fast jeder der Moscheen mit salafistischen Bezügen werden darüber hinaus derzeit von einer – allerdings stark fluktuierenden – nicht unerheblichen Zahl von Flüchtlingen besucht. Diese Aktivitäten der hiesigen Salafisten und deren Auswirkungen sind ein wesentlicher Grund für den Anstieg des salafistischen Personenpotentials in Schleswig-Holstein von 230 im Jahr 2015 auf aktuell 300 Anhänger.

2 Wesentliche Begriffe im Bereich des Islamismus

Bei der Bearbeitung der Phänomene des Islamismus und islamistischen Terrorismus zeigt sich regelmäßig, dass es auf eine genaue – auch sprachliche – Bestimmung des Beobachtungsgegenstandes ankommt. Deshalb wird zunächst der Umfang der Arbeit der Verfassungsschutzbehörde in diesem Phänomenbereich erläutert. Außerdem werden einige Grundbegriffe erklärt.

2.1 Abgrenzung von Islam und Islamismus

Der Islam ist eine der großen Weltreligionen und gehört mit mehr als vier Millionen Anhängern nach dem Christentum zu den mitgliederstärksten Glaubensgemeinschaften in Deutschland. Die Zahl der Muslime in Schleswig-Holstein wird auf mehr als 140.000 geschätzt.

Der Islam als Religion wird nicht von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Unter Beobachtung stehen ausschließlich verfassungsfeindliche islamistische Bestrebungen. Hierbei handelt es sich um eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus, die islamische Lehren und Glaubenssätze zur Durchsetzung ihrer Ziele missbraucht.

2.2 Was ist Islamismus

Islamisten sind der Überzeugung, dass ein demokratisches Staatssystem nicht mit dem Willen Allahs (arab. für Gott) vereinbar ist und wollen daher das gesamte politische und gesellschaftliche Leben nach ihren Vorstellungen umgestalten. Diese Umgestaltung soll alle privaten und öffentlichen Bereiche des Lebens umfassen. Eine Trennung von Staat und Religion ist dabei nicht vorgesehen. Islamisten sind zudem

der Überzeugung, sie würden den „einzig wahren Islam“ praktizieren und lehnen andere islamische Glaubensvorstellungen strikt ab. Ihr Endziel ist die Errichtung eines Gottesstaates, in dem für sie maßgebliche Regelungen und Normen Geltung haben sollen.

Ihre Ideologie steht dabei im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, dem Kernbereich des Grundgesetzes. So richtet sich das von Islamisten angestrebte Konzept eines Gottesstaates, in dem jede staatliche Legitimation unmittelbar an ihre Vorstellung von Gott anknüpfen soll, vorrangig gegen die Prinzipien der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung. Ebenso verneinen Islamisten die universelle Geltung der Menschenrechte. Ihren Vorstellungen entsprechend bedeutet dies nicht nur eine Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern oder die Bevorzugung von Muslimen gegenüber Andersgläubigen. Vielmehr wäre eine individuelle Entfaltung und Entwicklung außerhalb der durch die Ideologie vorgegebenen Konventionen nicht mehr möglich: Eine Lebensweise, die nicht an den Vorgaben der Islamisten ausgerichtet ist oder sich daran orientiert, wird von ihnen weder geduldet noch erlaubt. Weiterhin setzen sich vor allem Salafisten, Anhänger einer Erscheinungsform des Islamismus (siehe V 2.3), für die Durchsetzung der sogenannten „Hadd“-Strafen (Körperstrafen) ein. Dazu zählt unter anderem das Abtrennen von Gliedmaßen – etwa für Diebstahl. Darüber hinaus wird auch die Todesstrafe für Ehebruch oder den Abfall vom Glauben gefordert. Die damit verbundene Art der Hinrichtung soll zumeist grausam sein. Ehebrecher sollen gesteinigt, Apostaten (Menschen, die ihren Glauben abgeschworen oder gewechselt haben) gekreuzigt werden.

Der Begriff Islamismus beschreibt dabei kein einheitliches Phänomen, sondern umfasst verschiedene Strömungen und Erscheinungsformen. Diese Ausprägungen unterscheiden sich dabei zum einen hinsichtlich ihres territorialen Anspruchs, der sowohl regional begrenzt als auch global sein kann. Ebenso können Islamisten danach unterschieden werden, welche Mittel sie zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen bereit sind. Dieser Differenzierungsansatz ist vor allem für die Sicherheitsbehörden wesentlich. Einige Gruppierungen versuchen gezielt, auf die hiesige Politik und Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Sie geben dabei vor, dass ihre Ziele und Mittel im Einklang mit dem Grundgesetz stünden. Dennoch verfolgen sie insgeheim ebenfalls den Plan, einen weltweiten islamistischen Gottesstaat zu errichten. Da sie Gewalt zur Zielerrei-

chung jedoch zunächst ablehnen, bezeichnen die Verfassungsschutzbehörden diese Gruppierungen als legalistisch. Viele salafistische Gruppierungen dagegen sind zumindest gewaltbefürwortend und lehnen eine Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Prozess in Deutschland ab. Darüber hinaus gibt es Organisationen, wie beispielsweise die libanesisch „Hizb Allah“, die im Herkunftsgebiet im Nahen Osten zwar ihre politischen Ziele mit Gewalt verfolgt, Deutschland jedoch als Rückzugsraum nutzt, in dem sie Anhänger rekrutiert oder Spenden sammelt. Das Ende des Spektrums schließlich bilden global agierende terroristische bzw. jihadistischen Gruppierungen, wie z. B. das „al-Qaida“-Netzwerk oder der IS. Für sie ist terroristische Gewalt ein legitimes und vorrangiges Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele.

2.3 „Salafistische Bestrebungen“ – eine besondere Form des Islamismus

2.3.1 Ursprung und Grundlagen der salafistischen Ideologie

Die dynamischste Erscheinungsform des Islamismus in Deutschland sind die salafistischen Bestrebungen. Der Begriff Salafismus leitet sich von der arabischen Bezeichnung für die sogenannten „frommen Altvorderen“ (arab. as-Salaf as-Salih) ab. Ideologische Grundlage der heutigen Bewegung ist die Überzeugung, dass der Islam von unerlaubten Neuerungen (arabisch bid'a) und Irrglauben durchsetzt sei. Daher müsse er „gereinigt“ werden. Dies könne nur gelingen, wenn die Gläubigen sich ausschließlich an den „frommen Altvorderen“ orientierten. Zielrichtung von Salafisten ist daher eine möglichst wortgetreue Nachahmung der Handlungsweisen des Propheten Muhammad und seiner Gefährten.

Salafisten orientieren sich damit in ihrer religiösen Praxis und ihrer gesamten Lebensführung regelmäßig an den Regelungen des Korans sowie am Vorbild des Propheten Muhammad. Dabei lehnen Salafisten nicht nur jegliche religiösen Neuerungen ab. Sie stellen sich auch gegen andere islamische Konfessionen und letztlich ebenso gegen die Muslime, die ihre Glaubensvorstellungen nicht teilen.

Zentrales Element der salafistischen Ideologie ist das Prinzip des „tauhid“. Dieser arabische Begriff steht für die Einheit und Einzigartigkeit Gottes. Das bedeutet für Salafisten, dass Gott nicht nur alleiniger Souverän ist, sondern auch alle Gesetze von Gott herrühren müssen. Ziel ist damit letztlich die Schaffung eines Gottesstaates, indem ausschließlich eine salafistische Interpretation der „Scharia“, der islamischen

Rechtsordnung, gelten soll. Demokratische Prinzipien und von Menschen erlassene Gesetze werden kategorisch abgelehnt. Damit richten sich Salafisten genauso wie andere islamistische Strömungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Danach, wie die Anhänger salafistischer Bestrebungen ihre Ziele erreichen wollen, unterscheiden die Verfassungsschutzbehörden im Wesentlichen zwei Ausprägungen, deren Grenzen jedoch fließend sind.

2.3.2 Unterscheidung in politischen und jihadistischen Salafismus

Die Mehrzahl der Anhänger des Salafismus ist dem „politischen Salafismus“ zuzuordnen. Diese versuchen grundsätzlich, ihre Ziele ohne Gewalt zu erreichen. Allerdings vertreten auch sie vielfach die Auffassung, die Einführung und Anwendung von „Körperstrafen“ (siehe V 2.3.1) sei legitim und aufgrund ihrer „abschreckenden Wirkung“ wünschenswert. Damit zeigen auch politische Salafisten ein ambivalentes Verhältnis zur Gewaltanwendung.

Nach Auffassung jihadistischer Salafisten ist Gewalt hingegen nicht nur ein geeignetes, sondern ein vorrangiges Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Sie wännen den Islam einem dauerhaften Angriff von „Ungläubigen“ ausgesetzt. Deshalb sei der bewaffnete Kampf zur „Verteidigung des Glaubens“ gerechtfertigt. Allerdings sind nicht nur „Ungläubige“ Ziel dieses „Verteidigungskampfes“. Jihadisten wenden sich auch gegen die als „unislamisch“ empfundenen Regierungen in muslimisch geprägten Ländern. Außerdem richten sie sich – wie beispielsweise der IS – gegen islamische Gruppierungen und Konfessionen (z. B. Schiiten), die nicht den Glaubensvorstellungen der Salafisten folgen.

Sowohl politische wie auch jihadistische Salafisten verfolgen im Ergebnis dieselben Ziele und stützen sich auf die gleiche Ideologie.

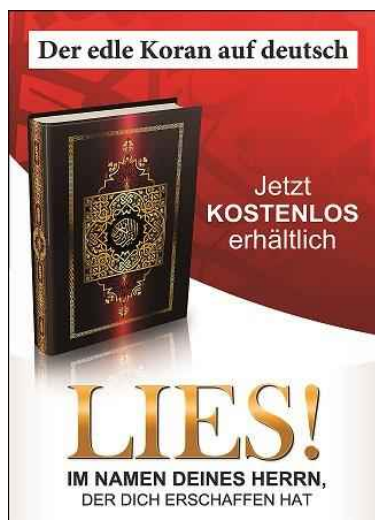
2.3.3 Charakteristika und besondere Merkmale „Salafistischer Bestrebungen“

Salafistische Bestrebungen sind durch flache Hierarchien gekennzeichnet. Auch formale Strukturen, wie sie beispielsweise legalistische Organisationen oder Vereinigungen aufweisen, sind nur selten erkennbar. Die Kontakte zwischen den Anhängern ergeben sich häufig über das Internet. Durch einen intensiv gelebten Umgang mit-

nander entstehen schnell zum Teil tatsächlich belastbare Freundschaften zwischen Salafisten oder enge Lehrer-Schüler-Bindungen. Hierfür ist ein weiteres Spezifikum des Salafismus ausschlaggebend: die sogenannten Wanderprediger. Es gibt in Deutschland eine große Zahl dieser oft selbsternannten salafistischen Prediger, die nicht zwangsläufig über eine religiöse Ausbildung verfügen, aber etwa durch ein Selbststudium religiöses Wissen erworben zu haben behaupten. Sie zeichnen ihre Predigten zu Alltagsthemen in der Regel als Video- oder Audiobotschaften auf und stellen sie über soziale Netzwerke oder Videoplattformen ihren Anhängern zur Verfügung. Ebenso besuchen sie Moscheen oder Gebetsräume und halten dort Vorträge. Die von salafistischen Predigern im Internet verfügbaren Propagandavideos weisen häufig eine erstaunlich gute technische Qualität auf und zeichnen sich regelmäßig durch eine professionelle Machart aus.

Hieran wird ein weiterer Aspekt deutlich. Salafisten nutzen intensiv moderne Informationstechnik und soziale Netzwerke im Internet. Hierüber werden Kontakte geknüpft und ausgebaut. Auch der Ideologietransfer findet auf diesem Weg statt. Dabei nutzen Salafisten vielfältige Formen der Informationsvermittlung. So verwenden sie für den Austausch ihrer Ideologie-Inhalte eine Vielzahl gestalterischer Möglichkeiten: Sie benutzen z. B. Grafiken und Audiodateien ebenso oft wie Bilder und Videos.

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Charakteristikum des Salafismus festzustellen, das so in kaum einer anderen islamistischen Strömung zu finden ist: eine intensive Missionierungstätigkeit von Nichtmuslimen. Überregionale Salafisten-Netzwerke und die vielfältige Betätigung im Internet werden in großem Umfang dazu genutzt, möglichst viele neue Anhänger zu werben. Die wohl deutschlandweit bekannteste dieser im Arabischen „dawa“ genannten Aktionsformen ist die kostenlose Koranverteilung im Rahmen des sogenannten „LIES!“-Projektes, das im Jahr 2011 von Mitgliedern des salafistischen Netzwerkes „Die Wahre Religion“ ins Leben gerufen und auch in Schleswig-Holstein durchgeführt worden ist.



Flyer des „LIES!“-Projektes

Darüber hinaus hat sich sowohl im Bereich der Missionierungstätigkeit als auch in der Aufbereitung der ideologischen Inhalte der Trend zunehmend dahin entwickelt, eine jugendgerechte Wort- und Bildsprache zu finden. Dies spiegelt sich unter anderem in den Themen der Vorträge, in der Wortwahl der Protagonisten aber auch in der Art der Präsentation wieder. Diese ist professionell, grafisch gut gestaltet und greift aktuelle mediale Konsumgewohnheiten der hiesigen Jugendkultur in unterschiedlicher Form auf. Damit wird auch die Zielgruppe von Salafisten deutlich: Sie wenden sich vornehmlich an Jugendliche und junge Erwachsene. Salafisten sind damit nicht nur aufgrund der vor allem jüngere Menschen ansprechenden Aufbereitung und guten strukturellen Vernetzung erfolgreich. So sorgen auch inhaltliche Aspekte, wie insbesondere die Rückbesinnung auf die vermeintlich „reine und unverfälschte“ Ursprungsform des Islam sowie die Orientierung an den ersten Generationen der Muslime (siehe V 2.3.1), u. a. wegen ihren verbindlichen und klaren Regelungen für eine hohe Attraktivität bei dieser zum Teil auf der Sinnsuche ausgerichteten Zielgruppe. Salafisten bieten vor allem ein einfaches dualistisches Weltbild, das klar strukturiert ist. Darin gibt es nur noch ein „Richtig oder Falsch“, ein „Gut oder Böse“ sowie ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken. Weiterhin entwickelt sich hieraus ein Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Muslimen und vor allem gegenüber Nichtmuslimen. Auf diese Weise lassen sich auch komplizierte Fragestellungen – häufig genug unzulässig – vereinfachen und im Sinne der salafistischen Ideologie beantworten. Gerade Orientierung suchende Einsteiger unter den Anhängern des Salafismus empfinden dies als wohltuend und geraten so schnell in eine intellektuelle Abhängigkeit

von der Ideologie und ihren Protagonisten. Ebenso schnell entstehen auf diese Weise zum Teil nur schwer umkehrbare Feindbilder, zu denen neben diffusen Vorstellungen eines „ungläubigen Westens“ auch antisemitische und antiisraelische Positionen gehören.

Es liegt auf der Hand, dass diese Charakteristika gerade Orientierung suchenden Jugendlichen nicht nur einen leichten Einstieg ermöglichen, sondern auch Radikalisierungsprozesse befördern können.

2.4 Jihadismus

Der arabische Begriff „Jihad“ wird im religiösen Sinne mit „Anstrengung“ übersetzt und bezeichnet dabei zwei verschiedene Konzepte. Der sogenannte „große Jihad“ bezeichnet die Anstrengung, die jeder Muslim aufwenden sollte, um ein besserer Gläubiger zu werden. Das zweite Konzept, der „kleine Jihad“, ist ein nach komplexen Bestimmungen gestaltetes System, das es den Gläubigen erlaubt, sich im Falle eines Angriffs von außen nach vorgegeben Regeln zu wehren.

Jihadisten missbrauchen das Konzept des „kleinen Jihads“ und interpretieren es in ihrem Sinne. Ihrer Meinung nach versucht der „ungläubige Westen“ den Islam zu zerstören. Nach Auffassung von Jihadisten befinden sich daher alle Muslime in einem Verteidigungszustand, im Rahmen dessen alle erdenklichen Mittel zulässig sind. So werden neben dem bewaffneten Verteidigungskampf auch Terrorakte, wie Anschläge gegen die Zivilbevölkerung, Geiselnahmen und Selbstmordattentate legitimiert. Diese Vorstellungen lassen sich nach herrschender Meinung aus den einschlägigen religiösen Regelungen jedoch nicht herleiten.

Mit Entstehen der Terrororganisation IS wurde außerdem ein weiteres Element in der jihadistischen Ideologie wahrnehmbarer: die Endzeiterwartung. Die Kämpfer des IS sehen sich selbst als Teil einer Gruppierung, die im Endkampf gegen das Böse einem „göttlichen Auftrag“ folgt. Dieser Gedanke soll dabei besonders motivierend auf mögliche – vor allem jugendliche – Rekruten wirken. Viele Jihadisten sehen diesen umgangssprachlich so bezeichneten „Heiligen Krieg“ dabei nicht auf eine bestimmte Region beschränkt. Vielmehr handele es sich um einen weltweiten Konflikt, der auch in Europa und Deutschland geführt werden kann.

Daher stellt der Jihadismus nach wie vor die größte Bedrohung für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Neben den Reisebewegungen von Jihadis-

ten in Richtung Syrien oder dem Irak sowie von Jihad-Rückkehrern nach Deutschland stellen aktuell vor allem mögliche Anschlagspannungen international agierender jihadistischer Organisationen in Deutschland eine besondere Gefahr dar.

3 Islamistische Radikalisierung

Welche Motive und Umstände führen dazu, dass sich Personen gewalttätigen, islamistischen Gruppierungen anschließen und selbst Gewalttaten verüben? Die Merkmale islamistischer Radikalisierung unterscheiden sich nicht so sehr von denjenigen, die aus anderen Phänomenbereichen bekannt sind. Auch eine islamistische Radikalisierung verläuft nicht nach einem festgelegten Schema, und es gibt keinen universell gültigen Radikalisierungsverlauf. Jedoch sind regelmäßig wiederkehrende Phasen, die bei der Radikalisierung durchlaufen werden, erkennbar. Diese können jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt sein. In der Regel beginnt die Radikalisierungsphase mit einer Lebenssituation, die die oder der Betroffene als krisenhaft erfährt. Kommt sie oder er in einer solchen Phase in Kontakt mit Islamisten, kann dies zu einer starken Ablehnung des bestehenden Werte- und Normengefüges führen, das nicht in der Lage gewesen ist, der oder dem Betroffenen in der konkreten Krisensituation Halt oder Schutz zu bieten. Fortgesetzt wird der Radikalisierungsprozess mit der Übernahme von ideologischen Vorgaben durch die oder den Betroffenen, die insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene eine enorme Anziehungskraft entfalten.

3.1 Modell eines Radikalisierungsprozesses

Für einen „vollendeten“ Radikalisierungsprozess ist das Zusammenwirken mehrerer Faktoren entscheidend. Dazu zählen vor allem persönliche Lebensumstände, wie beispielsweise der Verlust naher Angehöriger, die Trennung von einem Partner oder eine schwere Krankheit. Ebenso zählen dazu weitere Lebenskrisen, wie zum Beispiel das Versagen in Schule und Beruf. Gleichwohl bedarf es für den Beginn einer Radikalisierung zunächst einer grundsätzlichen Bereitschaft, sich auf eine Beschäftigung mit der islamistischen Ideologie einzulassen.

Daneben kann auch ein zufälliger Anschluss an eine Gruppe von gleichaltrigen Islamisten zu unerwünschten gruppendynamischen Prozessen führen. Daraus können

sich erste Berührungspunkte mit der islamistischen Ideologie ergeben und den Radikalisierungsprozess einleiten. Diese Ideologie kann für den Betroffenen oder die Betroffene eines Radikalisierungsprozesses vorerst im Hintergrund bleiben. Islamisten bieten zunächst mit einfachen Vorgaben Halt und die Zuwendung einer nach außen abgeschlossenen Gruppe. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind das Erleben der Gruppe als hierarchiearmem Raum, in dem Unterschiede wie Herkunft, Bildungsstand oder berufliche Chancen ihre Bedeutung verlieren. Die islamistische Ideologie manifestiert sich dabei häufig zunächst „nur“ im gelebten Miteinander.

Als augenfälliges Beispiel gilt hier der Salafismus. Anscheinend gelingt es Salafisten, unterschiedliche Bedürfnisse und Sehnsüchte gleichermaßen zu befriedigen. Sie legen meist keinen Wert auf die ethnische oder soziale Herkunft neuer Anhänger. Wichtig für Salafisten ist vielmehr eine größtmögliche Hinwendung zu den Regeln der Gruppe, denen sich der oder die Betroffene bedingungslos unterordnen muss. So verlangen beispielsweise salafistische Radikalisierungspersonen häufig, dass Betroffene den Kontakt zu Freunden und Familienangehörigen abbrechen, wenn diese die neuen Regelungen ablehnen.

Neben religiösen Faktoren sind auch soziale Faktoren für die islamistische Radikalisierung maßgebend. So versuchen Islamisten ihre Anhänger mit sozialen Bindungen und einem Gefühl der Zusammengehörigkeit sowie sozialen und moralischen Vorstellungen an die Gruppe zu binden. Im nächsten Schritt findet eine tiefere Integration in die Szene sowie eine Heranführung an den Kernbereich gewaltorientierter Argumentationsmuster statt. Vor allem werden nunmehr Feindbilder platziert.

Die nun folgenden Radikalisierungsschritte sind so tiefgreifend, dass sie den Weg zurück in die Gesellschaft erheblich erschweren. Die Betroffenen haben die neue Ideologie jetzt nicht mehr nur verinnerlicht, sie beginnen auch damit, sie nach außen wahrnehmbar zu äußern. Zu beobachten sind jetzt zum Beispiel Postings von Verlautbarungen mit extremistischen Inhalten im Internet. Jetzt ist auch der Zeitpunkt gekommen, in der die Bezüge zum persönlichen Umfeld erkennbar krisenhaft sind oder werden. Die Beziehungen zu bisherigen Freunden nehmen ab, Eltern oder Geschwister werden wegen Verhaltensweisen, die nicht ins Muster ihrer ideologischen Vorgaben passen, kritisiert oder ganz gemieden.

Allmählich wird auch die Bereitschaft der Betroffenen sichtbar, über die reine ideologische Agitation hinaus aktiv zu werden. Immer mehr machen sich die Betroffenen zum Beispiel darüber Gedanken, ob die Beteiligung am bewaffneten Kampf für sie in Frage kommt. Der Höhepunkt der Radikalisierung ist die generelle Bereitschaft zum bewaffneten Kampf und häufig daran anknüpfend der Wunsch, am Jihad teilzunehmen.

3.2 Gemeinsamkeiten von Islamisten

Die Hinwendung zum Islamismus kann unterschiedlich erfolgen und verschiedene Ursachen haben. Dabei vollziehen sich Radikalisierungsverläufe in der Praxis individuell und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Manche dauern Monate und Jahre, andere sind schon nach wenigen Wochen abgeschlossen. Die Sicherheitsbehörden haben jedoch aus ihrer täglichen Arbeit sowie aus der Extremismusforschung wichtige Erkenntnisse zu Radikalisierungsverläufen gewinnen können. Das zeigt auch die im Jahr 2015 veröffentlichte Fortsetzungsstudie der Analyse zu den Radikalisierungshintergründen und -verläufen von Personen aus Deutschland, die mit islamistischer Motivation in Richtung Syrien oder dem Irak gereist sind. Für die Studie wurden bundesweit ca. 700 Personen untersucht. Sie zeigt, welche Faktoren Einfluss auf eine Radikalisierung haben können. Auch die Sicherheitsbehörden Schleswig-Holsteins haben sich an dieser empirischen Erhebung beteiligt.

Die Auswertung der vorliegenden Erkenntnisse bestätigt das Ergebnis der Ausgangsstudie, wonach sich bestimmte Gemeinsamkeiten beobachten lassen. Grundsätzlich konnte festgestellt werden, dass mehr Männer als Frauen in der islamistischen Szene aktiv sind. Allerdings hat der Anteil der Frauen in der Szene deutlich zugenommen. Zudem lässt sich beobachten, dass Islamisten immer jünger und schneller radikalisiert werden. Meist beginnt dabei die Radikalisierung in der salafistischen Szene. Hier spielen Freunde, Bekannte, extremistische Prediger, Moscheen und das Internet eine wichtige Rolle. Dennoch spielt zu Beginn der Radikalisierung in 30 % der Fälle auch das Internet eine Rolle. Das ist darauf zurückzuführen, dass Islamisten in den letzten Jahren erfolgreich das Internet für ihre Zwecke als Propaganda- und Kommunikationsmedium genutzt haben. So sind in den vergangenen Jahren deutschsprachige Webseiten mit islamistischen Inhalten immer zahlreicher gewor-

den. Immer mehr islamistische Vereine verfügen über sogenannte „dawa“-Seiten (arab. für Missionierung) und versuchen so ihre Zielgruppe anzusprechen. Auch immer mehr Einzelpersonen richten eigene Internetseiten ein, die sie wiederum untereinander verlinken. Hauptzielgruppe dieser Internetseiten sind interessierte Jugendliche oder Konvertiten. Meist werben die Betreiber dieser Internetseiten damit, „authentische“ Informationen über „den einzig wahren Islam“ bereitzustellen. Häufig haben die Nutzer islamistischer Internetangebote den Eindruck, einer vitalen und global vernetzten Gemeinschaft anzugehören. Nicht zuletzt dieses Gefühl führt zu einer größeren Empfänglichkeit für salafistische Ideologisierungsversuche.

Nicht alle Angehörigen der Zielgruppen können durch Internetpropaganda erreicht werden. Hier ist der persönliche Kontakt in die islamistische Szene ausschlaggebend. Dieser kann über „Islam-Infostände“, und Großveranstaltungen sowie mehrtägige „Islamseminare“ erfolgen, die eine hohe Anziehungskraft vor allem auf junge Menschen ausüben. Durch solche Veranstaltungen werden Kontakte untereinander aufrechterhalten oder weiter ausgebaut. So bleiben vor allem Salafisten immer mehr unter sich und vollziehen auf diese Weise die Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft, die am Ende in deren vollständiger Ablehnung gipfelt.

Generelle Aussagen über Gemeinsamkeiten islamistischer Personenprofile zu treffen, bleibt dennoch nach wie vor schwierig. Radikalisierungsrelevante Einflussfaktoren wie beispielsweise das Internet sowie der persönliche Kontakt in die islamistische Szene können als wichtige Indikatoren betrachtet werden. Grund zur Aufmerksamkeit geben in diesem Zusammenhang ebenfalls die Aktivitäten von Frauen in islamistischen Strukturen.

3.3 Frauen als Ziel islamistischer Propaganda

Die Verbreitung von islamistischer Propaganda im Internet, meist in sozialen Netzwerken, sowie der Aufbau von frauenspezifischen islamistischen Netzwerkstrukturen, sind Beispiele für die spezifische Beteiligung von Frauen. Im Berichtsjahr unternahmen immer mehr, vor allem junge, Frauen den Versuch, nach Syrien auszureisen. Viele davon wollen augenscheinlich den IS dabei unterstützen, ein Kalifat zu errichten. Die Fortschreibung einer Studie deutscher Sicherheitsbehörden zu jihadistisch motivierten Ausreisen stellt hierzu fest, dass etwa ein Fünftel der aus Deutschland

ausgereisten Personen Frauen sind. Mehr als die Hälfte dieser Frauen waren bei ihrer Ausreise jünger als 25 Jahre. Unter ihnen finden sich auch Minderjährige. Somit rekrutiert der IS auch in Deutschland nicht nur Männer. Auch Frauen zeigen eine Bereitschaft, sich der Terrororganisation anzuschließen.

Die Motive für ihre Ausreisen sind vielfältig. So besteht auch bei vielen Islamistinnen der Wunsch, ein Leben nach salafistischen Grundsätzen zu führen. Dazu reisen einige Frauen mit ihrem Ehemann gemeinsam aus. Andere möchten gezielt die Ehe mit einem IS-Kämpfer eingehen. Immer wieder macht die IS-Propaganda deutlich, dass auch Frauen der Pflicht zur „Auswanderung“ in das durch die Terrororganisation kontrollierte Gebiet nachkommen müssten. Auch ohne männliche Begleitung sei diese „Auswanderung“ eine Pflicht für die Muslimin, wird in einer IS-Propagandazeitschrift im Internet behauptet.

4 Islamistischer Terrorismus

4.1 Aktuelle internationale Entwicklungen

Die europäischen Staaten stehen nach wie vor im erklärten Zielspektrum internationaler islamistischer Terrororganisationen. Gründe dafür sind unverändert die Teilnahme dieser Staaten am Kampf gegen islamistische Terrorgruppen und eine kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Zielen salafistischer Bestrebungen im In- und Ausland.

Wenn auch in den Vorjahren das vornehmliche Ziel islamistischer Anschläge vor allem muslimisch geprägte Länder des Nahen Ostens, insbesondere Syrien und der Irak waren, so wurden im Berichtsjahr ebenfalls europäische Staaten durch islamistische Attentate erschüttert.

Diese Serie begann bereits mit dem Anschlag auf das jüdische Museum am 24. Mai 2014 in Brüssel, bei dem vier Menschen von einem aus Syrien zurückgekehrten Jihadisten getötet wurden.

Danach erfolgte ein Anschlag auf die Redaktion des französischen Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris, bei dem zwei maskierte Täter in die Redaktionsräume der Zeitschrift eindrangen und elf Menschen töteten. Bei den Attentätern handelte es sich um französische Staatsangehörige mit algerischer Abstammung. Eine Woche nach dem Anschlag bekannte sich die Terrorgruppe „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ zu der Tat. Die Ermordung der Redaktion sei demnach die Vergeltung für die Beleidigung des Propheten Mohammed. Das Blatt hatte ihn zuvor in Karikaturen abgebildet und damit nach Auffassung vieler Salafisten gegen das Darstellungsverbot des Propheten verstoßen.

Kurze Zeit später ereigneten sich am 14. und 15. Februar 2015 zwei Anschläge in Kopenhagen. Ziel waren ein Kulturzentrum, in dem zum Tatzeitpunkt eine Veranstaltung zum Thema Meinungsfreiheit stattfand, bei der u. a. ein Zeichner der sog. Mohammed-Karikaturen teilnahm, und eine Synagoge. Insgesamt kamen bei beiden Anschlägen zwei Personen ums Leben. Insbesondere aufgrund der Zielauswahl ge-

hen die dänischen Sicherheitsbehörden von einem islamistischen Motiv hinter den Anschlägen aus.

Am 21. August 2015 kam es in einem Thalys-Hochgeschwindigkeitszug auf der Fahrt von Amsterdam nach Paris im belgisch-französischen Grenzgebiet zu einem Anschlag, bei dem ein marokkanischer Attentäter das Feuer mit einem Schnellfeuergewehr auf die Fahrgäste eröffnete. Er wurde dabei von mehreren Passagieren überwältigt. Auch wenn die Hintergründe der Tat bisher nicht vollständig aufgeklärt werden konnten, ist eine islamistische Motivation des Anschlags nicht auszuschließen.

Das folgenschwerste Tatgeschehen in dieser Reihe ereignete sich am 13. November 2015 wiederum in Paris. Dabei kam es zu Anschlägen auf das Fußballstadion „Stade de France“, die Konzerthalle „La Bataclan“ sowie mehrere Cafés und Restaurants entlang von Hauptverkehrsstraßen der Stadt. Nach derzeitigem Erkenntnisstand forderte die Anschlagsserie mindestens 137 Tote und mehr als 350 Verletzte.

Der IS hat sich in einer schriftlichen Erklärung zu den Anschlägen bekannt und begründet die Anschläge damit, dass Frankreich angeblich den Propheten Mohammed beleidigt habe und sich an den Luftangriffen gegen den IS beteilige.

Diese Anschläge mögen zwar zunächst Frankreich gegolten haben, aber auch deutsche Interessen sind Ziel islamistisch motivierter Terrorakte. So befanden sich unter den Todesopfern auch zwei deutsche Staatsangehörige. Zudem fand in dem angegriffenen Fußballstadion ein Freundschaftsspiel zwischen der französischen und deutschen Nationalmannschaft statt. Im Nachgang zu den Anschlägen bekannte sich der IS im Internet zu der Attentatsserie. Hervorzuheben ist, dass es sich bei diesen Anschlägen um die ersten durch den IS initiierten Anschläge in Westeuropa gehandelt hat.

Die Anschlagsserie reiht sich grundsätzlich im Hinblick auf die ausgewählten Ziele, wie auch im Hinblick auf die in den vom IS verbreiteten Anschlagsbekennungen genannten Begründungszusammenhänge, in die bisherige Strategie der Terrororganisation ein. Es wurden sogenannte klassische „weiche Ziele“ angegriffen, die in besonderer Weise geeignet sind, die Bevölkerung zu terrorisieren und zu verunsichern. Ein weiteres Novum für Westeuropa war der Einsatz von mobilen Anschlags-Teams,

die im sogenannten „Mumbai-Stil“ mehrere Ziele zunächst mit Schusswaffen und in der finalen Phase durch Zündung ihrer Sprengstoffwesten als Selbstmordattentäter angriffen. Unter „Mumbai-Stil“ verstehen die Sicherheitsbehörden ein taktisches Vorgehen, nämlich den Angriff mit automatischen Waffen und Granaten auf mehrere „weiche Ziele“, wie große Menschenansammlungen in Hotels oder Restaurants. Diese Vorgehensweise wurde insbesondere bei den Anschlägen zwischen dem 27. und 29. November 2008 von einer Gruppe von islamistischen Terroristen aus Pakistan in der indischen Stadt Mumbai angewandt. Dabei wurden mindestens 174 Menschen getötet und 239 verletzt.

Als mutmaßlicher Drahtzieher der Anschläge konnte ein belgischer Staatsbürger arabischer Abstammung identifiziert werden, der sich in der Vergangenheit unter anderem beim IS in Syrien aufgehalten haben soll. Ihm wird ebenfalls eine Beteiligung an weiteren zuvor geplanten Anschlägen zugeschrieben. Insbesondere soll er die am 15. Januar 2015 durch einen Anti-Terror-Einsatz in der belgischen Stadt Verviers vereitelten Anschläge auf Polizeieinrichtungen in Belgien geplant haben. Im Zuge eines groß angelegten Polizeieinsatzes am 18. November 2015 in Paris ist er ums Leben gekommen.

Im Verlauf der Ermittlungen nach den Anschlägen kam es in Belgien, insbesondere in Brüssel, zu mehreren Durchsuchungsaktionen und Festnahmen von Verdächtigen. Dabei erhöhten die belgischen Behörden zeitweise für die Hauptstadtregion Brüssel die Terrorwarnstufe auf den höchsten Wert, da zum einen die Durchführung eines Anschlages befürchtet wurde, und zum anderen angenommen wurde, dass sich flüchtige Tatverdächtige der Anschläge von Paris in Brüssel aufhalten könnten.

Diese jihadistischen Terroranschläge gegen europäische Staaten unterstreichen die seit Längerem von den Sicherheitsbehörden vorgenommene Gefährdungsbewertung: Demnach geht die größte Gefahr für die Staatengemeinschaft von autonom handelnden jihadistischen Einzeltätern oder Kleinstgruppen, mit tatsächlicher oder auch nur ideologischer Anbindung an eine islamistische bzw. jihadistische Terrororganisation aus.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Sicherheitslage in Syrien und dem Irak für

Europa weiterhin mit bestimmend ist. Insbesondere dem dort etablierten IS kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Spätestens seit der Ausrufung eines „Kalifats“ im Juli 2014 und damit einer quasistaatlichen Verwaltung von Teilen Syriens und des Iraks hat die Anziehungskraft auf Jihadisten aus westlichen Staaten noch zugenommen.

Dies unterstreicht der IS ebenfalls mit der Internationalisierung seines terroristischen Operationsgebiets. So erfolgten im Berichtszeitraum neben den oben bereits geschilderten Anschlägen in Europa unter anderem folgende Anschläge des IS außerhalb Syriens und des Iraks:

- Bei einem Anschlag in der türkischen Stadt Suruç in der Nähe der syrischen Grenze kam es am 20. Juli 2015 zu einem Selbstmordattentat, bei dem 34 hauptsächlich junge Menschen starben und mindestens 76 teils schwer verletzt wurden. Die türkischen Behörden gehen von einer Urheberschaft des IS aus.
- In der türkischen Hauptstadt Ankara wurden am 10. Oktober 2015 zwei Selbstmordattentate verübt. Bei dem schwersten Terroranschlag in der Geschichte der Türkei starben über 100 Menschen und mehr als 500 wurden verletzt. Auch für diesen Anschlag soll der IS verantwortlich sein.
- Am 31. Oktober 2015 stürzte ein russisches Passagierflugzeug beim Flug vom ägyptischen Sharm el-Sheikh nach Sankt Petersburg auf der Sinai-Halbinsel ab. Dabei kamen 224 Menschen ums Leben. Aufgrund der an Wrackteilen aufgefundenen mutmaßlichen Sprengstoffspuren wird der Flugzeugabsturz von den russischen Behörden als ein durch einen Sprengsatz verursachter Terroranschlag gewertet. Die Terrorgruppe IS hat sich kurz nach dem Absturz zu dem Anschlag bekannt.

Dem IS ist es gelungen, sich als derzeit operativ stärkste islamistische Terrororganisation zu etablieren. Damit hat dieser unter anderem auch die ideologische Meinungsführerschaft in Fragen des Jihadismus übernommen und insoweit das bisher weltweit maßgebliche Terror-Netzwerk „al-Qaida“ verdrängt. Dies führt zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des IS unter den weltweiten Anhängern des Jihadismus, woraus wiederum der fortdauernde Zustrom von internationalen jihadistischen Kämpfern zum IS resultiert.

Diese Konkurrenzsituation zum IS bringt „al-Qaida“ und seine Regionalorganisationen in eine defensive Rolle. Unter anderem deshalb ist davon auszugehen, dass auch „al-Qaida“ und seine regionalen Ableger weiterhin bestrebt sein werden, herausragende Anschläge in westlichen Staaten oder gegen deren Interessen zu realisieren.

In diesem Kontext dürften auch die jüngsten Anschläge in nordafrikanischen Staaten zu sehen sein. Zuletzt kam es zu einem Anschlag der „al-Qaida“-Regionalgruppe „al-Qaida im islamischen Maghreb“ am 15. Januar 2016 in der Hauptstadt von Burkina Faso. Die Terroristen haben bei westlichen Ausländern beliebte Anschlagssziele ausgewählt und bei dem Anschlag 28 Menschen getötet. Einer der Angreifer soll nach Medienberichten in einem Telefongespräch während des Attentats den Anschlag dem „al-Qaida“-Führer Aiman al-Zawahiri und den Kämpfern in Syrien und dem Irak gewidmet haben. Diese Anknüpfung an al-Zawahiri und den Syrienkonflikt kann als Signal der Stärke des Terrornetzwerkes, insbesondere auch in Richtung des IS und dessen Sympathisanten, verstanden werden.

4.2 Entwicklungen in Deutschland

Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein befinden sich wie in den Vorjahren, insbesondere aufgrund der Unterstützung des weltweiten Anti-Terrorkampfes, unverändert im Zielspektrum des internationalen islamistischen Terrorismus.

Eine besondere Gefahr geht dabei insbesondere von Rückkehrern von den jihadistischen Kriegsschauplätzen, von möglicherweise getarnt nach Deutschland einreisenden Jihadisten sowie von selbstradikalisierten Sympathisanten und Anhängern von Terrororganisationen aus.

Auch wenn es in Deutschland im Berichtszeitraum nicht zu einem islamistisch motivierten Anschlag gekommen ist, wurden durch die Anschläge von Paris am 13. November 2015 sowie zuletzt durch einen Selbstmordanschlag in Istanbul am 12. Januar 2016, dem zwölf deutsche Angehörige einer Reisegruppe zum Opfer gefallen sind, insgesamt mindestens 14 deutsche Staatsangehörige bei entsprechen-

den Terroranschlägen getötet. Bürgerinnen und Bürger aus Schleswig-Holstein befanden sich nicht unter diesen Opfern.

Aber auch in Deutschland sind Anschläge wie die von Paris am 13. November 2015 denkbar. Auch die Bundesrepublik zählt zu einer Wertegemeinschaft, die den Vorstellungen des IS entgegensteht. Außerdem beteiligt sich auch Deutschland nach dem Bundestagsbeschluss vom 4. Dezember 2015 mit Einheiten der Luftwaffe am bewaffneten Kampf gegen den IS. Insgesamt muss daher nach wie vor von einer hohen abstrakten Gefährdungslage ausgegangen werden. So führten den Sicherheitsbehörden vorliegende Anschlagshinweise mit islamistischem Hintergrund zur Absage eines Freundschaftsspiels der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen die Niederlande am 17. November 2015 in Hannover.

Diese Gefährdungslage äußert sich insbesondere in der Erwähnung Deutschlands in der einschlägigen IS-Propaganda, wie zum Beispiel bei dem unter anderem auch ins Deutsche übersetzten IS-Online-Magazin DABIQ und den verschiedenen – ebenfalls deutschsprachigen – Propaganda- und Drohvideos.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass am 5. August 2015 veröffentlichte ca. fünf Minuten lange offizielle Propaganda-Video des IS mit dem Titel „Der Tourismus dieser Ummah“. In diesem Video, das vor der Kulisse der Ruinen der antiken syrischen Stadt Palmyra aufgezeichnet wurde, ist unter anderem eine Hinrichtungsszene zu sehen. Das Video richtet sich an Adressaten im deutschsprachigen Raum. Die „Glaubensgeschwister“ in Deutschland und Österreich werden in der bereits bekannten martialischen Rhetorik dazu aufgerufen, in das Gebiet des IS „auszuwandern“ oder die „Ungläubigen“ in ihren Heimatländern zu bekämpfen. In dem Video wandte sich einer der Jihadisten in gewohnt aggressiver Pose direkt an die Bundeskanzlerin und drohte ihr mit Rache für das „vergossene Blut“ der Muslime.

Weiterhin wurde diese bestehende Terrorgefahr in Deutschland unlängst noch einmal durch einen groß angelegten Anti-Terror-Einsatz am 4. Februar 2016 unterstrichen. Dazu kam es in Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu umfangreichen polizeilichen Maßnahmen gegen vier mutmaßliche algerische IS-Anhänger, die im Verdacht stehen, ein Attentat in Deutschland oder im europäischen Ausland ge-

plant zu haben. Zu den konkreten Tatplanungen liegen der Verfassungsschutzbehörde keine Informationen vor.

4.2.1 Gefahr durch nach Deutschland und Europa zurückkehrende Jihadisten

Die Anschlagsserie von Paris hat gezeigt, dass der IS in der Lage ist, Attentate mit hohen Opferzahlen in Europa durchzuführen. Dies ist vor allem deshalb für Deutschland von Bedeutung, da eine hohe Anzahl von Personen des hiesigen islamistisch-jihadistischen Spektrums mit einer jihadistischen Motivation nach Syrien oder dem Irak ausgereist ist (siehe V 4.3). Bei diesen Personen ist einzukalkulieren, dass diese für vergleichbare Terroroperationen in Europa – also auch in Deutschland – ausgebildet wurden oder noch werden.

Dementsprechend geht von ebensolchen ausgebildeten und radikalisierten Personen oder solchen, die in Syrien, im Irak oder auch in den übrigen weltweiten sogenannten Jihadschauplätzen an Kampfhandlungen teilgenommen haben und nach Deutschland zurückkehren, unverändert eine besondere Gefährdung aus.

Diese Personen werden deshalb von den Sicherheitsbehörden in besonderer Weise bearbeitet. So stimmen sich in Schleswig-Holstein die Verfassungsschutzbehörde und das Landeskriminalamt, ggf. unter Einbeziehung der Bundessicherheitsbehörden, über die jeweils von den Rückkehrern ausgehende Gefährdung und die insoweit zu treffenden Maßnahmen ab.

Dabei ist es allerdings nicht zwingend notwendig, dass es sich um Deutsche oder aus Deutschland stammende Jihadisten handelt. Auch Personen aus den europäischen Nachbarstaaten könnten vom IS für gezielte Anschläge in Deutschland eingesetzt werden.

4.2.2 Gefahr durch getarnt einreisende Jihadisten

Außerdem liegen den Sicherheitsbehörden Hinweise darauf vor, dass sich Kämpfer islamistischer Terrororganisationen als Flüchtlinge tarnen und unter missbräuchlicher Ausnutzung der Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa gelangen könnten. So sind mehrere Attentäter der Anschläge von Paris am 13. November 2015 als Flüchtlinge getarnt nach Europa eingereist (siehe V 4.1).

Der Verfassungsschutzbehörde liegen in diesem Zusammenhang entsprechende

Hinweise zu rund zwei Dutzend Personen vor, die angeblich über Verbindungen zu terroristischen Gruppierungen wie dem IS verfügen sollen.

Die Mehrzahl der Hinweise ist dabei inhaltlich so wenig substantiiert, dass eine Verifizierung oder Falsifizierung bisher nicht mit Sicherheit möglich war. In einigen Fällen ist es wahrscheinlich, dass die Betroffenen gezielt diskreditiert werden sollten. In wenigen anderen Fällen konnten verifizierende Erkenntnisse erlangt werden, so dass weitere Aufklärungsmaßnahmen erforderlich sind.

4.2.3 Gefahr durch „homegrown terrorists“

Neben der Bedrohungslage durch organisationsgesteuerte Terroranschläge geht gleichfalls weiterhin von Sympathisanten und Anhängern des IS, aber auch von „al-Qaida“, eine besondere Gefahr aus. Diese können zwar durch die gemeinsame jihadistische Ideologie radikalisiert sein, aber ohne direkte Anbindung oder entsprechender direkter Führung einer Terrororganisation in der Lage sein, eigenständig Anschläge zu planen und umzusetzen. Ein Beispiel bildet der Anschlag auf US-amerikanische Soldaten am 2. März 2011 am Flughafen Frankfurt am Main. Dabei tötete der in Deutschland aufgewachsene Täter zwei US-amerikanische Militärangehörige. Dieses Attentat gilt als der erste in Deutschland vollendete islamistische Terroranschlag. Soweit sie sich im Inland ohne unmittelbare persönliche Anbindung an Akteure islamistischer Terrororganisationen radikalisiert haben, sprechen die Sicherheitsbehörden von „homegrown“ (engl. hausgemacht) Terroristen.

Ein Beispiel bildet ein im Berichtsjahr vom Landgericht Frankfurt am Main unter anderem wegen fahrlässigen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion verurteilter Mann. Dieser hatte im Jahr 2011 versucht, eine Sprengvorrichtung herzustellen und sich dabei selbst schwer verletzt. Bei seinem Vorhaben hat er sich auf das Propagandamagazin von „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ berufen und versucht, die dort empfohlene Taktik, nämlich mit einfachen Sprengvorrichtungen „weiche Ziele“ anzugreifen, umzusetzen.

Daneben wurden im Berichtsjahr auch Jihadisten wegen der Unterstützung des IS verurteilt. Am 24. Juni 2015 verurteilte das Düsseldorfer Oberlandesgericht zwei Jihadisten wegen finanzieller Unterstützung des IS. Sie wurden zu drei Jahren und

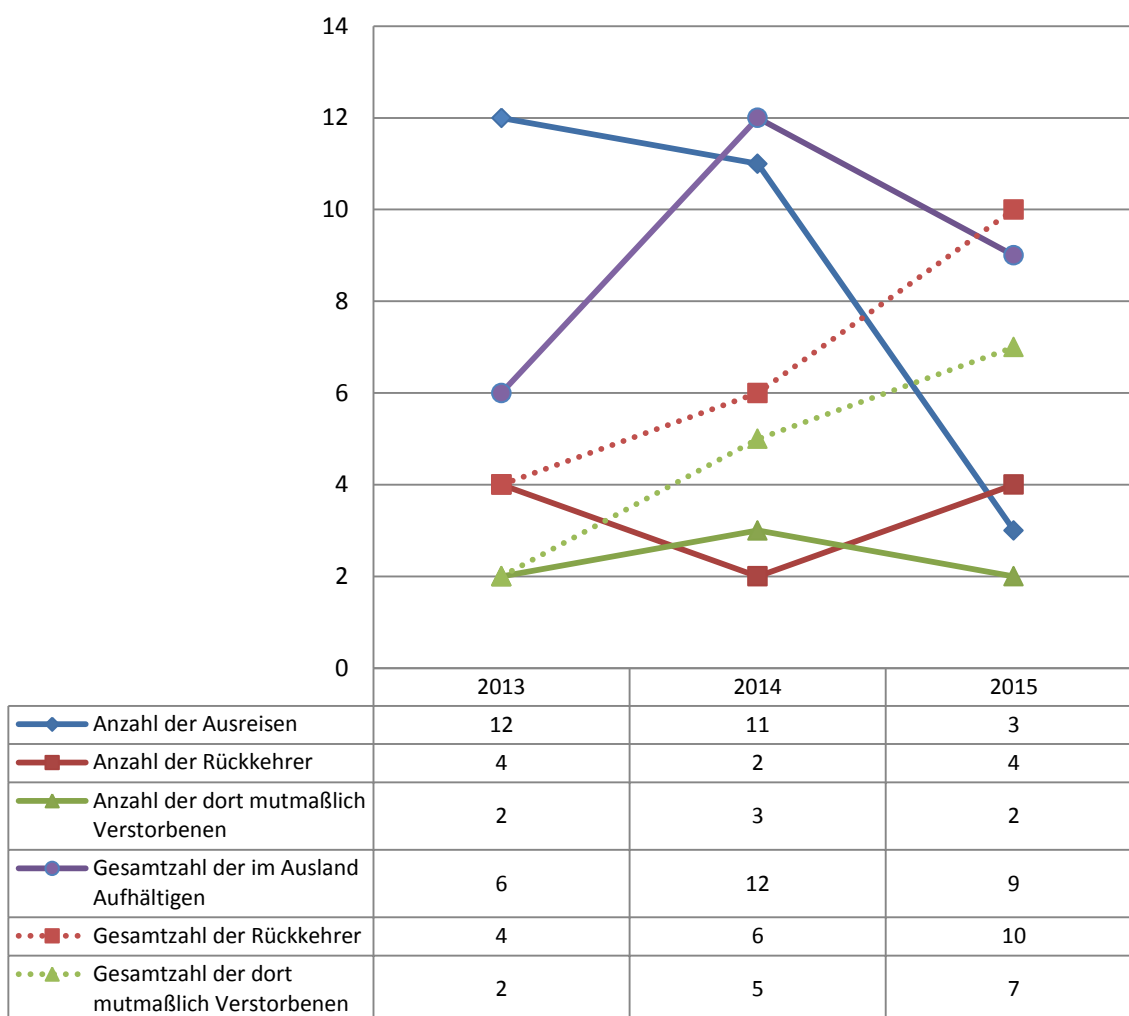
neun Monaten beziehungsweise zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Bei der Hauptangeklagten handelt es sich um eine nach islamischem Recht mit einem Mitglied des IS in Syrien verheiratete Islamistin. Von Deutschland aus tätigte sie Geldüberweisungen in einer Höhe von insgesamt ca. 5.100 € an ihren Ehemann in Syrien, um damit den IS zu unterstützen.

4.3 Reisebewegungen in das Kriegsgebiet Syrien/Irak

Bundesweit liegen derzeit Erkenntnisse zu mehr als 780 Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen.

Für Schleswig-Holstein liegen zurzeit Hinweise zu insgesamt 28 Personen vor, die in das syrisch-irakischen Bürgerkriegsgebiet ausgereist sind. Den Schwerpunkt bilden mit 26 Personen diejenigen, die auf Seiten des IS und anderer sunnitisch-terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilnehmen wollen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen planen. Nur zwei Personen sind ausgereist, um mutmaßlich auf Seiten schiitisch geprägter islamistischer Milizen gegen den IS zu kämpfen.

Übersicht der sunnitisch-terroristisch motivierten Ausreisen in den Jahren 2013 bis 2015



Von diesen 26 Personen halten sich nach hiesigen Informationen neun Personen weiterhin in Syrien oder dem Irak auf. Zehn Personen sind wieder zurückgekehrt. Bei keinem der Rückkehrer liegen gesicherte Erkenntnisse vor, dass er sich tatsächlich an Kampfhandlungen in Syrien beteiligt hat. Zu sieben Personen liegen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder dem Irak ums Leben gekommen sind. Auch hier ist nicht abschließend geklärt, ob dies im Zusammenhang mit Kampfhandlungen geschehen ist. Bisher liegen keine behördlichen Bestätigungen für die Todesfälle vor.

Im Berichtsjahr war erstmals eine deutliche Reduzierung der Ausreisen aus Schleswig-Holstein nach Syrien oder in den Irak, um den IS oder andere sunnitische Terrorgruppen zu unterstützen, zu verzeichnen (vgl. obige Grafik). Ob es sich hierbei

bereits um eine Trendwende handelt, bleibt abzuwarten.

Die Gründe hierfür dürften vielschichtig sein. Unter anderem gerät der IS in Syrien und im Irak weiter unter militärischen Druck. Dies dürfte auch potenziell Ausreisewilligen nicht verborgen geblieben sein. Hinzu kommt eine mediale Berichterstattung zu schlechter Ausstattung und Ausbildung der „Rekruten des IS“. Selbst die Grundversorgung mit z. B. Nahrungsmitteln und Wohnraum soll problematisch sein. Ergänzt wird dieses abschreckende Bild durch die Liquidierung von „Fahnenflüchtigen“ und „Abtrünnigen“ durch den IS, wenn internationale Jihadisten das Kriegsgebiet auf eigenen Wunsch wieder verlassen wollen.

Die Zahl der Rückkehrer hat auf einem niedrigen Niveau zugenommen.

Im Berichtsjahr sind mutmaßlich zwei Jihadisten aus Schleswig-Holstein im Krisengebiet ums Leben gekommen. Gesicherte Erkenntnisse hierzu liegen der Verfassungsschutzbehörde allerdings nicht vor.

4.4 Entstehung und Bedeutung des „Islamischen Staates“ (IS)

Der sogenannte IS ist eine jihadistische Terrororganisation, die ihren Ursprung im Irak hat und dort im Jahr 2003 entstand. Seit 2012 ist die Gruppierung, die sich damals noch „Islamischer Staat im Irak“ und dann später „Islamischer Staat im Irak und Großsyrien“ nannte, in Syrien und dem Irak aktiv und tritt seit 2013 offen als eine der wesentlichen Parteien im dortigen Konflikt in Erscheinung. Im selben Jahr gelang der Organisation auch erstmals die Eroberung eines zwar nicht fest umrissenen, in seinen Kerngebieten jedoch dauerhaft von ihr kontrollierten Territoriums. Anfang des Jahres 2014 konnte der IS seinen Einflussbereich weiter ausbauen und Teile des Iraks unter seine Kontrolle bringen.

Eine Besonderheit stellte Ende Juni desselben Jahres die Ausrufung des „Kalifats“ durch die Terrororganisation dar. Der Begriff leitet sich aus dem arabischen „khalifa“ ab und bedeutet in diesem Fall „Nachfolger des Propheten Mohammed“. Der Titel bezeichnet darüber hinaus den „Anführer der sunnitischen Gläubigen“. Auch der Kopf der Terrorgruppe, Abu Bakr al-Baghdadi, lässt sich als „Kalif“ bezeichnen. Er beansprucht damit eine Rolle, bei der er sich anmaßt, für alle Muslime auf der Welt zu sprechen und das „einzig wahre“ islamische Staatswesen etabliert zu haben. Am

12. September 2014 wurde die Gruppierung in Deutschland durch das Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt.

Im Berichtszeitraum haben sich diverse Regionalorganisationen des IS herausgebildet oder sich weiter etabliert. Zu den bekanntesten gehört hier der „Islamische Staat, Region Sinai“ auf der Sinai-Halbinsel. Er zeichnet nicht nur für schwere Anschläge in Ägypten verantwortlich, sondern der Gruppierung wird auch der Absturz einer russischen Passagiermaschine am 31. Oktober zur Last gelegt (siehe V 4.1). Daneben existieren Unterorganisationen in Libyen, Algerien und Nigeria. Auch in Afghanistan soll sich eine Splittergruppe der Terrororganisation herausgebildet haben.

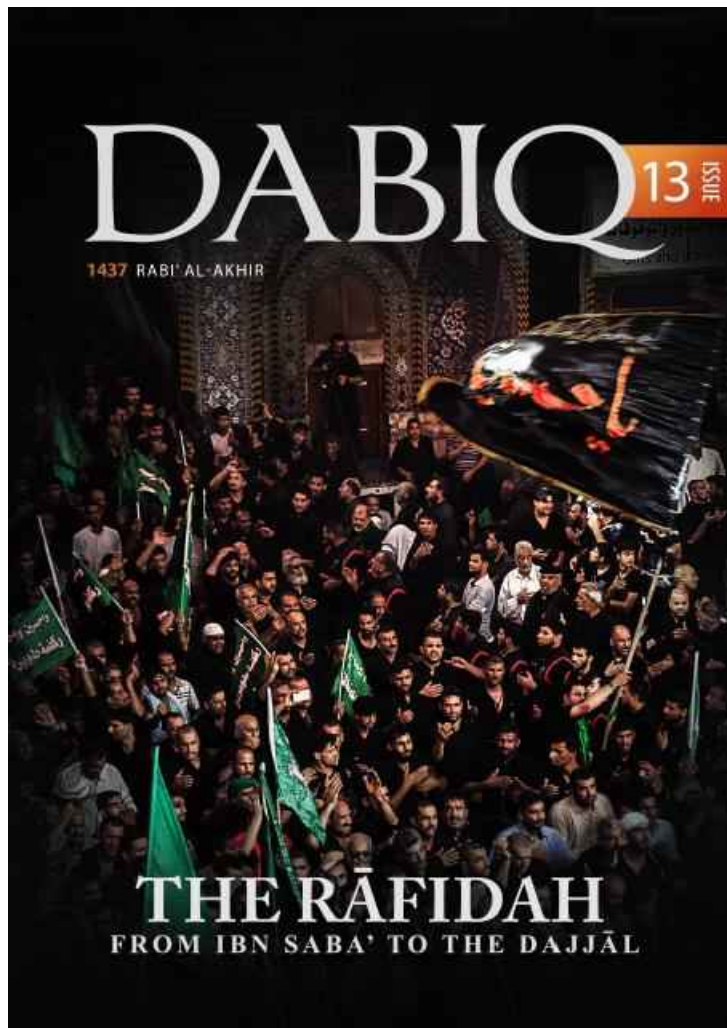
Grundsätzlich teilt die Gruppierung die ideologischen Fundamente jihadistischer Salafisten (siehe V 2.2): Ziel des IS ist die weltweite Ausbreitung ihres im Jahr 2014 geschaffenen „Kalifats“, in dem allein die Scharia, das islamische Recht nach den Vorstellungen der Jihadisten herrschen soll.

Um seine Ziele zu erreichen, setzt der IS auch gezielt terroristische Mittel ein. Dabei greift er auch auf Aktionen zurück, die sich deutlich gegen den Wortlaut von Koran und Prophetentraditionen wenden, wie etwa auf den Einsatz von Selbstmordattentätern oder die massenhafte Hinrichtung Andersgläubiger.

Im Unterschied zu anderen global-jihadistisch ausgerichteten Gruppierungen wie „al-Qaida“ (siehe V 4.3) gibt es außerdem ideologische Besonderheiten. Während beispielsweise für „al-Qaida“ das Kalifat erst nach einem erfolgreichen Kampf gegen „den Westen“ entstehen soll, ist es für den IS bereits Wirklichkeit. Die mit apokalyptischem Tenor beschworene „Entscheidungsschlacht“ soll nicht erst in einer entfernten Zukunft stattfinden, sie steht für die Terrororganisation „Islamischer Staat“ unmittelbar bevor und muss deshalb mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf zivile Opfer herbeigeführt werden. Daher geht der IS mit einer kaum gekannten Brutalität gegen seine Gegner vor. Dies schließt neben Anders- und „Ungläubigen“ – nach Diktion der Terrorgruppe – auch diejenigen Muslime im Herrschaftsraum der Organisation mit ein, die nicht bereit sind, sich dem IS zu unterwerfen. Hier wird deutlich, dass das Feindbild dieser Gruppierung nicht nur die stereotypen Gegner anderer islamistischer Gruppierungen nachzeichnet, sondern noch darüber hinausgeht und neben „dem Westen“ und Andersgläubigen letztlich jeden – unabhängig von Herkunft oder Glauben – bekämpft, der sich der Gruppierung in den Weg stellt. Besonders hervorgeho-

ben werden durch die Terrorgruppe dabei andere Konfessionen wie Schiiten oder die Religionsgemeinschaft der Jesiden.

Die Ideologie und die Brutalität transportiert der IS auch und vor allem in seinen Propagandaprodukten. Allein drei verschiedene englischsprachige Online-Magazine, darunter das zumindest für einige Ausgaben auch ins Deutsche übersetzte Magazin „DABIQ“, welches Ende des Jahres 2015 in seiner 13. Ausgabe erschienen ist, belegen dies.



Cover der 13. Ausgabe des Online-Magazins DABIQ

Der Name DABIQ weist auf einen Ort in Syrien hin, an dem laut Koran eine „Entscheidungsschlacht“ stattfinden soll. Weiterhin verfügt die Gruppierung mit dem „al-Hayat Media Center“ über eine eigene Medienstelle und wird darüber hinaus von zahlreichen Anhängern in der Medienarbeit unterstützt.



Logo der „al-Hayat“-Medienstelle

Die Veröffentlichungen enthalten neben pseudoreligiösen Begründungen für terroristische Akte auch Interviews mit ausländischen Kämpfern und immer wieder auch Fotos und ausführliche Berichte von Hinrichtungen, etwa angeblicher Spione, Diebe oder sonstiger als Feinde des IS bezeichneter Personen. Dabei macht der IS auch vor Frauen und Kindern als Opfer nicht halt. Deutlich werden die Terrorakte der Gruppierung in zahlreichen Videoverlautbarungen. (siehe V 4.4)



Screenshot der Hinrichtungsszene aus dem IS-Propagandavideo „Der Tourismus dieser Ummah“

Es ist nicht bekannt, dass die Terrororganisation über Strukturen in Deutschland verfügt. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass es in der jihadistischen Szene auch in Schleswig-Holstein Einzelpersonen gibt, die als Sympathisanten oder Anhänger der Gruppierung gelten dürften. Dass vor allem die Ideologie der Organisation eine Strahlkraft auch auf Deutschland und Schleswig-Holstein hat, zeigt die – allerdings im Berichtsjahr rückläufige – Zahl jihadistisch motivierter Ausreisen mit dem mutmaßlichen Ziel, sich der Terrorgruppe anzuschließen.

Am 4. Dezember beschloss der Deutsche Bundestag zudem, dass sich Deutschland militärisch am Kampf gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien beteiligen wird. Als direkt beteiligter Akteur im Konflikt muss zukünftig damit gerechnet werden, dass die Bundesrepublik und ihre Bürger im Ausland noch stärker Zielobjekt jihadistischer Propaganda werden. Weiterhin ist nicht auszuschließen, dass mit der Begründung der Beteiligung am Kampf gegen die Terrororganisation Anschläge auf dem Bundesgebiet oder gegen deutsche Interessen im Ausland gerechtfertigt werden.

4.5 Das „al-Qaida“-Netzwerk

4.5.1 Entstehung

Beim „al-Qaida“-Netzwerk handelt es sich ebenfalls um eine jihadistische Terrororganisation. Die ursprüngliche Gruppierung „al-Qaida“ entstand in den 1980er Jahren unter maßgeblicher Beteiligung Abdullah Azams, einem der führenden Ideologen der Organisation, sowie des späteren Anführers Osama Bin Ladin. Bereits in den 1990er Jahren entstanden transnationale Netzwerke von „al-Qaida“-Angehörigen, die die Grundlage für die späteren Regionalorganisationen wie „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ oder „al-Qaida im islamischen Maghreb“ bildeten. Mit den Anschlägen des 11. September 2001 erlangte das Netzwerk dann schließlich weltweite Bedeutung. Bis zur Entstehung des IS (siehe V 4.2) hatte „al-Qaida“ auch eine globale ideologische Führungsrolle inne. Ein bedeutender Rückschlag war die Tötung Osama Bin Ladins im Jahr 2011. Dessen Nachfolger, der Ägypter Aiman al-Zawahiri, konnte die so entstandene Lücke nicht füllen. Die Gruppierung scheint bis heute nicht fähig, der aggressiven Propaganda-Arbeit des IS wirksam entgegen treten zu können.

Mit der vornehmlich in Syrien agierenden jihadistischen Gruppierung „Jabhat an-Nusra“ (JaN) verfügt das „al-Qaida“-Netzwerk auch über eine Regionalorganisation

in dieser Region. Die Gruppierung steht dort in scharfer Konkurrenz zum IS. Dabei kam es vielfach zu Gefechten zwischen den beiden jihadistischen Organisationen. Die JaN wirkt vordergründig in ihrer Außendarstellung moderater als der IS, es handelt sich jedoch bei ihr ebenso um eine islamistische Terrororganisation mit globalen Ansprüchen.

Zu den bedeutendsten Aktionen des al-Qaida-Netzwerkes im Berichtszeitraum zählt der Angriff auf die Redaktion des Satire-Magazins Charlie Hebdo am 7. Januar in Paris, der zwölf Todesopfer und zahlreiche Verletzte forderte.

4.5.2 Ideologie

Die dem „al-Qaida“-Netzwerk zugrunde liegende Ideologie ist ebenfalls der jihadistische Salafismus. Ziel ist die Errichtung eines eigenen Staates, in dem ausschließlich die jihadistische Interpretation des islamischen Rechts herrschen soll. Es findet eine starke Idealisierung der Frühzeit des Islams zur Zeit des Propheten Muhammad und der ersten Generationen nach ihm statt.

Daneben setzt auch das „al-Qaida“-Netzwerk nicht nur auf gewaltsame, sondern vielfach auf terroristische Mittel, darunter Selbstmordanschläge oder auch Attentate gegen Zivilisten.

In Schleswig-Holstein liegen keine Hinweise auf Strukturen der Terrororganisation vor.

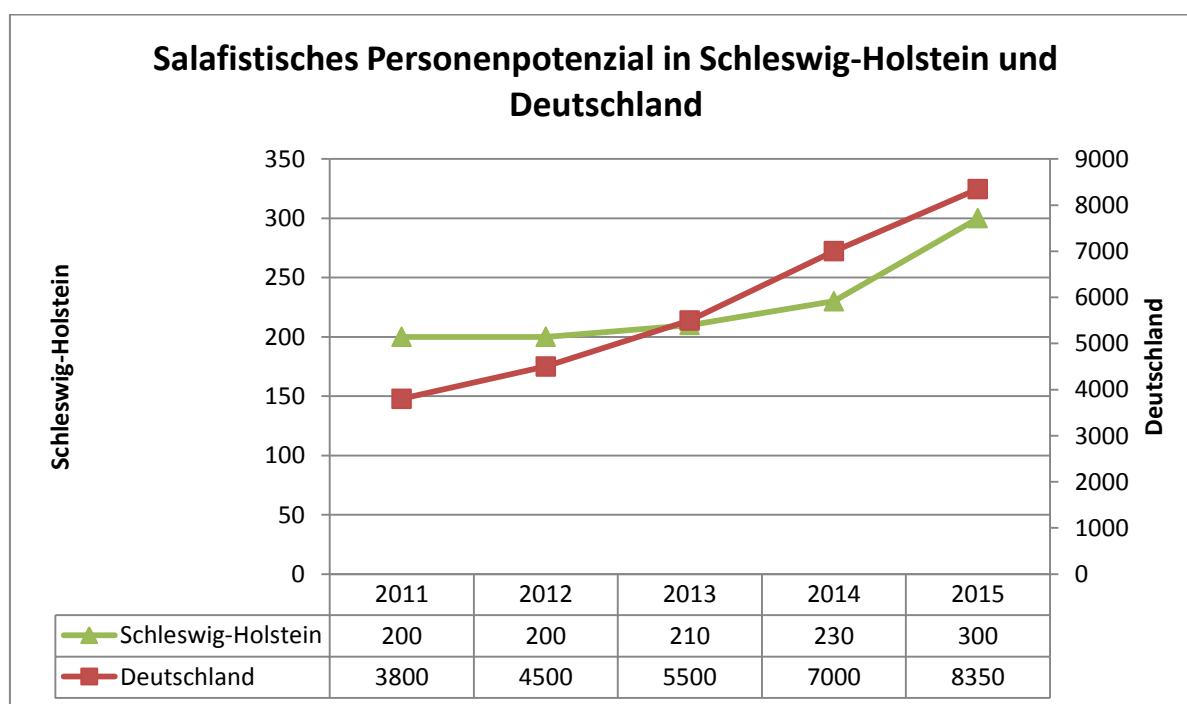
5 Die salafistische Szene in Schleswig-Holstein

Die salafistische Szene in Schleswig-Holstein ließ auch im Berichtsjahr eine dynamische Entwicklung erkennen. Dies zeigt sich vor allem an der steigenden Zahl des hiesigen salafistischen Personenpotentials. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass bisher bekannte salafistische dawa-Aktivitäten im Jahr 2015 in Schleswig-Holstein zwar weitaus weniger präsent waren als in den Vorjahren. Allerdings zeigen hiesige Salafisten erhebliche Aktivitäten, um Einfluss auf Migranten zu nehmen.

5.1 Personenpotenzial und salafistische Zentren

Das salafistische Personenpotenzial in Schleswig-Holstein ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Der Zuwachs fiel bisher in den Jahren 2013 um zehn (insgesamt 210) und 2014 um 20 Personen (insgesamt 230) jedoch moderat aus. Für den Berichtszeitraum ist eine Steigerung des Personenpotentials um mehr als 30 % auf nunmehr insgesamt 300 Personen zu verzeichnen. Dieser aktuelle Anstieg ist in engem Zusammenhang mit der Einflussnahme von Salafisten auf Flüchtlinge zu sehen. Die Masse an festgestellten Aktivitäten, vordergründig Spendensammlungen oder behördliche Hilfestellungen, und die Zahl der daran beteiligten Personen machen die einschlägigen zumeist arabischsprachigen salafistischen Moscheen und Anlaufstellen noch attraktiver.

Auch das bundesweite salafistische Personenpotenzial ist von 7.000 im Jahr 2014 um ca. 19 % auf nunmehr 8.350 gestiegen.



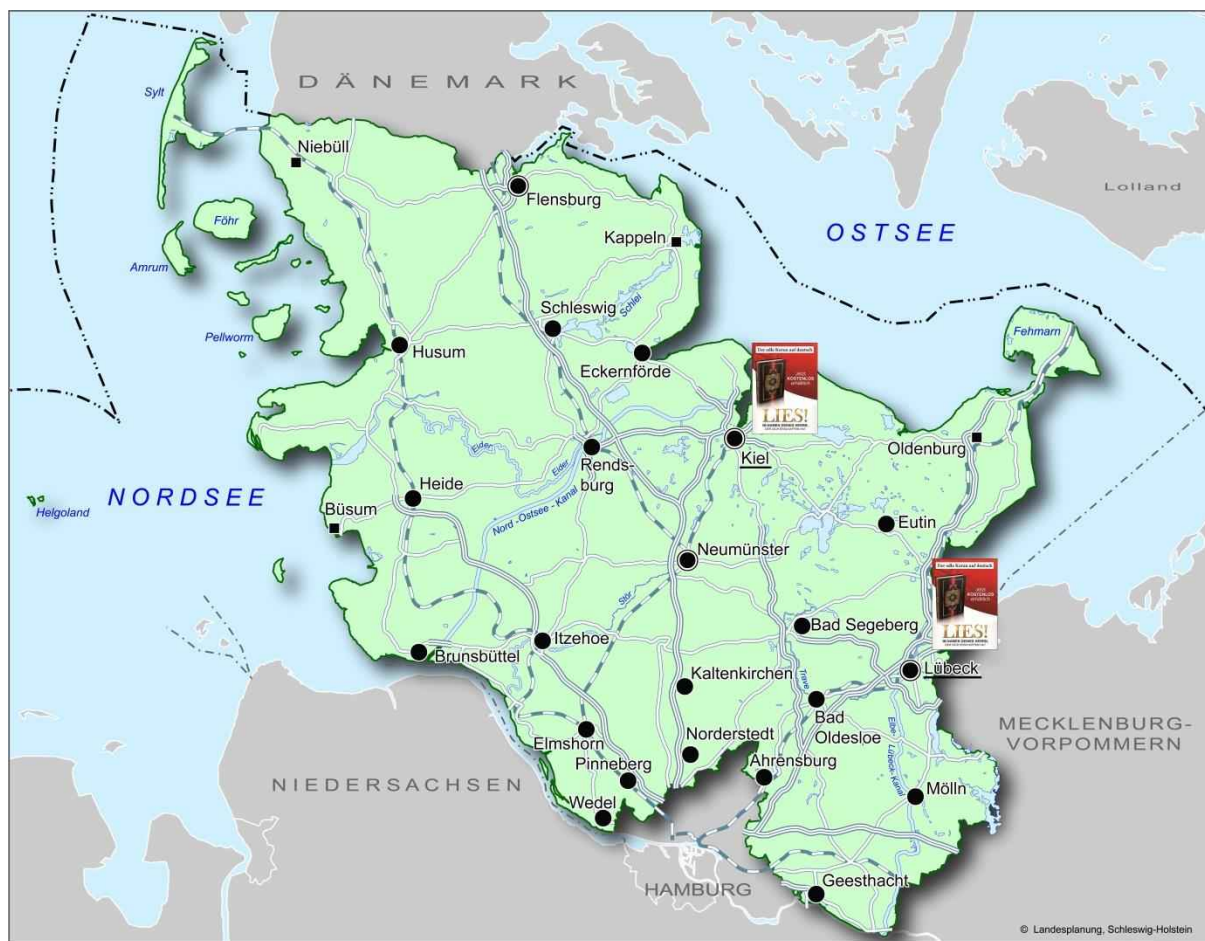
Die regionalen Schwerpunkte salafistischer Aktivitäten in Schleswig-Holstein bilden nach wie vor die Szenen in den kreisfreien Städte Kiel, Lübeck und Neumünster. In Kiel kann eine größere Zahl vornehmlich politisch salafistischer Aktivisten festgestellt werden. Die zahlenmäßig kleineren Szenen in Neumünster und Lübeck weisen vermehrt auch gewaltorientierte und vereinzelt jihadistisch-salafistische Bezüge auf.

Dies gilt auch für Salafisten im Hamburger Randgebiet. Auch dort agieren sowohl politische- wie auch jihadistisch-salafistisch geprägte Personen, die sich mit ihren Aktivitäten jedoch in erster Linie nach Hamburg orientieren.

Konkrete Hinweise auf gewaltsame Aktionen oder geplante Terrorakte haben der Verfassungsschutzbehörde im Berichtsjahr aber auch zu diesen Regionalszenen nicht vorgelegen. Darüber hinaus sind weitere Einzelpersonen und kleinere Gruppierungen in Flensburg sowie dem ländlichen Raum aktiv.

5.2 Die „LIES!“-Aktion in Schleswig-Holstein

Die kostenlose deutschlandweite Koranverteilung im Rahmen des „LIES!“-Projektes wurde ursprünglich 2011 durch das in Nordrhein-Westfalen ansässige salafistische Netzwerk „Die Wahre Religion“ (DWR) initiiert. Seit 2012 sind auch in Schleswig-Holstein regelmäßig Koran-Verteilungen im Rahmen dieser Aktion durch Angehörige der hiesigen salafistischen Szene feststellbar. Während die Zahl der Verteilungen bis zum Jahr 2014 anstieg und diese in verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins stattfanden, konnten im Berichtszeitraum weitaus weniger Verteilungen als üblich beobachtet werden. Auch beschränkten sie sich fast ausschließlich auf Lübeck, wobei es hier lediglich bis zum Sommer entsprechende Aktionen gab. Erst Anfang des Jahres 2016 führten Salafisten wieder Koranverteilungen im Rahmen der „LIES!“-Aktion in Lübeck durch.



5.3 Weitere Entwicklungen in der salafistischen Szene in Schleswig-Holstein

Über die Koranverteilungen hinaus hat es kaum andere klassische Aktivitäten oder Veranstaltungen in der schleswig-holsteinischen salafistischen Szene gegeben. So war unter anderem auffällig, dass erstmals seit mehreren Jahren keine öffentlichen salafistisch beeinflussten Islamseminare im Land stattgefunden haben. Jedoch nahmen einzelne Salafisten aus Schleswig-Holstein an derartigen Seminaren in anderen Bundesländern teil.

5.4 Einflussnahme von Salafisten auf Flüchtlinge

Die versuchte Einflussnahme von Salafisten auf Flüchtlinge stellten die öffentlich am deutlichsten wahrnehmbaren Aktionen der salafistischen Szene in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum dar. Ihre Zahl lässt sich indessen nicht genau quantifizieren. Die Einflussnahmen reichen von der Gewährung von Unterstützung bei Behördengängen oder Dolmetschertätigkeiten, bis hin zur Zuwendung von Sach- und

Finanzspenden. Sie erfolgen zum Teil dauerhaft bzw. kontinuierlich, vor allem, wenn Flüchtlinge regelmäßig salafistisch frequentierte oder dominierte Moscheen besuchen. Es sind jedoch Schwerpunkte der Kontaktaufnahmen von Salafisten mit Flüchtlingen in Schleswig-Holstein erkennbar. Diese befinden sich vor allem in den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck und Neumünster. Darüber hinaus konnten aber auch in Flensburg und im Hamburger Umland entsprechende Kontaktaufnahmen festgestellt werden.



Diese Aktivitäten setzten schwerpunktmäßig im späten Sommer des Berichtszeitraums ein und dauern weiterhin an. Sie bieten nicht nur die Möglichkeit für die Vermittlung einer salafistischen Ideologie, sondern sollen auch langfristig die Migranten als Mitglieder an die verfassungsfeindlich beeinflussten oder dominierten Vereine binden.

6. Weitere islamistische Organisationen in Schleswig-Holstein

Gegenüber dem letzten Berichtsjahr gab es keine wesentlichen Veränderungen bei regional agierenden islamistischen Organisationen in Schleswig-Holstein. Die nachfolgend aufgeführten Gruppierungen verfügen über keine eigentlichen Strukturen im Land, es sind jedoch Einzelpersonen bekannt, die als Sympathisanten oder Anhänger dieser Organisationen gelten.

6.1 Hizb-Allah

Die „Hizb Allah“ (arab. etwa „Partei Gottes“) ist eine schiitisch-islamistische Organisation, die 1982 im Libanon gegründet wurde. Sie verfügt über enge Verbindungen zum Iran und zu Syrien und betreibt mehrere Untergruppierungen, darunter auch einen militärischen Arm und eine politische Partei. Die Organisation bestreitet das Existenzrecht Israels und bekämpft den israelischen Staat auch mit terroristischen Mitteln. Im Syrienkrieg steht die „Hizb Allah“ hinter dem Assad-Regime. Deutschlandweit hat die Organisation etwa 950 Anhänger, die sich in verschiedenen örtlichen Moscheevereinen treffen. In Schleswig-Holstein ist kein der „Hizb Allah“ zuzuordnender Verein bekannt.

6.2 Muslimbruderschaft

In Ägypten wurde 1928 die „Muslimbruderschaft“ gegründet. Sie gilt heute als älteste und einflussreichste sunnitisch-islamistische Bewegung. Nach eigenen Angaben ist sie in mehr als 70 Ländern vertreten, wobei das Spektrum hier von der Organisation nahe stehenden politischen Parteien bis hin zu gewaltbereiten islamistischen Gruppierungen reicht. Die Muslimbruderschaft verfolgt das Ziel, Mithilfe einer Rückkehr zu den Ursprüngen des Islams einen „bürgerlichen Staat mit islamischen Werten“ zu errichten.

Die wichtigste Organisation von Anhängern der MB in Deutschland ist die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD). In Schleswig-Holstein sind lediglich Einzelpersonen als Anhänger der Muslimbruderschaft bekannt.

6.3 Türkische Hizbullah

Die „Türkische Hizbullah“ (TH) wurde 1979 in Batman/Türkei gegründet und verfolgt eine sunnitisch-islamistische Agenda. Die kurdisch geprägte Gruppierung lieferte sich in den 1980er und 1990er Jahren u. a. gewaltsame Auseinandersetzungen mit der ebenfalls kurdischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Neben der PKK gehören zu den Feindbildern der Organisation die Türkei sowie die westliche Staatengemeinschaft und Israel. Hauptziel der TH ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines islamistischen Staates. Die TH nutzt Deutschland als Rückzugsraum. Mit ihren öffentlichen Aktivitäten, wie zum Beispiel religiösen oder kulturellen Veranstaltungen, beabsichtigen ihre Anhänger neue Mitglieder zu werben sowie Spenden zu sammeln. In Schleswig-Holstein sind lediglich Einzelpersonen bekannt, die als Sympathisanten der TH gelten.

7 Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der extremistisch motivierten Straftaten im Bereich des Islamismus für 2015 ist zum Vorjahr deutlich angestiegen, blieb aber weiterhin im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen auf einem niedrigen Niveau.

Insgesamt wurden in diesem Kontext 27 Straftaten, davon vier Gewaltdelikte, registriert. In drei dieser 27 Fälle wurden Ermittlungen wegen des Verdachtes der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten (§ 89 a StGB) und in zwei weiteren Fällen wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129 b StGB), dem sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), geführt.

Bei den letztgenannten Fällen handelt es sich um sog. Organisationsdelikte. Hieraus ist nicht automatisch abzuleiten, dass sich die Verdächtigen derzeit tatsächlich aktiv an terroristischen Handlungen beteiligen. In beiden Fällen haben sich die Verdächtigen lediglich zum IS bekannt.

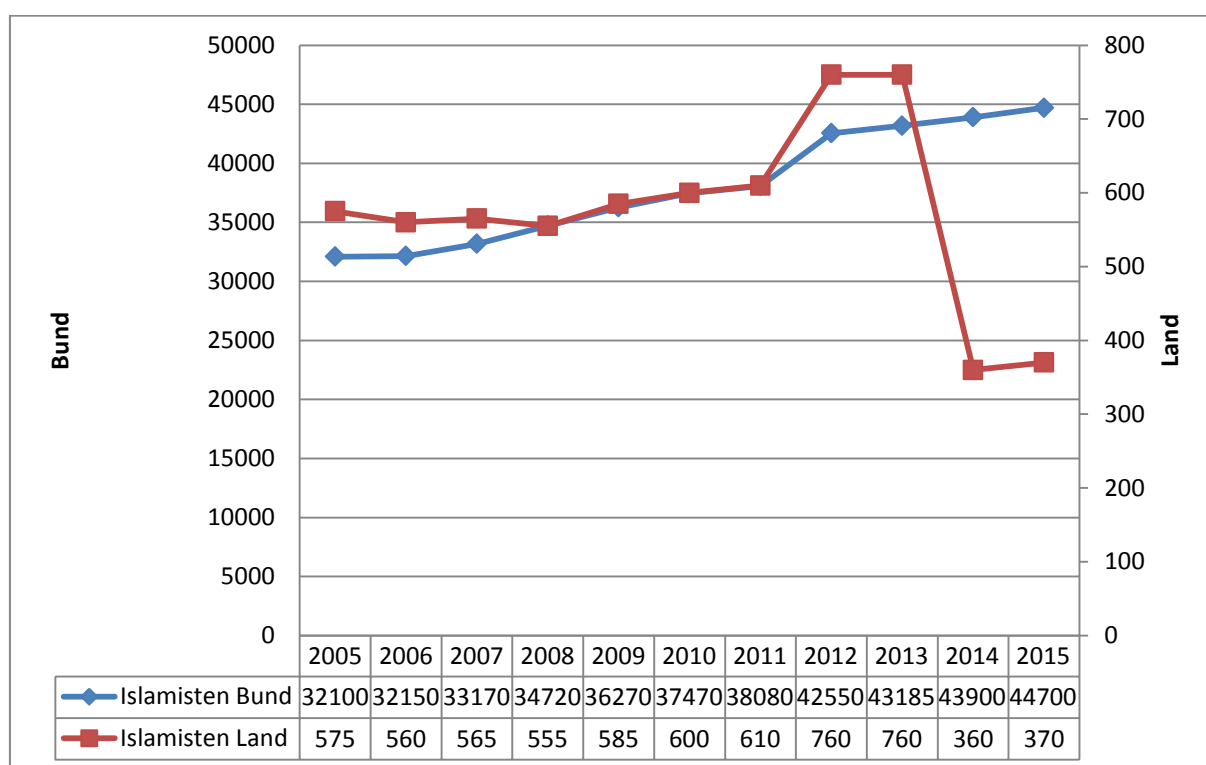
In einem Fall handelte es sich um eine Person, bei der es Anhaltspunkte gab, dass diese mit dem Ziel nach Syrien ausgereist ist, um sich dort in ein Ausbildungslager des IS zu begeben.

Für 2015 war insbesondere eine Zunahme der Straftaten, die im Internet begangen wurden - wie beispielsweise wegen Volksverhetzung, Datenveränderung sowie die

Verbreitung bzw. öffentliche Verwendung von Kennzeichen verbotener Vereine oder Parteien - feststellbar.

8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der islamistischen Organisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2013-2015

Islamismuspotenzial			
	2013	2014	2015
Arabischer Ursprung	50	50	40
Türkischer Ursprung	480	60	10
Salafismus	210	230	300
Sonstige Gruppierungen	20	20	20
Summe Land	760	360 ¹⁵	370
Summe Bund	43.190	43.900	k.A. ¹⁶



¹⁵ Im Jahr 2014 erfolgte eine Neubewertung des Beobachtungsobjektes der „Milli-Görüs-Bewegung“. In diesem Zuge konnten nicht mehr alle Gliederungen der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als verfassungsfeindlich angesehen werden. Dies führte zu einer deutlichen Reduzierung des islamistischen Personenpotenzials.

¹⁶ Hierzu liegen derzeit noch keine verbindlichen Angaben vor.

VI Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz und Proliferation

1 Aufgabenstellung

Die Spionageabwehr in Schleswig-Holstein hat den gesetzlichen Auftrag, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten „fremder Mächte“ zu sammeln und auszuwerten. Ein derartiges Vorgehen fremder Nachrichtendienste stellt einen schweren Angriff auf hiesige Sicherheitsinteressen dar.

Das primäre Ziel ist es, eine Einschätzung der aktuellen Bedrohungslage durch Spionage zu gewinnen sowie deren Protagonisten und die mit ihnen in Kontakt stehenden Zielpersonen zu identifizieren. Dabei versucht die Spionageabwehr die Vorgehensweise und die damit einhergehende Strategie fremder Nachrichtendienste aufzudecken.

Ein Großteil der Arbeit der Spionageabwehr besteht deshalb darin, einzelne Mosaiksteine zusammen zu führen, mit dem Ziel, die Methoden, Zielrichtungen und Strukturen der in Deutschland aktiven Nachrichtendienste zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln. Deshalb ist der gesetzliche Auftrag der Spionageabwehr nicht auf einzelne Länder wie Russland und China begrenzt, denn auch die Nachrichtendienste anderer Staaten verfolgen ebenfalls das Ziel, Informationen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Militär zu beschaffen.

2 Modus Operandi fremder Nachrichtendienste

Die Geheimdienste ausländischer Staaten sind unterschiedlich stark an den jeweiligen diplomatischen, konsularischen bzw. halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort ihre Stützpunkte, so genannte Legalresidenturen. Nicht alle Mitarbeiter der Geheimdienste kooperieren mit den hiesigen Sicherheitsbehörden. Eine nicht unerhebliche Anzahl der Geheimdienstoffiziere widmet sich nachrichtendienstlicher Aufklärung, die deutschen Interessen zuwiderläuft oder missbraucht schleswig-holsteinisches Territorium als Operationsgebiet für Spionageaktivitäten gegen Drittstaaten. Derartige illegale geheimdienstliche Agententätigkeit stellt einen Angriff auf die Sicherheitsinteressen dar. Es ist daher die Aufgabe der Spionageabwehr, den Modus Operandi fremder Dienste frühzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Mit den neuen technischen Möglichkeiten hat sich der Modus Operandi fremder Nachrichtendienste sowie von Extremisten und auch Terroristen fundamental verändert. Deshalb müssen Cyberspionage und auch Cyberwar als ein neues reales Bedrohungsszenario aus der virtuellen Welt betrachtet werden.

Da Staat, Gesellschaft und auch die Unternehmen in Schleswig-Holstein auf die Integrität informationstechnischer Systeme angewiesen sind, ist der Schutz hochsensibler Daten und Kritischer Infrastrukturen zu einer der prioritären Aufgabe der Spionageabwehr geworden.

Der im World Wide Web zu verzeichnende technologische Wandel verlangt eine fortwährende Neujustierung der Maßnahmen, um die schützenswerten Daten der Informationssysteme wie Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Authentizität vor Schaden zu bewahren.

Der Fall eines schleswig-holsteinischen Unternehmens zeigt, wie wichtig es ist, die Daten so gut wie möglich zu schützen: Aus nachrichtendienstlichem Erkenntnisauflkommen wurde das betroffene Unternehmen in Kenntnis gesetzt, dass es potentielles Opfer einer „Watering Hole Attacke“ gewesen ist. Bei einer „Watering Hole Attacke“ werden legitime Webseiten, etwa von Online-Shops, Banken aber auch von Unternehmen direkt manipuliert. Dabei werden Sicherheitslücken von älteren Server-Betriebssystemen ausgenutzt und Schadcodes auf die Webseiten geschleust.

Mit dieser Vorgehensweise machen sich die Angreifer die schwachen und mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen eines kleineren Unternehmens zunutze, um die stärkeren Sicherheitsmaßnahmen einer anderen Firma zu umgehen. Surft das Opfer später auf die Internetseite, wird über besagte Schwachstelle heimlich Schadsoftware auf seinem Rechner installiert, die danach seine Wirkung entfalten kann und eine Hintertür („Backdoor“) einrichtet.

Über diese Backdoor ist der Hacker nun in der Lage, eine Verbindung zum eigentlichen Opfer aufzubauen, um Unternehmensinformationen und Firmen Knowhow zu stehlen. Der Schadcode wird danach gelöscht und der Angriff bleibt unbemerkt.

Ein möglicher Schaden konnte in diesem Fall abgewendet werden. Mittlerweile hat das betroffene Unternehmen geeignete Gegenmaßnahmen getroffen, um derartige Angriffe in Zukunft unwahrscheinlich werden zu lassen. Der Urheber des Angriffs konnte bislang nicht ermittelt werden. Neben ausländischen Nachrichtendiensten interessieren sich auch konkurrierende Unternehmen aus dem In- und Ausland für schleswig-holsteinische Unternehmenswerte.

Mit dem am 25. Juli 2015 in Kraft getretenen IT-Sicherheitsgesetz will die Bundesregierung die Sicherheit informationstechnischer Systeme signifikant verbessern und die digitalen Infrastrukturen hierzulande zu den sichersten weltweit machen. Die höchsten Anforderungen stellt das IT-Sicherheitsgesetz jedoch an die Betreiber kritischer Infrastrukturen. Hierzu zählen die Bereiche Energieversorgung, Verkehr, Gesundheitswesen sowie Banken und Versicherungen. Diese müssen sich, neben der Schaffung ausreichender dem Stand der Technik angepasster Sicherheitsmaßnahmen, alle vier Jahre einer Evaluation dieser Maßnahmen unterziehen. Unternehmen, die in diesen Bereichen tätig sind, müssen Mindeststandards an IT-Sicherheit einhalten und IT-Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden.

3 Wirtschaftsschutz

Schleswig-Holstein zeichnet sich durch eine Vielzahl von Unternehmen aus, die auch für ausländische Geheimdienste interessant sind. Zu den wichtigsten und stabilsten Wirtschaftszweigen zählen die Bereiche der maritimen Wirtschaft, des Maschinenbaus, der Logistik sowie der erneuerbare Energien. Diese finden hierzulande ideale Standortbedingungen und auch die räumliche Nähe zu Skandinavien spielt dabei eine wichtige Rolle.

So haben sich Technologie- und Innovationsunternehmen, die auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt agieren, in Schleswig-Holstein angesiedelt. Mit der zunehmenden und ständig anwachsenden Globalisierung der Märkte verschärft sich allerdings der globale Wettbewerb.

Das Interesse, frühzeitig Informationen über die „Kronjuwelen“ eines konkurrierenden Unternehmens zu erlangen, ist erheblich. Unter den „Kronjuwelen“ versteht man die schutzwürdigsten Informationen eines Unternehmens z. B. das Knowhow, Marktentwicklungen und Marktstrategien, beabsichtigte Unternehmensverkäufe und –Käufe, sowie strategische Veränderungen. Der Verlust derselben führt bei den betroffenen Unternehmen zu gravierenden Schäden. Dazu zählen mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, Verlust von Kundenvertrauen und Reputationsschäden. Im „Worst Case“ kann ein Angriff auf Betriebsinterna zum Bankrott eines Unternehmens führen. Um den in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen die Gefahren und daraus resultierenden Auswirkungen von Wirtschaftsspionage vor Augen zu führen, hat die hiesige Verfassungsschutzbehörde im Berichtsjahr gut 20 Firmensensibilisierungen und 6 größere Vortragsveranstaltungen mit dem Ziel durchgeführt, mögliche Bedrohungsszenarien zu verdeutlichen und damit verbundene Risiken zu minimieren.

Gegenstand dieser Sensibilisierungen ist es zu vermitteln, dass die schleswig-holsteinischen Unternehmer zunächst Geschäftsgeheimnisse identifizieren und diese mit besonders gesicherten Schutzmechanismen versehen. Damit Unternehmen sich gegen zielgerichtete Angriffe unter Zuhilfenahme nachrichtendienstlicher, aber auch professioneller Methoden effizienter zur Wehr setzen können, wird ihnen dringend geraten, ein individuelles unternehmensspezifisches Konzept zu erstellen.

4 Wirtschaftsspionage

Nach wie vor widmet eine Vielzahl von Unternehmen diesem Thema nicht die notwendige Aufmerksamkeit und erkennt die Gefahren, die damit einhergehen. In besonderem Maß gefährdet sind dabei die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die zum einen über kein ausreichendes Schutzkonzept verfügen und zum anderen durch die permanent anwachsenden und zunehmend komplexeren Sicherheitsherausforderungen augenscheinlich überfordert sind.

Aus diesem Grund haben die Spitzen der großen Dachverbände Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zusammen mit der Bundesregierung eine nationale Wirtschaftsschutzstrategie etabliert. Eine Internetplattform zum Thema Wirtschaftsschutz unter Beteiligung der vier

Bundesbehörden Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Bundesnachrichtendienst (BND), Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) befindet sich im Aufbau und wird in 2016 an den Start gehen. Eine Verlinkung zu dieser Internetplattform wird auf der Seite des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes eingerichtet.

Der Schutz der heimischen Industrie, ganz besonders der kleinen und mittelständischen Unternehmen, steht dabei im Vordergrund. Um dies zu erreichen gilt es, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den beiden Partnern, den Sicherheitsbehörden und der Wirtschaft, zu initiieren.

Auf Basis dieser notwendigen Sicherheitsallianz, bei der sich die Wirtschaft und die Sicherheitsbehörden vertrauensvoll begegnen ist es möglich, einen nachhaltigen und umfassenden Wirtschaftsschutz zu generieren, um den ständig zunehmenden Gefahren der Wirtschaftsspionage in Zukunft gemeinsam erfolgreich entgegenwirken zu können.

5 Proliferation

Die Proliferationsbekämpfung in ihrer ganzen Spannweite ist eine weitere zentrale Aufgabe der Spionageabwehr in Schleswig-Holstein. Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) und des dazu erforderlichen Know-hows, sowie der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte und damit zusammen gehörenden Trägertechnologien.

Schwerpunktmäßig standen bei der Bearbeitung der Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan im Blickpunkt. Diese Staaten stehen im Verdacht, ihr konventionelles Waffenarsenal durch die Produktion von ABC-Massenvernichtungswaffen zu ergänzen. Die daraus resultierende Neubetrachtung der Entwicklung sorgt in den jeweiligen Nachbarstaaten für große Unruhe und birgt die Gefahr, dass der Weltfrieden massiv gestört wird und dabei ein nicht mehr kontrollierbarer militärischer Flächenbrand entsteht.

Dafür notwendige Produkte sind auf dem freien Markt nicht erhältlich. In Deutschland sorgen eine strenge Gesetzgebung und eine effektiv wirksame Exportkontrolle dafür, dass entsprechende Güter nicht in die Hände dieser Risikostaaen fallen. Daher ent-

alten Länder wie der Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan ständig neue und optimierte Beschaffungsmethoden, um hier geltendes Recht zu umgehen.

Die Spionageabwehr in Schleswig-Holstein verfolgt das Ziel, diese illegalen Beschaffungsnetzwerke mit ihren Strukturen aufzuklären, um möglichen Schaden von Unternehmen abzuwenden. Auch in diesem Fall ist es notwendig, dass Sicherheitsbehörden und Wirtschaft eng miteinander kooperieren.

In diesem Zusammenhang spielt der Wissenstransfer eine herausragende Rolle. Universitäten, Fachhochschulen, wissenschaftliche Institute und Forschungsabteilungen können als mögliche Quelle für illegalen Wissenstransfer missbraucht werden. Damit diese potentiellen Ziele in Schleswig-Holstein nicht zum Opfer von illegalen Beschaffungsnetzwerken fremder Staaten werden, hat die Spionageabwehr im Berichtsjahr elf Sensibilisierungsgespräche mit hochrangigen wissenschaftlichen Vertretern geführt. Mit dieser Aufklärungszahl ist das Bundesland Schleswig-Holstein führend in Deutschland und trägt in nicht unerheblichem Maße zur Proliferationsbekämpfung auf hiesigem Territorium bei.

6 Social Engineering

Dieser Begriff kann aussagekräftig mit „soziale Manipulation“ übersetzt werden. Damit bezeichnet man eine Form der zwischenmenschlichen Beeinflussung, mit dem Ziel, sich schützenswerte Informationen oder Kenntnisse über technische Infrastrukturen unberechtigt anzueignen.

Ein typischer Fall eines Angriffes mit Hilfe von Social Engineering ist die gezielte Manipulation von Mitarbeitern per Telefonanruf, bei dem sich der Angreifer z.B. als Systemadministrator ausgibt, der wegen einer betriebsinternen Systemstörung anruft, um zur vorgetäuschten Fehlerbehebung das Passwort des Benutzers in Erfahrung zu bringen.

Nicht nur Cyberkriminelle sondern auch Mitarbeiter fremder Nachrichtendienste bedienen sich dieser Methode. Sie ermöglicht es dem Angreifer, die Schwachstelle „Mensch“ auszunutzen und technische Abwehrmaßnahmen auszuhebeln. Selbst mit komplexen Sicherheitstechnologien verschlüsselte Firmengeheimnisse sind so nicht mehr sicher.

Das potentielle Opfer erkennt die wahren Absichten des Angreifers in der Regel zu spät. Wichtige Firmeninterna gelangen bereits nach kurzer Zeit in die Hand unbefugter Dritter.

Um sich vor derartigen Attacken zu schützen, müssen heimische Unternehmen ihren Fokus auf mögliche Präventiv- und Abwehrmaßnahmen gegen Social Engineering richten. Geeignete Gegenmaßnahmen in diesem Zusammenhang sind firmeninterne Richtlinien (Policies) sowie gut ausgebildete und geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derartige Angriffe bereits in der Entstehungsphase erkennen. Routinemäßige Aufklärungskampagnen sind ein ideales Mittel, um Firmenmitarbeiter zu den drohenden Gefahren zu sensibilisieren. Die Spionageabwehr des Landes Schleswig-Holstein unterstützt Unternehmen bei Bedarf in diesem Vorhaben.

7 NSA-Affäre

Seit Beginn der Enthüllungen von Edward Snowden im Juni 2013 steht die Arbeitsweise der Nachrichtendienste in der Kritik. In welchem Ausmaß die NSA und der BND miteinander verstrickt sind, ist immer noch nicht geklärt.

Bereits im März 2014 setzte der deutsche Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein mit dem Ziel, Tragweite und Hintergründe der Ausspähungen durch ausländische Geheimdienste in Deutschland aufzuklären. Im Fokus stehen dabei die Fragen, inwieweit die Nachrichtendienste der „Five Eyes“ (Großbritannien, USA, Kanada, Australien, Neuseeland) in Deutschland anlasslos Daten von Bürgern und Unternehmen erfasst haben und ob deutsche Behörden daran mitgewirkt haben.

Klarheit könnte dabei die Einsichtnahme in die BND-Selektorenliste durch die Mitglieder des NSA-Untersuchungsausschusses erbringen. Ob dieses Vorgehen unter strengen Geheimschutzbedingungen jedoch erfolgreich sein wird ist fraglich.

Ein Ende der NSA-Affäre ist derzeit nicht in Sicht. Bislang gab es keine belastbaren Hinweise darauf, dass die NSA illegale Aufklärungsaktivitäten in Schleswig-Holstein betrieben hat.

8 Hinweise an die Spionageabwehr

Damit Unternehmen in Schleswig-Holstein nicht Opfer von Wirtschaftsspionage werden, ist die vertrauliche Zusammenarbeit mit der Spionageabwehr des Landes Schleswig-Holstein unabdingbar und in der Abwehr von Bedrohungen ein verlässlicher und starker Partner.

Fremden Nachrichtendiensten ist sehr wohl bekannt, dass die Unternehmen in Schleswig-Holstein über eine Vielzahl von technischen Innovationen und herausragendem Fachwissen verfügen, die es lohnt, auf illegale Art und Weise in ihren Besitz zu bringen.

Um Bedrohungen und Angriffen von außen erfolgreich begegnen zu können, müssen die Unternehmen über ein aktuelles Security Management verfügen. Dazu gehören neben speziellen Maßnahmen zur Abwehr wirtschaftskrimineller Bedrohungen und Spionage auch allgemeine Schutzmaßnahmen, bei denen die Spionageabwehr in Schleswig-Holstein gerne mit Rat und Tat zur Seite steht.

VII Allgemeines zum Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Aufgaben

Der Schutz der Verfassung hat Verfassungsrang. Dies ergibt sich aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b und Art. 87 Abs. 1 S. 2 GG sowie dem Grundsatz der wehrhaften bzw. streitbaren Demokratie (BVerfGE 30, 1 (19 f.)). Die Entscheidung für eine „streitbare Demokratie“ stellt eine Grundentscheidung der Verfassung dar. „Für die Aufgabe des Verfassungsschutzes sieht das Grundgesetz ausdrücklich eine eigene Institution vor, ...“ (BVerfGE 30, 1 (19 f.)). Gemeint sind hier die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Der Verfassungsschutz schützt die Werte, welche unseren demokratischen Rechtsstaat ausmachen: die freiheitliche demokratische Grundordnung. Nach Art. 79 Abs. 3 GG sind wesentliche Grundsätze der Verfassung – insbesondere der Schutz der Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG, und die in Art. 20 GG enthaltenen Prinzipien der staatlichen Ordnung (Demokratie, Föderalismus, Rechts- und Sozialstaatlichkeit) – unabänderlich. Vor allem diese Werte sind die Garanten der Freiheit und bewahren den Einzelnen vor Diktatur und Bevormundung.

Im Unterschied zur Weimarer Republik hält die Bundesrepublik jedoch nicht still, wenn Extremisten sich daran machen, die Freiheiten abzuschaffen, sondern verteidigt ihre freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Verfassungsschutzbehörden sind – neben weiteren Institutionen – Ausdruck der im Grundgesetz enthaltenen Entscheidung für diese Form einer wehrhaften oder streitbaren Demokratie. In dieser streitbaren Demokratie kommt dem Verfassungsschutz durch die systematische Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen die Funktion eines Frühwarnsystems der Demokratie zu. Erst dadurch, dass der Staat verfassungsfeindliche Bestrebungen rechtzeitig erkennt, ist es ihm möglich, dagegen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einzusetzen, z. B. ein Partei- oder Vereinsverbot.

Die zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes (vgl. § 1 Satz 1 i.V.m. § 5 Abs. 1 Nr. 1 - 4 LVerfSchG) ist daher die Unterrichtung der Exekutive, der Legislative als auch der Gesellschaft als Ganzes über Gefahren durch

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des

Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,

- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26. Absatz 1 GG) gerichtet sind.

Durch diese Vorfeldaufklärung soll die Möglichkeit eröffnet werden, rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen (vgl. § 1 Satz 2 LVerfSchG). So können bzw. müssen beispielsweise einschlägige Erkenntnisse des Verfassungsschutzes auch unmittelbar in Gefahrenabwehr- oder Strafverfolgungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Neben der Aufklärung des Extremismus hat der Verfassungsschutz als integraler Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur diverse Mitwirkungsaufgaben (vgl. § 5 Absatz 2 LVerfSchG).

So wirkt der Verfassungsschutz beim Geheim- und Sabotageschutz mit. Der Geheimschutz dient dem Schutz von staatlichen Geheimnissen (Verschlussachen). Zu denken ist hier an geheime Regierungsdokumente und polizeiliche Fahndungskonzepte, aber auch an Pläne zu Waffensystemen. Solche Geheimnisse dürfen nur verantwortungsvollen Personen anvertraut werden, bei denen keine Anhaltspunkte für ein Sicherheitsrisiko bestehen. Der Verfassungsschutz hilft bei deren Auswahl. Zudem berät er Behörden zu baulichen und technischen Sicherheitsvorkehrungen. Ferner wirkt er durch entsprechende Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach Atomgesetz, Luftsicherheits- und Hafensicherheitsgesetz mit, um so zur Gewährleistung der Sicherheit insbesondere kritischer Infrastrukturen beizutragen.

Auch bei Einbürgerungsverfahren und Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln wird der Verfassungsschutz beteiligt, um einer Verfestigung des Aufenthalts von Extremisten internationaler Herkunft entgegenzutreten.

2 Organisation

Verfassungsschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Insgesamt gibt es 17 Verfassungsschutzbehörden: 16 Landesverfassungsschutzbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als deren Zentralstelle. Die Landesverfassungsschutzbehörden sind entweder als eigenständige nachgeordnete Landesämter oder Teil des jeweiligen Innenministeriums organisiert, so auch in Schleswig-Holstein. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung IV 7 des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB) hat derzeit 102 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Fachrichtungen. Für Sachmittel und Investitionen standen im Berichtsjahr rund 954.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Aufgrund der Lageverschärfung im islamistischen Terrorismus nach den Anschlägen von Paris und der Extremismusentwicklung aufgrund der Flüchtlingssituation (siehe I) billigte der schleswig-holsteinische Landtag dem Verfassungsschutz 20 weitere Stellen zu. Diese Stellen sollen im Laufe des Jahres 2016 besetzt werden.

Die Sachmittel sowie die Summe der Personalausgaben der Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten sind im Haushaltsjahr 2015 erstmals gesondert in der Titelgruppe des Verfassungsschutzes im Haushaltsplan des Ministeriums ausgewiesen.

3 Befugnisse

Der Verfassungsschutz trägt in seinem Zuständigkeitsbereich dazu bei, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Er arbeitet mit anderen Sicherheitsbehörden, insbesondere im Verfassungsschutzverbund mit dem BfV und den anderen Landesbehörden für Verfassungsschutz sowie Polizei- und Strafverfolgungsbehörden aber auch beispielsweise mit Vereins- oder Ordnungsbehörden auf gesetzlicher Grundlage vertrauensvoll und eng im Wege des Informationsaustausches zusammen und unterstützt sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Soweit es sich

um Exekutivbehörden handelt, entscheiden diese dann eigenständig, ob und gegebenenfalls wie sie aufgrund der Informationen des Verfassungsschutzes tätig werden.

Die zentrale Befugnis des Verfassungsschutzes ist daher die Informationsgewinnung einschließlich der Analyse der Informationen und deren Weitergabe.

Ihm stehen bei der Erfüllung seiner Aufgaben keine polizeilichen oder ordnungsrechtlichen Exekutivbefugnisse zu, d. h. er hat insbesondere kein Festnahmerecht, er darf keine Durchsuchungen durchführen oder Gegenstände beschlagnehmen, keine Vereine verbieten oder Ausländer ausweisen.

Einen erheblichen Teil seiner Informationen gewinnt der Verfassungsschutz aus allgemein zugänglichen Quellen, z. B. auch durch Publikationen von Extremisten.

Ferner wertet der Verfassungsschutz Polizeiberichte und Gerichtsurteile aus. Zu verdächtigen Personen werden Daten aus behördlichen Registern, z. B. aus dem Melderegister, Personalausweisregister, Ausländerzentralregister oder Fahrzeugregister abgefragt. Diese Behördenauskünfte machen einen Anteil von etwa 20 % der gesammelten Informationen aus.

Sofern eine Informationserhebung aus den genannten Quellen nicht möglich oder nicht effektiv ist, darf der Verfassungsschutz sich im Rahmen gesetzlich festgelegter Befugnisse auch sogenannter nachrichtendienstlicher Mittel zur Informationsbeschaffung bedienen (§ 8 LVerfSchG). Da schon die Beobachtung Verdächtiger grundsätzlich einen Grundrechtseingriff darstellt, prüft der Verfassungsschutz stets die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs. Dabei geht es um die Frage, inwieweit der Schutz der Freiheit und Sicherheit der Allgemeinheit eine Beschränkung der Freiheit der Betroffenen rechtfertigt. Diese Abwägung wird sorgfältig in jedem Einzelfall vorgenommen. Unter welchen Voraussetzungen welche nachrichtendienstlichen Mittel gegen wen angeordnet werden können, ist im Landesverfassungsschutzgesetz und im Artikel 10-Gesetz geregelt.

Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln gehören insbesondere der Einsatz von Vertrauenspersonen, die Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10). Bei diesem schwerwiegenden Grundrechtseingriff ist dem Innenminister per-

sönlich die Entscheidung vorbehalten, die darüber hinaus von der G 10-Kommission des Landtages genehmigt werden muss.

Im Rahmen der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern tauschen diese seit Ende 2004 im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) Informationen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus aus. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird dadurch deutlich erleichtert und beschleunigt. Insbesondere die Einrichtung einer gemeinsamen Antiterrordatei (ATD) von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden des Bundes und der Länder im Frühjahr 2007 hat die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden gezielt unterstützt.

Ergänzend zum GTAZ wurde Ende 2012 das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-terrorismus und der Spionage einschließlich proliferationsrelevanter Aspekte eingerichtet. Die Ende August 2012 der ATD nachempfundene eingerichtete Rechtsextremismusdatei (RED) dient dabei wiederum der Unterstützung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in diesem Phänomenbereich.

GTAZ und GETZ sind keine neuen Behörden, sondern die zeitgemäße Ausformung einer Informations- und Kommunikationsplattform aller beteiligten Behörden. Durch die Einrichtung der Zentren sind also weder Zuständigkeits- noch Befugnisfragen tangiert. Ziel ist es, die Fachexpertise aller Behörden unmittelbar zu bündeln und einen möglichst lückenlosen und schnellen Informationsfluss sicherzustellen. Die erforderliche Informationsübermittlung erfolgt hier auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Übermittlungsvorschriften.

Im Rahmen der strategischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus gewinnt die multilaterale Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerdiensten und in internationalen Gremien zunehmend an Bedeutung. Zwar liegt die Zuständigkeit der internationalen Zusammenarbeit im Verfassungsschutzverbund grundsätzlich beim BfV, jedoch lässt das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) die direkte Zusammenarbeit der Landesverfassungsschutzbehörden mit Nachrichtendiensten aus An-

rainerstaaten ausdrücklich zu. Daher steht die hiesige Behörde auch im Austausch mit dem dänischen Partnerdienst PET.

4 Kontrolle

Zu den Reformen im Verfassungsschutz gehört auch der Leitgedanke so viel Transparenz wie möglich zu gewährleisten und lediglich so viel Geheimhaltung wie nötig zu wahren.

Neben der allgemeinen Dienst- und Fachaufsicht unterliegt die Tätigkeit des Verfassungsschutzes einer vielfältigen Kontrolle.

Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle durch alle Mitglieder des Landtages, die durch die Berichtspflichten gegenüber dem Landtag z. B. im Rahmen von Anfragen ausgeübt wird.

Daneben erfolgt die parlamentarische Kontrolle durch zwei vom Landtag eingesetzte Ausschüsse: das Parlamentarische Kontrollgremium (§ 26 Landesverfassungsschutzgesetz (LVerfSchG)) und die G 10-Kommission (§ 26 a LVerfSchG).

Das Parlamentarische Kontrollgremium kontrolliert den Verfassungsschutz insgesamt. Dazu berichtet der Innenminister dem Gremium zu den wesentlichen Vorgängen und Erkenntnissen.

Soll der Post- und Telekommunikationsverkehr eines Verdächtigen überwacht werden, muss der Innenminister dafür zuvor die Genehmigung der G 10-Kommission einholen. Auf diese Weise wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Einzelfall vom Parlament überprüft.

Daneben haben natürliche Personen nach § 25 Abs. 1 LVerfSchG einen Auskunftsanspruch gegenüber der Verfassungsschutzbehörde zu Daten, die sie zu ihrer Person gespeichert hat.

Die Zahl der Auskunftersuchen nahm im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr ab. Im Berichtsjahr beantragten 104 Personen (2014: 148) Auskunft über die Speicherung von Informationen zur eigenen Person in Dateien des Verfassungsschutzes des Landes Schleswig-Holstein.

5 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Im Bereich Geheim- und Sabotageschutz obliegt der Verfassungsschutzbehörde eine Mitwirkungsaufgabe. Sie führt Sicherheitsüberprüfungen im Auftrag von Landesbehörden durch, ist angefragte Stelle in Zuverlässigkeitsüberprüfungsverfahren und unterstützt auch durch Beratung und Normensetzung den Schutz staatlicher Verschlusssachen. Diese bedürfen eines besonderen Schutzes gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte, insbesondere durch ausländische Nachrichtendienste. Daher ist die Verbreitung der Verschlusssachen nur auf einen eng begrenzten Personenkreis beschränkt, bei dem jeweils gewährleistet sein muss, dass keine Anhaltspunkte bestehen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit begründen. Hierzu dient die Sicherheitsüberprüfung des persönlichen Geheimschutzes.

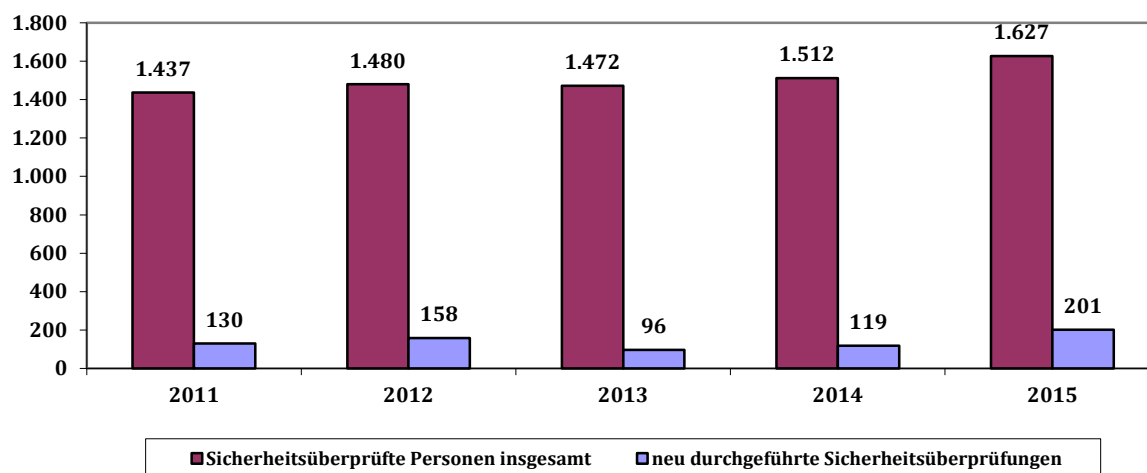
Zudem sind Schutzmaßnahmen in materieller Hinsicht (Zugangskontrollen, Sicherheitsbereiche, IT-Schutz) erforderlich, die einen Informationsabfluss wirksam verhindern sollen. Hierbei berät und unterstützt die Verfassungsschutzbehörde.

Auf deren Veranlassung kann ergänzend das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Rahmen von technischen Prüfungen und Schulungen bei der Umsetzung von materiellen Schutzmaßnahmen mitwirken. Die NSA-Spähaffäre zeigt u. a. die Notwendigkeit auf, auch weiterhin Öffentlichkeit, Behörden und Unternehmen zu IT-Schutzmaßnahmen zu sensibilisieren.

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Gesamtzahl der neu durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen für Landesbehörden auf 201 (2014: 119).

Der Bestand an sicherheitsüberprüften Personen innerhalb der Landesverwaltung und bei geheimschutzbetreuten Unternehmen nahm bis zum Jahresende mit 1.627 (2014: 1.512) erneut zu und hat das höchste Niveau seit Anfang der 1990er Jahre als der Bestand der sicherheitsüberprüften Personen deutlich über 5.000 lag.

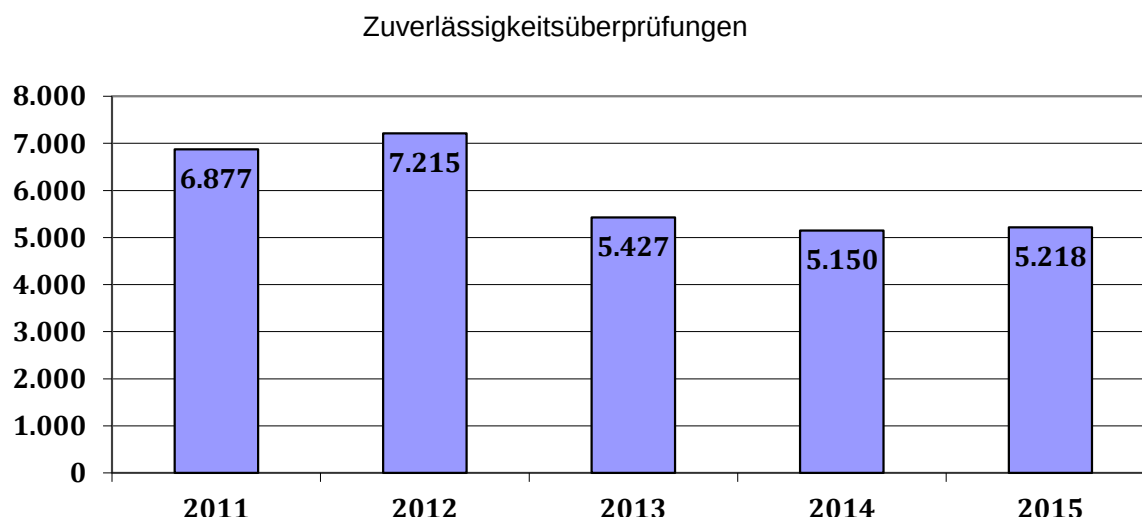
Sicherheitsüberprüfungen



Ziel des personellen Sabotageschutzes ist es, das Risiko von Sabotageakten an lebenswichtigen Einrichtungen durch potenzielle terroristische Innentäter zu minimieren. Das Instrument der Sicherheitsüberprüfung soll verhindern, dass Personen, von denen eine Gefährdung ausgeht, in sensiblen Bereichen beschäftigt werden. Die Überprüfung erfolgt jedoch nur bei Personen, die innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen an sicherheitsempfindlichen Stellen beschäftigt werden sollen und die tatsächlich auf die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen Einfluss nehmen können.

Einrichtungen sind lebenswichtig, wenn deren Beeinträchtigung aufgrund der ihnen anhaftenden Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder sie für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind. Dazu gehört z. B. die Versorgung der Bevölkerung mit Post- und Telekommunikationsleistungen.

Nach dem Atom-, Luftsicherheits- oder Hafensicherheitsgesetz wurden 5.218 (2014: 5.150) Anfragen bearbeitet.



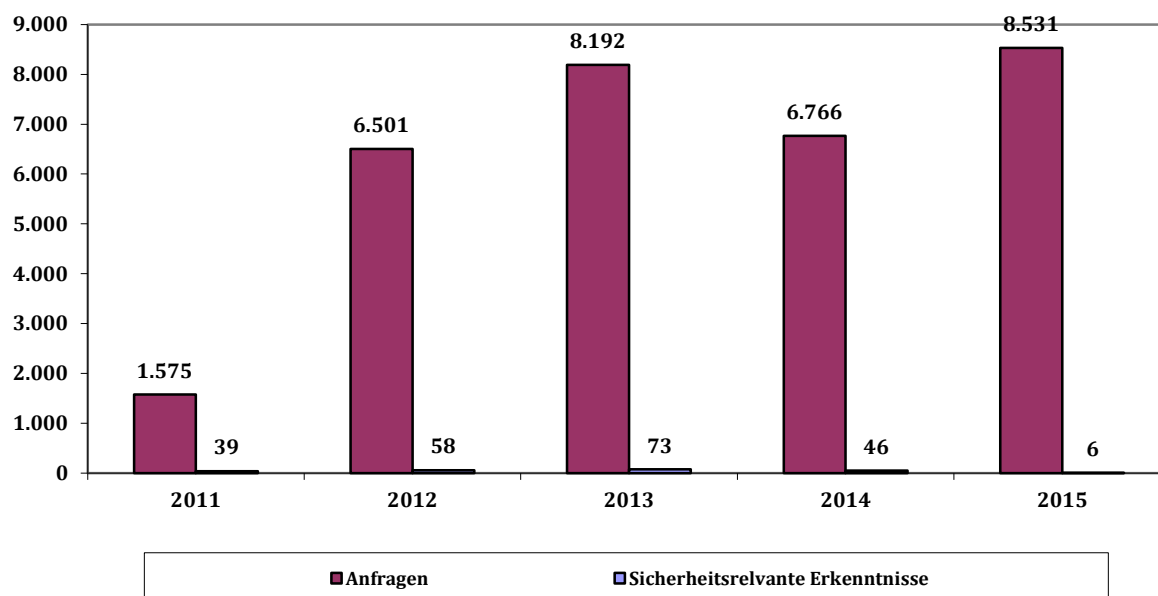
Die in diesen Gesetzen normierten Mitwirkungspflichten der Verfassungsschutzbehörde verfolgen den Zweck, Sabotageakte zu verhindern. Kernkraftwerke und der Luftverkehr wurden nicht erst nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 als besonders sabotagegefährdete Bereiche betrachtet. Vor diesem Hintergrund wird das dort beschäftigte Personal seit jeher so genannten Zuverlässigkeitsüberprüfungen unterzogen. Mit den vorgesehenen Zuverlässigkeitsüberprüfungen soll das Gefährdungsrisiko im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen vermindert werden. Auch diese Überprüfungsverfahren erfolgen wie bei der Sicherheitsüberprüfung nur mit Zustimmung der Betroffenen auf gesetzlicher Grundlage.

6 Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

Das Aufenthaltsrecht enthält neben der Steuerungsfunktion des Zuzugs von Ausländern auch sicherheitsrelevante Vorschriften. Diese umfassen die Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln (z. B. Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis). Aus diesem Grund übermitteln die Ausländerbehörden in einem automatisierten technischen Beteiligungsverfahren die Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden. Durch dieses Mitwirkungsverfahren kann festgestellt werden, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen.

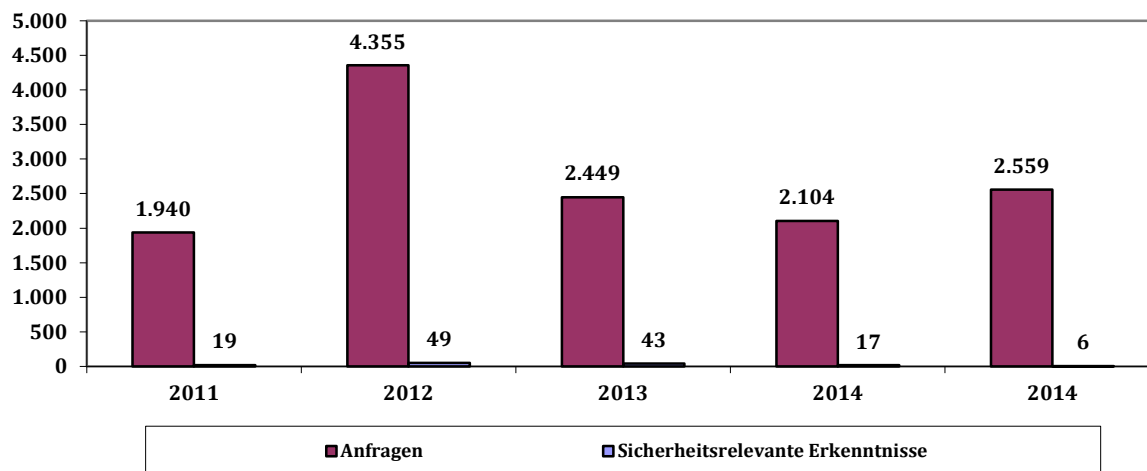
Die gleichen Sicherheitsanforderungen werden an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob gegen den Einbürgerungsbewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

Anfragen Aufenthalt



Im Berichtsjahr wurden in Aufenthaltsverfahren 8.531 (2014: 6.766) und in Einbürgerungsverfahren 2.559 (2014: 2.104) Anfragen durch die schleswig-holsteinischen Ausländer- und Einbürgerungsbehörden an die Verfassungsschutzbehörde gestellt, wobei zu 12 (2014: 63) Personen sechs (2014: 46) Aufenthaltsanfragen; sechs (2014: 17) Einbürgerungsanfragen sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen haben, d. h. Bezüge zu extremistischen Bestrebungen festgestellt werden konnten.

Anfragen Einbürgerung



In Schleswig-Holstein besteht seit 2007 eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachaufsicht der Staatsangehörigkeits- und Ausländerbehörden, der Polizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verfassungsschutzbehörde teilnehmen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben und deshalb eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich machen.

Auch im Berichtsjahr konnte festgestellt werden, dass der Schwerpunkt der Fälle mit sicherheitsrelevanten Erkenntnissen sich im Wesentlichen aus Personen zusammensetzt, die entweder dem islamistischen Spektrum oder aber dem Umfeld der „Arbeiterpartei Kurdistans“ bzw. deren Nachfolge- und Teilorganisationen zuzurechnen waren.

VIII Übersicht im Bericht genannter extremistischer Organisationen

1 Rechtsextremistische Organisationen

Alliance for Peace and Freedom (APF)

Drei-Länder-Jungs

Die Rechte

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)

Identitäre Bewegung

Jugend für Pinneberg

Junge Nationaldemokraten (JN)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Nationale Hilfe Schleswig-Holstein (NHSH)

Nationaler Widerstand Dortmund

Nationaler Widerstand Schleswig-Holstein (NWSH)

Reichsbürgerbewegung (RBB)

2 Linksextremistische Organisationen

Autonome Antifa

Avanti – Projekt undogmatische Linke (Avanti)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU)

Graswurzelbewegung

Interventionistische Linke (IL)

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Marx 21

Perspektive Kommunismus

Rote Hilfe e. V.

Sozialistische Alternative VORAN (SAV)

3 Extremistische Organisationen mit Auslandsbezug (nicht islamistisch)

Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK)

Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel – HPG)

Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland (Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê – NAV-DEM)

Demokratisch Kurdisches Gemeindezentrum Neumünster (DKGZ)

Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V. (DKG)

Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Kiel

Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF)

Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (Yekîtiya Komalên Kurd Li Elmanya – YEK-KOM)

Freiheitsfalken Kurdistans (Teyrêbazên Azadîya Kurdistan – TAK)

Islamischer Staat (IS)

KCK

Partei der demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat – PYD)

Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi – BBP)

Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi – MHP)

Ülkücü-Bewegung

Verband der türkischen Kulturvereine (Avrupa Türk Kültür Dernekleri Birliği – ATB)

Volkverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel – YPG)

4 Islamistisch-extremistische Organisationen

al-Qaida

al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel

al-Qaida im islamischen Maghreb

Die Wahre Religion

Hizb Allah

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.

Islamischer Staat

Islamischer Staat im Irak

Islamischer Staat im Irak und Großsyrien

Jabhat an-Nusra

Muslimbruderschaft

Salafistische Bestrebungen

Türkische Hizbullah